Dienstag, 26. März 1985 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 72 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rückzug: Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Rothemund wird sein Amt beim Landesparteitag im September in Hof abgeben. Nach dem Scheitern seines Planes einer Organisationsreform für die bayerische SPD sei für ihn die Motivation weggefallen, die Partei wie ursprünglich beabsichtigt noch bis 1987 zu führen. (S. 4)

Enttarnt: Die Spionageabwehr konnte einen Oberleutnant des polnischen Geheimdienstes enttarnen, der unter einer „Legende" eine Anstellung beim Amt für Aussiedler in Bremen gefunden hatte. Der Geheimdienstoffizier befindet sich in Bonn in Untersuchungshaft. (S. 10)

Flucht gescheitert: Am Grenzübergang Hirschberg ist nach Angaben der bayerischen Polizei ein Fluchtversuch gescheitert. „DDR"-Grenzer hätten einen Mann in Uniform festgenommen, als dieser in ein bereits abgefertigtes Fahrzeug einsteigen wollte.

Carter rechnet ab: Seit 1980 hat der große Verlierer der amerikanischen Präsidentschaftswahlen geschwiegen. Jetzt nutzte er ein Fernsehinterview, um mit Ronald Reagan abzurechnen. Er warf dem Präsidenten vor, nicht eine große internationale oder diplomatische Leistung vollbracht zu haben. Außenminister Shultz gab er den Rat, sich mit PLO-Chef Arafat zusammenzusetzen. (S. 5)

Dänemark: Der Kampf der Gewerkschaften für höhere Löhne und die 35-Stunden-Woche hat große Teile der Wirtschaft lahmgelegt. Flug- und Fährverkehr liegen darnieder. In Aalborg blieben 100 000 Menschen ohne Heizung. Jetzt wird ein Eingreifen der Regierung erwartet. (S. 2)

Absage: Die holländischen Juden wollen an einer Begegnung der nicht-katholischen Religionsgemeinschaften mit dem Papst am 13. Mai in Utrecht nicht teilnehmen, weil mehrere Bedingungen vom Vatikan nicht erfüllt wurden. Unter anderem sollte der Papst die Mitverantwortung der katholischen Kirche für die Judenverfolgung während der NS-Zeit zum Audruck bringen.

Bibeln für China: Erstmals darf in der Volksrepublik China eine kirchliche Bibeldruckerei eingerichtet werden. Die Finanzmittel will der Weltbund der Bibelgesellschaften zur Verfügung stellen.

Verschleppt? Nach der Entführung von drei Mitarbeitern der französischen Botschaft in Beirut wird jetzt auch der Chef des französischen Kulturzentrums in Tripoli (Nordlibanon) vermißt.

Breschnew-Vertrauter: Anatoli Blatow (70), Berater des früheren sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew, wird sowjetischer Botschafter in Den Haag.

ZITAT DES TAGES



» Die geistige Nähe zum revolutionären Terrorismus ist nicht mehr zu übersehen «

Paul Laufs, innenpolitischer Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den Briefen der Grünen-Fraktionsführerinnen Antje Vollmer und Christa Nickels an inhaftierte RAF-Terroristen

FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Osthandel: Die Zahlungsbilanzposition der Ostblockstaaten hat sich soweit verbessert, daß neuen Kreditvergaben nichts mehr im Wege stünde, stellt die OECD fest. Die Gesamtverschuldung Ende 1984 wird auf 83,89 Milliarden DM geschätzt. (S. 11)

Benzinpreise: Aral verlangt für Super- und Normalbenzin jetzt fünf Pfennig pro Liter mehr. Dieselpreise bleiben unverändert.

Handelshaus Klöckner: Der Inlandskonzern konnte seinen Außenumsatz 1984 um 14,4 Prozent auf 10,8 Milliarden DM steigern. Die ausländischen Gesellschaften erzielten mit 2,2 Milliarden DM 17,8 Prozent mehr Umsatz. (S. 15)

Datenverarbeitung: Das rasante Wachstum der Branche hält an. Für 1985 wird ein Produktionszuwachs von mindestens 20 Prozent erwartet. (S. 11)

Börse: Gewinnmitnahmen führten an den Aktienbörsen zu Kursrückgängen auf breiter Front. Auch der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 176,5 (178,6). BHF-Rentenindex 100,694 (100,752). Performance Index 99,561 (99,589). Dollarmittelkurs 3,2247 (3,2075) Mark. Goldpreis 314,60 (320,75) Dollar.

KULTUR

Opern-Wochenende: Wütende Buhs aber auch Beifall erntete Harry Kupfer mit seinem Hamburger Regie-Debüt „Belsazar" zum 300. Geburtstag Händels. Im Rahmen der Neuinszenierung von Wagners „Ring der Nibelungen" durch Götz Friedrich bot die Deutsche Oper in Berlin eine dankbar aufgenommene Aufführung des „Siegfried". (S. 23)

Tennessee Williams: „Nicht für die Ewigkeit gebaut" heißt beziehungsreich das letzte Stück des amerikanischen Bühnen-Autors, das jetzt, zwei Jahre nach der Uraufführung in Chicago, vom Düsseldorfer Schauspielhaus in deutscher Erstaufführung herausgebracht wurde. Es ist ein Un-Stück, das dem Theaterpublikum besser erspart worden wäre. (S. 23)

SPORT

Tennis: Die Amerikanerin Martina Navratilova gewann in New York das Masters-Turnier. Im Finale schlug sie die Tschechoslowakin Helena Sukova. (S. 22)

Fußball: Neuer Trainer beim Bundesliga-Klub Karlsruher SC wurde Lothar Buchmann (ehedem VfR Bürstadt). Er löst Werner Olk ab. (S. 22).

AUS ALLER WELT

Nachtfahren: Die Gefahr, bei Nacht in einen tödlichen Unfall verwickelt zu werden, ist 2,2 mal größer als bei Tageslicht, geht aus einer Studie hervor. (S. 24)

Montmartre: Die echten Künstler sind abgewandert, die großen alten Restaurants haben Schnellimbiß-Stätten Platz machen müssen. Der Niedergang des Montmartre, einst der Pariser liebstes Kind, scheint unaufhaltsam. (S. 24)

Wetter: Stark bewölkt und regnerisch. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kassen planen höhere Beiträge „Rücklagen sind aufgebraucht"

Erwartungen an Blüm / Preisvergleichsliste nicht fristgerecht

PETER JENTSCH, Bonn

Die Versicherten müssen für ihre Gesundheit tiefer in die Tasche greifen. Die Krankenkassen beabsichtigen zum 1. Januar 1986 Beitragssatzerhöhungen zwischen 0,7 und einem Prozent auf je nach Kasse 12,5 bis 13 Prozent des versicherungspflichtigen Einkommens an, kündigte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, Wilhelm Heitzer, in einem Gespräch mit der WELT an.

Vor der morgen in Bonn tagenden Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen machte Heitzer zugleich deutlich, daß er „in dieser Legislaturperiode politisch keine Möglichkeiten zu wirksamen strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen und damit zur Vermeidung höherer Abgaben" sehe. „Unsere Rücklagen sind aufgebraucht", sagte Heitzer. „Innerhalb der nächsten fünf Jahre werden aber die Ausgaben der Krankenkassen um 45 Milliarden Mark steigen. Das bedeutet eine jährliche Beitragsanhebung um etwa 0,8 Prozent. Dann liegt 1990 der Beitragssatz bei durchschnittlich 16 Prozent."

Für diese Entwicklung nannte Heitzer mehrere Gründe. Zunächst werde die „Preisvergleichsliste", die es dem Arzt erlauben solle, unter qualitativen Aspekten das preisgünstigste Medikament zu verordnen, und die gemeinsam von Kassen und Ärzten erarbeitet werden soll, nicht „fristgerecht" fertiggestellt werden können. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung habe einen Termin zur Unterzeichnung der Rahmenbedingungen abgesagt.

Diese Liste hätte dazu beitragen können, das Ausgabenvolumen der Kassen für Arzneimittel, das 1984 um 7,1 Prozent auf 15,1 Milliarden Mark gestiegen ist, um etwa 650 Millionen Mark zu senken.

Mit den Ärzten zeichne sich zwar ein Kompromiß ab, nach dem sie ihren Honorarzuwachs so senkten, daß die Aufwendungen für die ambulante Behandlung (1984 plus 6,2 Prozent auf 18,95 Milliarden Mark) durch die Menge der verordneten Leistungen infolge der Ärzteschwemme im Rahmen der Grundlohnsummen-Entwicklung blieben. Das sei aber mit den Ärzten „nur einmal zu machen". Auch der möglichen Vereinbarung mit den Zahnärzten, die Kosten für Kieferorthopädie und Prothetik (1984 plus 9,6 Prozent auf 7,32 Milliarden Mark) sechs Monate einzufrieren, sprach Heitzer „nur eine kurfristig kostendämpfende Wirkung" zu.

Im Krankenhausbereich (1984 plus 6,5 Prozent auf 33,11 Milliarden Mark), in der Pharmaindustrie und bei den Aufwendungen für Heil- und Hilfsmittel (plus 14,3 Prozent auf 5,98 Milliarden Mark) sieht Heitzer kein Sparpotential. Die Aufwendungen der Krankenhäuser seien auch durch das neue Krankenhaus-Finanzierungsgesetz für die Krankenkassen nicht steuerbar. Eine Steuerung der marktwirtschaftlich orientierten Pharma-Industrie und der Hersteller von Heil- und Hilfsmitteln scheitere am Widerstand der FDP. Schließlich sei auch die Ärzteschwemme nur langfristig in den Griff zu bekommen. Die Kassen würden bis 1990 jährlich mit rund sieben bis acht Milliarden Mark zusätzlichen Kosten belastet. „Und acht Milliarden, das ist ein Prozentpunkt des heutigen Beitragssatzes. Damit sind wir bei 15 bis 16 Prozent."

Brandt: SPD kämpft 1987 um Mehrheit

Er will darauf achten, daß es in der Partei „keine unnötigen personellen Brüche" gibt

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat in einem Gespräch mit der WELT angekündigt, daß seine Partei bei der Bundestagswahl 1987 auf die absolute Mehrheit setzt. Die SPD richte ihr Hauptaugenmerk jetzt darauf, „Wähler, die die SPD schon einmal hatte, zurückzugewinnen" – von den Grünen wie von der Union. Mit Brandt sprach Peter Philipps.

WELT: Kann die SPD in der Bundesrepublik Deutschland allein mehrheitsfähig werden oder verändert sich das Verhältnis zur FDP wieder?

Brandt: Es ist wahr, daß bei unserer Parteienlandschaft und unserem Wahlgesetz dies auf der Bundesebene bisher eher der Ausnahmefall war, daß eine Partei allein die Mehrheit bekommt. Aber die SPD wird mit diesem Anspruch in den Wahlkampf für 1987 gehen. Ich sage mal, je näher das Wahlergebnis der SPD an 45 Prozent herankommt, desto größer wird die Möglichkeit, regieren zu können. Es ist ja auch die Frage, wer kommt überhaupt in den nächsten Bundestag hinein. Dies würde ich heute nicht zu beantworten wagen. Und was die FDP angeht, da ist die SPD – wie die Beispiele jetzt gerade auch auf der örtlichen Ebene in Hessen zeigen – ja nicht voreingenommen. Aber wenn sich die gegenwärtige Tendenz als maßgebliche Meinung der FDP verfestigen sollte, Stimmen solcher Wähler zu bekommen, denen die CDU noch zu rabiat bei den Steuern für die Großen und zu sozial in Fragen der sozialen Sicherheit ist, dann ist von der Sache her kaum etwas miteinander vorstellbar.

WELT: Ist denn die SPD überhaupt in der Verfassung, ernsthaft eine absolute Mehrheit anzustreben?

Brandt: Die SPD ist viel besser dran, als ihr einige vorausgesagt und auch einige Sozialdemokraten befürchtet haben. Ich habe den Eindruck, daß wir auf beiden Ebenen der Programmarbeit vorankommen. Der Wirtschaftskongreß im nächsten Frühjahr in München wird ein großes Stück nach vorne führen. Die von Wolfgang Roth geleitete Arbeitsgruppe wird ergänzt werden durch eine Gruppe, die wir gerade unter dem Vorsitz von Hans Apel eingesetzt haben, die sich der Steuer- und Finanzpolitik annimmt. Wir knüpfen hier an die gute Tradition von Alex Möller beim vorigen Aufmarsch an, der vor dem damaligen Regierungsantritt der SPD das in Ordnung gebracht hat, was nicht stimmte zwischen Programmansprüchen und den Möglichkeiten, sie auch finanzieren zu können. Das machen wir auch diesmal. Und auch das Aufarbeiten der vielen neuen Fragen, die es noch nicht gab, als das Godesberger Programm verabschiedet wurde, läuft gut. Der Entwurf der Fortschreibung von Godesberg wird im nächsten Jahr vorgelegt.

WELT: Sie nannten gerade Hans Apel. Hat er denn noch viel Gewicht, verschiebt es sich nicht stärker zu Repräsentanten wie Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder?

Brandt: Lafontaine hat zwar manches Unkonventionelle in die Politik gebracht, aber – ausweislich seines Wahlergebnisses – war er nie ein lin-

● Fortsetzung Seite 10

Kádár vermeidet Schärfe gegen Westen

Bekenntnis zum Leistungsprinzip / Romanow-Rede vor ungarischen Delegierten erwartet

DW./cgs. Budapest

Im Zeichen des jüngsten Moskauer Machtwechsels trat gestern in Budapest der Kongreß der ungarischen KP zusammen. Vom ersten Parteitag eines Ostblock-Staates in der beginnenden Ära Gorbatschow erwarten sich politische Beobachter Aufschlüsse sowohl über den künftigen Kurs der sowjetischen Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern als auch darüber, wie Ungarn in Zukunft seine Wirtschaftsreform und die ökonomische Liberalisierung fortsetzen wird.

Neben Parteichef János Kádár stand daher auf der Eröffnungssitzung im neuen Budapester Kongreßzentrum vor allem der Vertreter der KPdSU, Politbüromitglied und ZK-Sekretär Grigori Romanow, im Mittelpunkt. Romanow gilt als Verfechter eines harten Kurses und als Repräsentant von Schwer- und Rüstungsindustrie sowie des Militärs in der obersten Moskauer Führung. Seine für heute erwartete Rede vor den ungarischen Delegierten könnte Aufschluß darüber geben, ob der Kreml eine stärkere Disziplinierung und Integration der osteuropäischen Staaten im Zeichen der neuen Ära proklamieren wird.

Kádár betonte mehrfach die Verbundenheit der ungarischen Kommunisten mit der Sowjetunion. In der gegenwärtigen Situation, so der Parteichef, trete Ungarn für eine Verlängerung des Warschauer Pakts ein, da die Mitgliedstaaten des östlichen Militärbündnisses für ihre Sicherheit sorgen und ihre Streitkräfte daher auf einem entsprechenden Niveau halten müßten. Das Streben der USA und der NATO nach militärischer Überlegenheit gegenüber dem Osten bezeichnete Kádár als unzulässig. Gleichzeitig verurteilte er eine mögliche Aufrüstung im Weltraum.

Auf der anderen Seite enthielt sich Kádár jeglicher Schärfe bei der Darstellung der westlichen Politik. Der Begriff „Revanchismus" kam in seiner Rede nicht vor. Der „Export der Revolution" sei nicht möglich und nicht notwendig, sagte der Parteichef – aber ebenso sei auch ein Export der Konterrevolution nicht zulässig. Die Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung müßten in einen friedlichen Wettbewerb miteinander treten. Die ungarischen Kommunisten träten in normale Beziehungen mit allen Ländern, einschließlich der USA und anderer führender NATO-Staaten ein, soweit diese Staaten „unsere Rechte respektieren".

Zur innenpolitischen Situation meinte Kádár, die Partei könne keine Wunder vollbringen, aber sie wolle „anständige, ehrliche Arbeit leisten". Der Parteichef bekannte sich zum Leistungsprinzip in der Wirtschaft. Er räumte aber ein, daß im Zuge der Wirtschaftsreformen die Situation mancher Gruppen – vor allem der 2,3 Millionen Rentner und vieler junger Menschen – sich verschlechtert habe, weil sich der Lebensstandard durch die starken Preiserhöhungen in jüngster Zeit gesenkt hat.

Sowjetische Verluste in Afghanistan

DW. Washington

Die Sowjetunion hat in Afghanistan nach einem Bericht der Zeitschrift „U. S. News and World Report" bisher 15 000 Soldaten sowie 3000 Flugzeuge verloren. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf amerikanische Militärexperten, daß Moskau seit dem Einmarsch in Afghanistan vor fünf Jahren umgerechnet 66 Milliarden Mark für militärische Zwecke ausgegeben habe. Dennoch kontrollierten die sowjetischen Truppen heute weniger afghanisches Gebiet als kurz nach dem Einmarsch.

Nach Angaben einer afghanischen Widerstandsgruppe in Islamabad sind zwei Kommandeure der Nationalen Islamischen Front Afghanistans (NIFA) bei dem Versuch, von sowjetischen und afghanischen Einheiten eroberte Stellungen im Grenzgebiet zu Pakistan zurückzugewinnen, ums Leben gekommen.

US-Offizier in „DDR" erschossen

DW. Heidelberg

Ein sowjetischer Soldat hat nach Informationen des Heidelberger Hauptquartiers der US-Army am Sonntag nachmittag einen unbewaffneten amerikanischen Offizier der US-Militärmission in der „DDR" erschossen. Eine amerikanische Untersuchungskommission ist in die „DDR" gereist, um Einzelheiten über den Zwischenfall zu erfahren.

Die Potsdamer US-Militärmission ist eine der drei Verbindungsmissionen der westlichen Alliierten zum früheren Hauptquartier des sowjetischen Oberbefehlshabers in Potsdam. Die westlichen Militärmissionen unterhalten ständigen Kontakt zu den UdSSR-Streitkräften in der „DDR". Ihre Mitglieder können sich frei in der „DDR" bewegen, außer in militärischen Bereichen. Von amerikanischen Stellen wurde mitgeteilt, daß sich der Zwischenfall nicht in einem Sperrbezirk ereignet hat.

FDP erneuert alte Forderungen

hey. Bonn

Die Freien Demokraten wollen ihre Eigenständigkeit und Abgrenzung gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU noch deutlicher machen. So sollen nach Beschlüssen der Partei-Spitze zum Beispiel der Umweltschutz Verfassungsrang, der Datenschutz weiter verbessert sowie bei der Innen- und Rechtspolitik an dem mit den Unions-Experten vereinbarten „Berliner Kompromiß" festgehalten werden. Nach einer Klausur der FDP-Führung kündigte gestern Generalsekretär Helmut Haussmann auch mit Blick auf die NRW-Landtagswahlen eine Serie von Parteiveranstaltungen und Anhörungen an. Dazu gehört ein Agrarkongreß am Samstag im Mettmann, in dessen Mittelpunkt die „ökologische Marktwirtschaft" stehen soll.

Am 1. Juni soll ein „Kleiner Parteitag" über die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Europapolitik beraten.

DER KOMMENTAR

Blüm ist gefordert

PETER JENTSCH

Auf die Krankenversicherung rast eine neue Kostenlawine zu. Sie führt, wenn nichts geschieht, zu Beitragsanhebungen auf breiter Front. Höhere Abgaben belasten Arbeitnehmer wie Betriebe, wirken wie eine Rationalisierungspeitsche und beschleunigen den Ersatz des Menschen durch die Maschine. Jeder höhere Beitrag ist also ein Beitrag zu mehr Arbeitslosigkeit. Er gefährdet zudem die Preisstabilität und höhlt die Kaufkraft von Versicherten, Rentnern und Arbeitslosen aus.

Allein im vergangenen Jahr schnellten die Leistungsausgaben der Krankenversicherung um 7,4 Prozent auf 103,3 Milliarden Mark empor. 1985 droht ihr ein Defizit von drei bis vier Milliarden Mark. Es muß endlich versucht werden, den Krankenschein als Blankoscheck für Leistungen, die jeweils „die anderen" bezahlen, zu sperren.

Der Medizinbetrieb darf kein Selbstbedienungsladen bleiben, in dem sich jeder Beteiligte die Nachfrage schafft, die das Kollektiv dann zu finanzieren hat. Er steckt voller Ungereimtheiten, weil im Grunde niemand für seine Wirtschaftlichkeit haftet. Gesundheitspolitik – das müssen Ärzte, Zahnärzte, die Kassen, Krankenhausmanager und Pharmaindustrie einsehen – darf nicht zur jeweils teuersten Abwicklung gesundheitlicher Störfälle degenerieren. Alle Zweige der Sozialversicherung werden aus der Arbeit derjenigen gespeist, die Arbeit haben; ihre Lasten könnten so mächtig werden, daß es davon nicht mehr genug gibt.

Da das System zur Kostendisziplin ebenso unfähig scheint wie die paritätische Selbstverwaltung der Krankenkassenorganisation, ist die Regierung gefordert. Vor allem der Bundesarbeitsminister muß sich hier herausgefordert fühlen, zieht doch das Versagen auf diesem Feld seine gesamte Sozialpolitik in den Strudel von Kostenexplosion und Erwerbslosigkeit. Blüm muß eine Reform auf den Weg bringen, die einerseits den Wettbewerb der Leistungsanbieter untereinander und zum anderen die Eigenverantwortung der Versicherten für ihre Gesundheit fördert. Staatliche Eingriffe sind nur dort geboten, wo kein Wettbewerb stattfindet.

Blüm muß auch zum Skalpell greifen, wenn es darum geht, die Wucherungen der Ärzteschwemme wegzuschneiden, ohne freilich dem Eindruck Vorschub zu leisten, das Problem sei allein auf Kosten einer Gruppe des Medizinbetriebes zu heilen. Wenn er verhindern will, daß sich die Versicherten für ihre Gesundheit totbezahlen, dann muß und wird er sich Feinde schaffen.

Gipfeltreffen im September bei UNO-Konferenz?

DW. Washington

Ein Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow bei den Vereinten Nationen im September könnte nach Ansicht des Stabschefs des Weißen Hauses, Donald Regan, eine Möglichkeit für ein Gipfeltreffen mit Präsident Ronald Reagan bieten. Gegenüber der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC sagte Regan, es sei Sache des Kreml, auf die amerikanische Einladung zu antworten. Die Aussichten für ein Treffen Reagan-Gorbatschow seien „ziemlich gut".

Reagan hatte vergangene Woche erklärt, die Zeit sei reif für ein Gipfeltreffen. Doch wäre es nicht gut, einen Gipfel nur zum Selbstzweck zu veranstalten. Falls ein Treffen mit Gorbatschow kein Ergebnis erziele, sei dies „verhängnisvoll".

In einem Schreiben an Gorbatschow haben 23 führende demokratische Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses an die Sowjetunion appelliert, bestehende Rüstungskontrollabmachungen einzuhalten. Dies sei Voraussetzung für neue Abmachungen. Die Aussichten auf eine Begrenzung von Weltraumwaffen würden erheblich schwieriger ohne strikte Einhaltung bestehender Abkommen. Die Abgeordneten deuteten an, daß die in Krasnojarsk in Sibirien in Bau befindliche Radaranlage gegen den Vertrag der Supermächte über die Begrenzung von Abwehrraketensystemen (ABM) von 1972 verstoße. Werde das Problem dieser Radaranlage nicht gelöst, werde dies „schwerwiegende Folgen" für die Zukunft des Rüstungskontrollprozesses haben.

Wieder Bomben auf Bagdad und Teheran

DW. Bagdad/Teheran

Nach einer 48stündigen Pause haben die beiden Kriegsgegner am Golf, Iran und Irak, die Bombardierung der Hauptstädte Bagdad und Teheran wieder aufgenommen. Noch am Sonntag hatte die Teheraner Regierung eine Einstellung ihrer Angriffe auf Städte des Gegners angekündigt, da seit 24 Stunden irakische Attacken ausgeblieben seien.

Als Vergeltung für irakische Angriffe auf zwei Öltanker im Golf beschossen die iranischen Streitkräfte gestern zum fünften Mal seit dem 15. März Bagdad mit einer Boden-Boden-Rakete. Kurze Zeit später warfen irakische Flugzeuge Bomben über einer unbewohnten Zone der iranischen Hauptstadt und auf die nordiranische Stadt Kashan ab.

Irak, das bislang den Beschuß seiner Hauptstadt durch iranische Raketen nicht eingestanden hatte, teilte mit, irakische Maschinen hätten Einsätze gegen „ausgewählte Ziele" in Teheran und Kashan als Vergeltungsschläge auf die Bombardierungen Bagdads und anderer Städte geflogen. In Teheraner Diplomatenberichten wurde bestätigt, daß der Iran entgegen anderen Angaben mehrfach im sogenannten „Städtekrieg" Boden-Boden-Raketen eingesetzt habe.

Aus Diplomatenkreisen in Bagdad verlautete, Libyen habe Teheran mindestens sechs ballistische Raketen des sowjetischen Typs SCUD-B-Raketen geliefert. Die SCUD-B kann eine Tonne Sprengstoff tragen und hat eine Reichweite von 300 Kilometern.

USA verurteilen Vorgehen Südafrikas bei Unruhen

State Department warnt vor Anarchie / Verhandlungen gefordert

DW. Washington

Der zuständige Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Chester Crocker, hat das gewalttätige Vorgehen der südafrikanischen Polizei verurteilt, die bei den jüngsten Ausschreitungen 19 Schwarze getötet hatte.

Zugleich warnte Crocker in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehen (ABC), Südafrika drohe in Chaos und Anarchie zu fallen, wenn es nicht bald zu Verhandlungen zwischen der weißen Regierung und der schwarzen Bevölkerungsmehrheit komme. Pretoria müsse einen Weg zu konstruktiven Veränderungen finden, um die schwarzen Bevölkerungsteile in das Regierungssystem einzubeziehen, „sonst gibt es eine Explosion". Die US-Regierung versuche von der südafrikanischen Regierung die Zusage zu solchen Verhandlungen zu erhalten.

Einen Hinweis, daß die USA ihre Politik des „konstruktiven Engagements" gegenüber Südafrika ändern wollten, gab Crocker nicht. „Konstruktives Engagement" bedeutet, daß die USA die südafrikanische Regierung durch Gespräche und nicht durch politischen oder wirtschaftlichen Druck zu einer Änderung ihrer Apartheidpolitik zu bewegen suchen.

In der bei Uitenhage gelegenen südafrikanischen Schwarzensiedlung Kwanobuhle sind am Sonntag sechs Schwarze beigesetzt worden, die vor zwei Wochen bei Unruhen in diesem Gebiet ums Leben gekommen waren.

Nach Angaben von schwarzen Journalisten nahmen an der Trauerfeier rund 35 000 Menschen teil. Ein Polizeisprecher schätzte die Trauergemeinde dagegen auf etwa 8000 Personen. Weiße durften die von starken Polizeikräften und Soldaten abgeriegelte Siedlung nicht betreten.

Die Beisetzung hatte ursprünglich am vergangenen Donnerstag stattfinden sollen. Als an diesem Tag 3000 bis 4000 Menschen zu der Trauerfeier marschieren wollten, eröffnete die Polizei das Feuer und tötete 19 Menschen. Mindestens 28 wurden verletzt. Der Zwischenfall löste neue Gewalttaten aus, denen bis zum Sonntag mindestens zehn weitere Schwarze zum Opfer fielen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Appetit-Häppchen

Von Bernt Conrad

SPD-Politiker warten wieder einmal mit einer Initiative auf, um Ost-Berlin in der Frage der Elbgrenze entgegenzukommen. Die von dem Berliner Politologen Dieter Schröder gelieferten Argumente für den von der „DDR" reklamierten Verlauf der Zonengrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg in der Elbmitte sind nicht neu. Immerhin liefern sie den niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten sowie der SPD-Bundestagsfraktion willkommenen Stoff, um wenigstens in diesem Punkt wieder einmal für ein Nachgeben gegenüber den Geraer Forderungen Honeckers zu plädieren, die außerdem die Schaffung normaler diplomatischer Beziehungen, die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und die Anerkennung der „DDR"-Staatsangehörigkeit zum Gegenstand haben.

Tatsächlich besteht für die Bundesregierung keinerlei Anlaß, ihren Standpunkt zur Elbgrenze zu revidieren. Nach einer alliierten Landkarte von 1944 verläuft die Grenze zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungszone im Elbabschnitt Lauenburg-Schnackenburg am Ostufer. Weil dies so ist, hat sich Bonn in jahrelangen Verhandlungen mit der „DDR" der Anerkennung eines Grenzverlaufs in der Strommitte widersetzt. Dazu war und ist die Bundesregierung verpflichtet, denn an der Elbe geht es nur darum, die Grenzlinie „festzustellen", nicht aber, sie neu festzulegen.

Eine solche Haltung braucht die Vereinbarung praktischer Regelungen, beispielsweise über Schiffahrt, Fischerei, Sportboote und Umweltschutz, nicht zu verhindern. Auf dem Prinzip. Machbares ungeachtet grundsätzlicher Differenzen zu verwirklichen, beruht ja der Grundlagenvertrag mit der „DDR".

Wenn nun die SPD mit Hilfe eines neuen Gutachtens darauf verweist, die Briten hätten schon in einer Dienstanweisung vom 5. Juli 1945 den Grenzverlauf in der Flußmitte akzeptiert, so sind dem in unzähligen Verhandlungen Argumente entgegengehalten worden. Darum bleibt es dabei: Spektakuläre Aktionen zur Unterstützung östlicher Ansprüche führen nicht weiter; sie vergrößern nur den Appetit der SED.

Polarisierung am Kap

Von Heinz Barth

Seit dem Massaker von Sharpeville vor fünfundzwanzig Jahren hat Südafrika keine gefährlicheren Rassenunruhen erlebt als die gegenwärtigen. Etwas muß auf alarmierende Weise falsch am Verfassungsumbau des Vorjahres sein, wenn sich schon wenig später schwarze Massen gegen die neue Exekutive erheben. Es war von vornherein zu befürchten, daß die halbgaren Reformen, die den Mischlingen und asiatischen Minderheiten begrenzte Rechte zuteilten, aber die Politik der Apartheid nur mit einer durchscheinenden Sichtblende umzäunten, das Rassenproblem nicht entschärfen würden.

Wieder bestätigt sich das Grundgesetz, daß widerwillig gemachte Zugeständnisse, besonders wenn sie hinter der Entwicklung herhinken, Strukturprobleme nicht bewältigen können. Sicher gibt es für Südafrika keine Patentlösungen. Volle Rassentrennung ist ebenso undenkbar wie absehbare Gleichstellung aller Rassen. Es ist leider wahr, daß viel Zeit unnütz vertan wurde. Mit jedem Jahr, das vergeht, wird es schwieriger, die Apartheid mit sanften Übergängen in ein System der Demokratie für alle zu überführen.

Von solchen Möglichkeiten hat sich die Regierung von Pretoria durch die Umsiedlung von mehreren Millionen Schwarzen in die Pseudo-Autonomie der schwarzen „Townships" entfernt, die hoffnungslos unterfinanziert sind – eine Parodie auf das Konzept der vermeintlichen Verwaltungshoheit, die die Farbigen als eine Herausforderung empfinden müssen.

Erschwerend kommt hinzu, daß infolge der Enttäuschung über die Resultate der Botha-Reform die Geduld auf beiden Seiten der Rassenmauer überstrapaziert erscheint. Offenbar ist auch bei den Machtinstrumenten der weißen Staatsgewalt das Nervenkostüm verschlissen. Anders läßt es sich nicht erklären, daß bei der Beisetzung von sechs Opfern von Unruhen neunzehn weitere Schwarze, die meist nur mit Steinen bewaffnet waren, niedergeschossen wurden.

Solche nicht zu rechtfertigenden Überreaktionen bestärken die Sorge, daß die Reform-Ansätze den Streitkräften, der Polizei und dem radikalen Flügel der Afrikaaner schon zu weit gehen. Das wäre der Beginn einer Katastrophe.

Castros Schmollen

Von Werner Thomas

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und Kuba sind offensichtlich. Fidel Castro reiste nicht nach Moskau, um an den Beisetzungsfeiern für Konstantin Tschernenko teilzunehmen; er schickte seinen jüngeren Bruder Raul, den Verteidigungsminister. Fidel wollte sich auch nicht in das Kondolenzbuch der sowjetischen Botschaft in Havana eintragen. Raul mußte schließlich eine Woche warten, bis ihn der neue Kreml-Führer Gorbatschow empfing. Gerüchte kursierten, der Kubaner ärgere sich, weil der Kreml keine zusätzliche wirtschaftliche Hilfe leisten wolle. Die „Washington Post" nannte nun einen anderen Grund: Nicaragua.

Castro verstehe nicht, daß die Sowjets nicht schärfer dem Druck der Reagan-Regierung auf die Comandantes begegnen würden, schreibt das Blatt. Moskaus Solidaritätserklärungen für die Marxisten in Managua enthielten bisher keine Drohungen von Vergeltungsmaßnahmen an die Adresse Washingtons. Besonders irritiert sei Castro gewesen, als die Sowjets vor einem Jahr einen geplanten Flottenbesuch in Nicaragua abgesagt hätten. Zuvor war ein sowjetischer Frachter vor dem nicaraguanischen Pazifikhafen Puerto Sandino durch eine Minenexplosion schwer beschädigt worden.

Diese Erklärungen für Castros Schmollen klingen plausibel. Schon deshalb, weil sich die Sowjetunion und Kuba öfters über den revolutionären Fahrplan in Lateinamerika stritten. Castro wollte die Revolution auf dem Subkontinent immer schneller vorantreiben als die vorsichtiger taktierenden Sowjets, die sich über die Grenzen ihrer Möglichkeiten vor der Haustür der westlichen Weltmacht im klaren sind. Gorbatschow scheint jedoch generell nicht die Mittel des Gegendrucks zu scheuen. Pakistans Präsident Mohammed Zia zum Beispiel wurde von dem neuen Kreml-Chef heftig vor einer weiteren Unterstützung „aggressiver Aktionen" gegen Afghanistan gewarnt. Über Pakistan läuft die amerikanische Hilfe an die afghanischen Rebellen.

Mal sehen, wann Castro nach Moskau reist, um den neuen Mann doch näher kennenzulernen. Wahrscheinlich bald. Denn solche Meinungsverschiedenheiten haben die enge Freundschaft der Bruderländer nie lange trüben können.



Beratung auf hoher See KLAUS BÖHLE

Eine gutgemeinte Mahnung

Von Peter Gillies

Der Besitz vieler guter Absichten zählt wenig, bringt man sie nicht in eine treffliche Rangfolge. So gilt es als einer der schwersten Vorwürfe an Politiker, sie litten an der Unordnung ihrer Prioritäten, *wüßten im Grunde nicht, was vorrangig sei*, welche Folgen dies habe, und was erst danach und mit welchen Wirkungen anzupacken sei. Genau zu diesem schweren Kaliber griff der neue Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hans-Joachim Langmann: Die Regierungspartei CDU verteile populistisch und ohne Augenmaß, ihre Prioritäten seien verworren, ihre einst recht markanten Konturen zerliefen.

Nun war das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Regierung *nie spannungsfrei; ein Zustand in*timen Gleichklangs mit einer Gruppe ist nicht einmal zu wünschen. Regierungen wie Volksparteien haben Interessen zu bündeln und auf Balance zu achten. Wenn jedoch ein Ziel von allen Gruppen und Parteien für das vorrangige der Innenpolitik gehalten wird – die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit –, darf es der größten Regierungspartei nicht gleichgültig sein, daß sie Irritationen statt Vertrauen verbreitet.

Der Essener Parteitag der CDU *mit seinem Beschluß über ein Er*ziehungsgeld nebst einjähriger Beschäftigungsgarantie lieferte nur den Anlaß für den Vorwurf einer falschen (besser: fehlenden) Ordnungspolitik. Es habe sich, wie der Bundesgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates keß formulierte, um einen „ordnungspolitischen Tuntenball" gehandelt – nichts war das, als das es schien, alles täuschte durch falsche Gewänder.

Nichts hindert eine Volkspartei, etwas Gutes zu tun, es sei denn Adam Riese. Nach Ansicht der Wirtschaft – und zwar auch breiter Teile, die aus Contenance einstweilen ihren Ärger herunterschlucken – hat sich die CDU aber über besagten Herrn hinweggesetzt. Sie habe eine neue Sozialleistung riesigen Ausmaßes ausgelobt, obgleich der Staatshaushalt alles andere als saniert ist. Und sie habe sie mit einer Arbeitsplatzgarantie verbunden, die dem angeblich obersten Ziel (Abbau der Arbeitslosigkeit) zuwiderlaufe. Denn jede Schutzmaßnahme wirkt sich, wie man in den Betrieben weiß, zu Lasten derjenigen aus, zu deren Gunsten sie eigentlich erdacht war. Das müßte auch die Regierung wissen, denn ihre aktuelle Politik zielt auf Abbau der Hürden, die einem neuen Ar*beitsplatz entgegenstehen, nicht* auf deren weitere Erhöhung.

So prangert die Wirtschaft nichts als diesen Widerspruch an: Die Vollbeschäftigung zu fordern, aber alles tun, damit sie nicht kommt. Die Irritationen ergeben sich freilich nicht nur aus dem Erziehungsgeld. Eine Reihe von Taten und Unterlassungen zwingt Unternehmer zu der Annahme, die Partei Ludwig Erhards benötige Nachhilfestunden: Steuer- und Abgabenerhöhungen, Ankündigungen von Wohltaten ohne finanzielle Dek*kung, Unsicherheit in Renten-* und langfristigen Steuerfragen, Verzagtheit, wenn es darum geht, Flexibilität in verkrustete Märkte zu zwingen, was von der Untätigkeit beim Ladenschlußgesetz bis zur Androhung eines Überstundenverbots reicht.

Das Flattern zwischen Wichtigem und Nachrangigem hinterläßt Resignation: Die Arbeitslosigkeit ist ein unabänderlicher Sockel, an den man sich eben gewöhnen müsse. Die Wirtschaft regele das Problem der stetig verteuerten Arbeit durch *Rationalisierung*, *die Politik* vertraue wie die Gewerkschaften darauf, daß von zehn immerhin noch neun einen Arbeitsplatz haben. Diese Betrachtungsweise ist jedoch zynisch und gefährlich. Der Bürger wählt nicht ständisch im Sinne der Gewißheit, einen oder keinen Arbeitsplatz zu besitzen, sondern er kreuzt Zukunft an.



Erhards Partei braucht Nachhilfe: Politiker im Gespräch mit Unternehmer FOTO: MANFRED VOLLMER

Lösungskompetenz zeigt sich nicht darin, daß man Freikarten für den Garten Eden verteilt, auch nicht darin, daß es in dieser Gesellschaft schon ausreicht, daß man Frau, Mann, Mutter, Kind, Student, Oma, Schüler, Bauer, Arbeitnehmer oder irgendetwas ist, um einen Besitzstand zu reklamieren, den die anderen finanzieren. Kompetenz für morgen bedeutet nicht Abschaffung von Ungewißheit und Bedrohung, sondern nur Wegweisung durch beide hindurch.

Natürlich wissen jene Kritiker, die bei der CDU Ordnungspolitik anmahnen, um die Folgen ihrer Unbotmäßigkeiten. Einerseits helfen sie der FDP. Zum anderen sind weder die SPD noch gar die Grünen eine realistische Alternative, um das Problem Nummer eins zu lösen. Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Kongreß zwar PR-Überlegenheit dokumentiert, aber in Wahrheit Inkompetenz offenbart. Es reicht nicht aus, Ökonomie und Ökologie zur Zwangsversöhnung zu bringen. Die Kombination von Investitionslenkung, Dauersubventionen, Unfinanzierbarkeit, Dirigismus, Staatsintervention, unternehmerischer Abschreckung und Leugnung marktwirtschaftlicher Antriebskräfte läßt die alte Klassenpartei durchschimmern, diesmal grün angestrichen.

Die ökosoziale Trimmung der SPD macht Arbeitslosigkeit nicht leichter lösbar, sondern perpetuiert sie. Rotgrün ist die instutionalisierte Abschreckung von der Bildung eines rentablen (= sicheren) Arbeitsplatzes. Die Kumpel an der Ruhr – als Prototyp des Arbeitnehmerwählers – wissen dies (oder ahnen es zumindest). Das bürgerliche Bündnis möchte einerseits verteilungspolitisch brillieren, andererseits Arbeitsplätze schaffen. Im ersten Fall wird es diesen Wettlauf nicht gewinnen, weil andere hemmungsloser verteilen können. Der zweiten Alternative stehen die Tatsachen in ihrer ganzen Schmerzhaftigkeit entgegen. Nur darauf verweist in diesen Tagen die Wirtschaft.

IM GESPRÄCH Alfons Nossol

Bischof des Ausgleichs

Von Joachim G. Görlich

Es gibt nur zwei „Autochthonen", wie man in Polen Einheimische bezeichnet, die mit deutschem Paß geboren wurden und die in Polen leitende Stellungen erreichten. Beide kommen aus Oppeln in Oberschlesien, beide wurden 1932 geboren: Vizepremier und ZK-Sekretär Professor Manfred Gorywoda und der Oppelner Bischof Professor Alfons Nossol. Beide, der Dogmatiker und der Volkswirt, haben viel Gemeinsames: Spielkameraden, Schul- und Studienfreunde, Verwandte.

Nossol kommt aus einer Kleinbauernfamilie aus Brodschütz im Kreis Neustadt, in dem bis 1945 das Deutschtum dominierte: Der Westteil des Kreises war von der Abstimmung 1921 befreit, der Rest wählte den Verbleib bei Deutschland. In diesen Kreis unternahm Beethoven seine längste Reise; er lebte mehrere Wochen auf Schloß Oberglogau. Nossol durchlief die deutsche, danach die polnische Schule, die Priesterseminare im „schlesischen Rom", in Neiße, dann in Oppeln, dem zweiten Kulturzentrum der Region. *In diesem „Land* unterm Kreuz", geprägt von frommen Bauern und Bergleuten, konnten Nazis, Kommunisten, übrigens auch Sozialdemokraten, nie Fuß fassen. Hier gaben das Zentrum unter Ulitzka, Lukaschek, Jakob Kaiser sowie die Kirche den Ton an.

Nossol, der an der Katholischen Universität Lublin einen Lehrstuhl innehatte und die Kontakte zu deutschen Theologen beider Konfessionen pflegte, war Gastprofessor an der Universität Mainz, als er 1977 von seiner Bischofs-Ernennung erfuhr. Primas Wyszynski hatte ihn zum damals jüngsten Bischof vorgeschlagen. Er mußte ihn regelrecht überreden, auf die Wissenschaft zu verzichten und an die Oder zurückzukehren. Nossol wurde Herr über eine Diözese mit mehr als 1,6 Millionen Gläubigen, nahezu tausend Priestern und sechzehnhundert Ordensschwestern. Es ist ein Bistum, wo die deutsch-polnische Auseinandersetzung heftig war, wo der Annaberg für Deutsche und



Wieder Deutschunterricht in Neiße: Nossol FOTO: DIE WELT

Polen ein Symbol dafür ist. Aber nirgendwo war die deutsch-polnische Symbiose, die quer durch die Familien geht, so stark. Aus diesem Bistum reisen fast täglich Menschen in die Bundesrepublik aus, öfters den polnischen Ehepartner mitnehmend. Eine Schwester Nossols lebt in Hanau.

Nossol führte in das alte Neißer Priesterseminar wieder die deutsche Sprache ein, wenn auch als Fremdsprache. Und daß die Polnische Bischofskonferenz ihn zum Vorsitzenden der Ökumene-Kommission machte, war kein Zufall. Freilich waren die Protestanten im alten Oberschlesien der Region Oppeln eine Minderheit, aber sie waren da. Und Nossols Habilitationsarbeit ist von ökumenischem Geist geprägt; sie behandelt „Die Christologie Karl Barths und ihr Einfluß auf die gegenwärtige *katholische Christologie*".

Gen Osten war dieses neue Bistum stets eine Brücke: In einer Oppelner Gruft ruht der Piastenherzog Ladislaus IV., Gründer des Paulinerklosters Tschenstochau mit der Schwarzen Madonna, das eine Filiale im Oppelner Bistum hat. Unter diesem Piastenherzog gehörte auch Wadowice zum Herzogtum, woher der heutige Papst stammt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Saarbrücker Zeitung

Sie fragt, was die EG-Kohlepläne bedeuten:

Noch reimt es sich nicht, daß der Ministerrat in Brüssel neue kräftige Einschnitte im Steinkohlebergbau vorbereiten läßt, während derzeit vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und zuvor an der Saar die Kohlevorrangpolitik von Bund und Ländern beschworen wird. Obwohl die Brüsseler Vorschläge noch nicht erörtert sind, dürfte zweifellos eine neue Diskussion über Förderkapazität bevorstehen, sollten sie an politischem Gewicht zunehmen. Kohlepolitik war immer ein Stück Strukturpolitik. Ob nun Arbeitsplatzabbau, Verringerung der Energiesicherung, größere Importabhängigkeit und Mehrkosten für den Steuerzahler den Politikern der Subventionsabbau wert sein kann, müßte mehr als zweifelhaft sein. Wie brisant noch die Brüsseler Vorschläge werden können, werden die bald zu erwartenden Bekenntnisse im künftigen Energie-Ministerrat der EG zeigen.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung rügt den Stil des Präsidenten-Wahlgangs in Athen:

Die alten Griechen, so lernt man in der Schule, standen an der Wiege der Demokratie. Die großen Philosophen der Antike haben das Fundament legen helfen für eine Verfassungsform, die gewiß Mängel aufweist, die aber anderen Herrschaftssystemen doch vorzuziehen ist. Die im modernen Griechenland die Macht in Händen haltenden Sozialisten tun sich indessen mit der spezifisch westlich-liberalen und rechtsstaatlichen Form der Demokratie offenbar schwer. Ministerpräsident Papandreou ließ es bei der Wahl des Staatspräsidenten, mit einem einzigen, von Sozialisten und Kommunisten getragenen Kandidaten, nun außerdem noch zu, daß mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln gewählt wurde ... Papandreou muß sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß solche Praktiken eher einer anderen, weiter östlich angesiedelten Form der Demokratie ähneln. Und dies wirft auf die in Griechenland regierenden Sozialisten ein etwas fahles Licht. Unschön an der Präsidentenwahl in Athen war bereits der Stil, in dem Papandreou mit dem bisherigen Amtsinhaber Karamanlis umsprang.

Eßlinger Zeitung

Sie kommentiert den SPD-Kongreß:

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann sind die ruhigen Tage der Bonner Regierungskoalition gezählt. In Dortmund nämlich präsentierte sich an diesem Wochenende eine SPD, die wieder Mut zu sich selbst gefaßt hat nach langen Monaten verzagter Grübelei und der Suche nach einem Weg durch die Oppositionszeit zurück an die Macht. Willy Brandt erfaßte den Geist der Stunde, als er davon sprach, die Wahlen im Saarland und in Hessen hätten wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Zur Aufbruchstimmung der SPD trägt freilich nicht weniger ein politisches Programm bei, das sich ... endgültig durchgesetzt hat: die Aussöhnung zwischen Umweltschutz und Beschäftigung.

Kopenhagen eine Brandbombe – der Streik lähmt das Land

Wann greift Schlüter in den Arbeitskampf ein? / Von Jochen Schilde

Bier und Benzin gibt es heute in Dänemark kaum noch zu kaufen. Ule Jespersen, Kolonialwarenhändler im Fischerdorf Lökken, sagt dazu: „Es ist kalt. Wir haben keine Touristen, aber ich habe in meinem ganzen Leben noch nie soviel Bier verkauft wie in den Tagen vor Streikbeginn." Über fünf Millionen Dänen erleben seit Sonntag den schwersten Arbeitskonflikt seit zwölf Jahren. 300 000 Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft streiken, weil Dänemarks Arbeitgeber sich einer generellen Lohnerhöhung um zehn Prozent sowie Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit – einige Gewerkschafter sprechen von der 30-Stunden-Woche – widersetzen. Hans Skov Christensen vom dänischen Arbeitgeberverband warnt vor der Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland zu verlieren.

Weder Gewerkschafter noch Arbeitgeber fanden einen Kompromiß. Die Leidtragenden: das Volk. Bis in die Samstagabendstunden (der Streik begann um Mitternacht) waren in Kopenhagen die Supermärkte überfüllt. Die Kühltruhen waren leer, die Kassen voll. „Man sollte glauben", ulkte Ole Ulsen, Geschäftsführer der Supermarktkette Bruksen, „die Russen kommen." Der Durchschnittsdäne habe sich für sechs Wochen mit Bier, Fleisch, Brot und Eiern eingedeckt. Die Dänen haben vor allen Dingen Benzin gehamstert. Kopenhagen, so meint Feuerwehrmann Bernd Nielsen, gleicht einer Brandbombe. Das Land stellt sich auf ein unfreundliches Osterfest ein.

In Aalborg merken bereits 70 000 Einwohner den Streik hautnah. 200 Arbeiter des Fernwärmekraftwerkes haben die Arbeit niedergelegt, bei Temperaturen um den Nullpunkt. 45 000 Wohnungen, zwei Krankenhäuser und fast alle Schulen der Stadt sind ohne Wärme. Seit heute gibt es keinen elektrischen Heizofen mehr in Aalborg zu kaufen. 600 Patienten des Städtischen Krankenhauses mußten umquartiert oder vorzeitig entlassen werden. Der Zivilschutz verteilte Heizkörper an Altersheime. Nur die Schulkinder freuen sich in Aalborg über den Streik; denn wegen der Kälte gibt es schulfrei.

Der Streik trifft den Transportsektor am härtesten, vor allem den Auslandsverkehr. Die skandinavische Fluggesellschaft SAS kann ihren Knotenpunkt, den Kopenhagener Flugplatz Kastrup, nicht mehr benutzen. 2200 SAS-Angestellte in Dänemark befinden sich im Streik. Zwar können ausländische Gesellschaften Kopenhagen und andere Flugplätze im Lande anfliegen, doch die Passagiere müssen ihr Gepäck selbst befördern. SAS hat einen Krisenplan ausgearbeitet und versucht nun, über Stockholms Flugplatz Arlanda den Auslandsverkehr aufrechtzuerhalten. Viele Fährverbindungen sind ebenfalls eingestellt.

Ein Lichtblick: die dänische Staatsbahn verkehrt weiterhin, wobei allerdings die Schlafwagen sowie der Büffetverkauf eingestellt sind. Angst herrscht unter Hoteliers, Zimmervermietern sowie Ausleihern von Ferienhäusern, die Ostern mit ausländischen Touristen gerechnet haben. Aber auch die Dänen, die über Ostern ins Ausland fahren wollten, glauben nicht mehr an unbeschwerte Feiertage. Bis dahin ist nämlich der gehamsterte Sprit längst aufgebraucht.

Dänemarks Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch, denn in wenigen Tagen kann die gesamte Elektrizitätsversorgung zusammenbrechen. Also ist Ministerpräsident Poul Schlüter gefordert, in den Streik einzugreifen und Gewerkschafter und Arbeitgeber wieder an einen Tisch zu bringen. Doch das hieße zunächst, einen Gehalts- und Preisstopp einzuführen. Poul Schlüter ist der Chef einer Minoritätsregierung. Er braucht für einen derartigen Vorschlag vor allen Dingen die Stimmen der radikalen Liberalen, die in seiner Regierung nicht vertreten sind. Zwei Jahre, nachdem er von Anker Jörgensen, dem sozialdemokratischen Führer, die Macht übernommen hat, will nun Dänemarks mächtige Gewerkschaft ihm einmal zeigen, wer tatsächlich im Lande mächtig ist – ein Machtkampf auf Kosten des Durchschnittsdänen. Und sollte Poul Schlüter bereits heute, morgen oder übermorgen in den Streik eingreifen, wird er seine Popularität vor allen Dingen bei den einfachen Arbeitnehmern verlieren.

In Privatgesprächen mit Streikenden hört man immer wieder Sorge, aber auch Angst vor diesem Streik, der Dänemarks Gesellschaft lähmen kann. Die Hoffnung, die Löhne könnten beträchtlich erhöht werden, ist nicht sehr verbreitet. Doch auch in Dänemark herrscht in Gewerkschaftskreisen eine strenge Streikmoral. Wenn Poul Schlüter nicht bald eingreift, dann können bereits Ende dieser Woche fast alle Räder in Dänemark stillstehen, wobei der Export vollständig zusammenbrechen kann.

São Paulo – jede Menge Deutsches Made in Brazil

Mehr als 600 Firmen mit deutscher Beteiligung beschäftigen in São Paulo 400 000 Menschen. Die größte deutsche Industriestadt sozusagen liegt damit in Brasilien, denn selbst Berlin, Hamburg oder München erreichen nicht diese Zahlen.

Von WERNER THOMAS

Das Bayer-Kreuz und der geschwungene Namenszug Siemens gehören zur Straßenreklame. *Auf dem* Weg nach Santos liegen die riesigen Fabrikanlagen von Volkswagen und *Mercedes* Benz. VW-Fahrzeuge, die oft nicht den Wolfsburger Typen gleichen, beherrschen den Autoverkehr. Die meisten Busse und Laster tragen den Mercedes-Stern.

Werner Lechner, der Chef von Mercedes Benz do Brasil und Präsident der örtlichen Industrie- und Handelskammer, spricht von einem „Nachkriegsphänomen". Erst Anfang *der fünfziger Jahre begann die Invasion*, obgleich einige Konzerne, Siemens beispielsweise, schon im letzten Jahrhundert ansässig waren. Volkswagen und Mercedes Benz spielten eine Pionierrolle. Die beiden Tochterfirmen ließen sich in São Bernardo do Campos nieder, einer südöstlichen Vorstadt, die heute mehr als 425 000 Einwohner zählt. Sie entwickelten sich zum größten Automobil- und Nutzfahrzeug-Produzenten Lateinamerikas. Sie leisteten einen Beitrag, *daß São Paulo* die wichtigste Industriemetropole des Subkontinentes wurde.

São Paulo, vor hundert Jahren ein verschlafenes Provinznest mit knapp 50 000 Einwohnern, das von Kaffeehandel lebte, genießt mittlerweile einen Weltstadt-Ruf. Der Großraum São Paulo umfaßt 14,5 Millionen Menschen. Im Staat São Paulo stehen 60 Prozent aller Fabriken des Landes. Er liefert die Hälfte des gesamten Steueraufkommens Brasiliens und Zweidrittel aller Exportwaren. Das Bruttosozialprodukt des Bundesstaates, *etwa 110 Milliarden Dollar*, würde unter den Ländern der Erde den 17. Rang einnehmen. Die „Paulistas" nennen ihren dynamischen Staat gern die „Lokomotive der Nation".

In keinem anderen Entwicklungsland der Welt hat die deutsche Wirtschaft ähnliche Investitionen vorgenommen wie in Brasilien, mehr als zehn Milliarden Mark. Auf der Liste aller Länder, in die deutsches Privatkapital floß, nimmt Brasilien den vierten Rang ein, hinter den USA, Belgien/Luxemburg und Frankreich, vor der Schweiz, Kanada und Großbritannien. Werner Lechner betont: „Kaum jemand bereute die Kapitalanlagen."

São Paulo boomte in den sechziger und siebziger Jahren. *Brasilien verzeichnete* wirtschaftliche Wachstumsraten von fast zehn Prozent. In jener Zeit entdeckten besonders mittelständische Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland eine Marktlücke. Sie kamen nach São Paulo, weil diese Region über die beste Infrastruktur und die qualifiziertesten Arbeitskräfte verfügt und über ein Beratungs-System, das von der Handelskammer bis zum einzigen „Verein deutscher Wirtschaftsjuristen" im Ausland reicht.

Kammer-Präsident Lechner, der bei einem Mittagessen im Mercedes-Benz-Werk über das gewaltige Engagement der deutschen Industrie in São Paulo berichtet, erwähnt aber auch die Rückschläge. Es ging nicht immer *aufwärts. „Die letzten Jahre* waren für manche schmerzlich gewesen", sagt er. Er meint die Rezessionsphase zwischen 1980 und 1983, wo die Wirtschaft um insgesamt 16 Prozent schrumpfte.

Es war eine Zeit trüber Bilanzen. Selbst Volkswagen do Brasil fuhr rote Zahlen ein (1983 betrugen die Verluste mehr als 18,7 Millionen Mark). Rationalisierungsschritte wurden notwendig, auch Entlassungen. Die Arbeitslosigkeit kletterte 1983 in São Paulo auf 16 Prozent. Soziale Spannungen entluden sich in Demonstrationen und blutigen Straßenschlachten. 1984 schlossen sechs deutsche Firmen in São Paulo, obgleich das Vorjahr Erholung signalisierte: Die Wirtschaft wuchs um vier Prozent. Werner *Lechner, dem während der* Krise Verluste erspart blieben, konnte wieder 3000 Leute einstellen. „Eines meiner größten Erfolgserlebnisse", gesteht er.

Auch nebenan bei Volkswagen do Brasil sieht die Bilanz wieder besser aus. 1984 registrierte der Konzern einen Gewinn von umgerechnet 45,7 Millionen Mark.

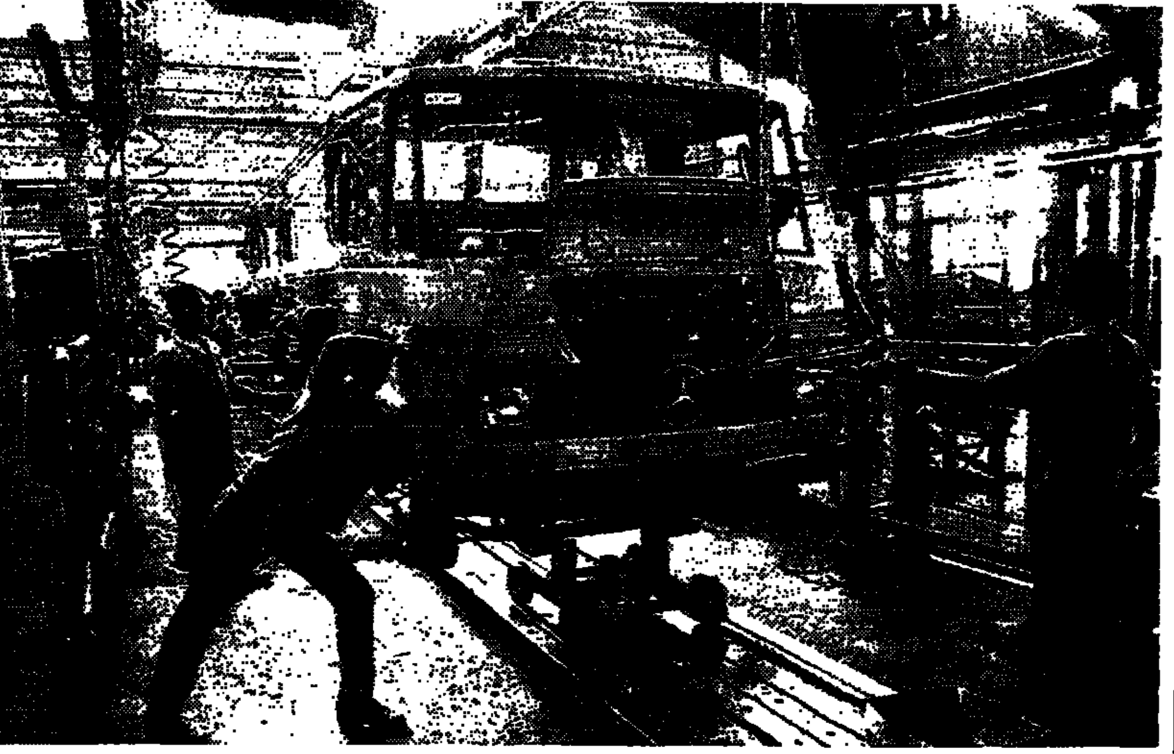
Die deutsche Industrie in São Paulo konnte mithelfen, das Land aus der wirtschaftlichen Talsohle zu hieven. Sie *hat kräftig* exportiert. Bei Volkswagen (zur Zeit 30 000 Beschäftigte) betrug der Exportanteil 16,3 Prozent, bei Mercedes Benz (15 000 Beschäftigte) 23 Prozent. Die Fahrzeuge der beiden Branchen-Riesen gehen in die ganze Welt und bringen Brasilien dringend notwendige Devisen. 1984 betrug der Handelsbilanz-Überschuß 13 Milliarden Dollar, eine Rekordziffer.

Der Kammer-Präsident verteidigt energisch die Interessen seiner Mitgliedsfirmen. Scharf kritisierte er in *seinem letzten* Jahresbericht ein Informatik-Gesetz mit nationalistischen Zügen, das besonders die Siemens-Manager besorgt: „Eine alarmierende Entwicklung". Lechner: „Wir haben in den letzten zwei bis drei Jahrzehn*ten nicht nur Technologie* eingebracht, sondern auch Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen, haben Facharbeiter, Techniker, Kaufleute ausgebildet, die heute bereits zum brasilianischen Mittelstand gehören. Somit haben wir uns auch das Recht erworben, vor einer Fortsetzung dieser nationalistischen Tendenz zu warnen."

Lechner erwähnt in unserem Gespräch oft das Ausbildungsprogramm der Deutschen, das er für vor*bildlich hält.* Mercedes Benz do Brasil unterhält eine eigene Berufsschule, die heute 500 Lehrlinge besuchen. Das Unternehmen ermöglicht die Meister-Prüfung und schickt Führungskräfte nach Stuttgart.

Fast alle deutschen Manager fühlen sich wohl in São Paulo. Auch Werner Lechner, der aus einem kleinen Odenwald-Ort bei Heidelberg stammt. Die Herausforderung sei größer. Die Arbeit verlaufe nicht immer in programmierten Bahnen. „Man hat mehr Freiheit und Verantwortung." Der Mercedes-Chef verweist stolz auf die Entwicklung des modernsten Luxusbusses der Welt, dem 0 370-Modell, einer futuristischen Schöpfung. Wolfgang Sauer, der nicht minder forsche Firmenchef von Volkswagen do *Brasil, läßt Fahrzeuge vom Fließband* laufen, die ein deutscher Besucher selten zu identifizieren weiß. Sie tragen exotische Namen wie Gol, Voyage, Parati und Saveiro.

Die Stadt ist besser als ihr Ruf. Man kann guten Gewissens durchatmen. Rio de Janeiro hat schlimmere Verkehrsstauungen. Keine andere Stadt Lateinamerikas kann mit einem so vielfältigen Restaurant- und Nachtclub-Angebot aufwarten. Auf kulturellem *Gebiet* konkurriert nur Buenos Aires. Wochenend-Entspannung bieten die sandigen Atlantik-Strände nördlich und südlich von Santos und die kühlen Berggegenden der Monte-Verde-Region, die bereits zum Nachbarstaat Minas Gerais gehört. Den Schattenseiten gehen die Ausländer aus dem Weg. Man macht einen Bogen um die schäbigen Slumviertel und meidet gefährliche Innenstadt-Bezirke wie den Platz der Republik, besonders nachts. (SAD)



Mercedes do Brasil – eines von vielen deutschen Unternehmen, die São Paulos Aufstieg begründeten
FOTO: NORBERT NORDMANN

Orwell bleibt auf der Tagesordnung – auch nach 1984

„Beyond 1984" lautete das Thema eines Kongresses, zu dem beinahe 200 renommierte Politiker, Schriftsteller und Journalisten aus Europa und Amerika nach London kamen. Eingeladen hatte das „Komitee für die Freie Welt", um über die Fortentwicklung von Kommunismus und liberaler Demokratie zu diskutieren.

Von HELLMUT JAESRICH

Als man die Londoner Zusammenkunft plante, sah man nicht voraus, wie arg der Name George Orwells und das Jahr, mit dem er seine bittere Utopie überschrieben hat, im Laufe eben dieses Jahres noch strapaziert werden sollten. Ebensowenig konnte man freilich ahnen, daß der Amtsantritt eines neuen, jüngeren Generalsekretärs in Moskau die Diskussion über das Verhältnis des Westens zur Sowjetunion heftig beleben würde. So schien der Augenblick doch gut gewählt, eine Art Bestandsaufnahme des west-östlichen Verhältnisses zu versuchen.

Gleich am Anfang warnte freilich der temperamentvolle Wladimir Bukowskij in einer von satirischen Glanzlichtern funkelnden Tischrede davor, irgendwelche Hoffnungen in die Wachablösung im Kreml hineinzuprojizieren. Und auch im Laufe der Veranstaltung kamen immer wieder Stimmen auf, die dringend von übereilten Schlüssen über Gorbatschow und seine Herrschaft abrieten und „gediegene Skepsis" sowie kritische Distanz empfahlen.

Die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit, mit der die hiesige Öffentlichkeit noch immer dem Phänomen des Kommunismus gegenübersteht, hat Orwell in seinem anderen unvergeßlichen Buch, „Animal Farm", am Beispiel der Haustiere geschildert, die nicht glauben wollen, daß sie Schritt für Schritt um ihre politischen Rechte betrogen werden. In seinen *Eröffnungsworten stellte deshalb* Lord Chalfont, der Präsident des Kongresses, die Forderung nach Aufklärungsarbeit in den Mittelpunkt. Sie müsse sich auf alle Gebiete erstrecken, von der Fortentwicklung der marxistischen Lehre innerhalb und außerhalb der Sowjetunion bis zu den Rüstungskontroll-Verhandlungen in Genf, von den Terroristen und ihren Hintermännern bis zur Infiltrierung internationaler Verbände.

Für *alle* diese Themen waren *in* London hervorragende Redner aufgeboten. Es begann mit Lord Quinton, dem Präsidenten des Trinity College in Oxford, einem der angesehensten Philosophen Englands. Er schilderte in groben Umrissen, was sich seit dem Tode Orwells, der ja den totalen und doppelseitigen Totalitarismus nicht als Prophet, sondern als Warner an die Wand gemalt hatte, auf dem Erdball in Sachen Totalitarismus abgespielt hat.

Nichts könnte wohl deutlicher die ganze Spannweite des Kongresses zum Ausdruck bringen als die beiden bekanntesten Namen auf der Rednerliste: Da war einerseits, am Pol der reinen Ideologie, der polnische Philosoph Leszek Kolakowski, der seine dreibändige „Geschichte des Marxismus" als Professor in Warschau begonnen und als Professor in Oxford beendet hat. Er brachte seine Thesen von der *„Zersetzung* der marxistisch-leninistischen Theorie" aus dem Stegreif sprechend vor, von Melvin J. Lasky mit einer wohldokumentierten Betrachtung über Utopie und Revolution eingeführt. Und da war andererseits die versierte Diplomatin aus den USA, der man mit ganz besonderer Aufmerksamkeit entgegensah: Jeane J. Kirkpatrick, die amerikanische Ex-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, die ihre Stellung soeben erst aufgegeben hat.

Jeane Kirkpatrick konnte aus er*ster Hand über das Vordringen der* Sowjets in der Dritten Welt berichten. Die Anzahl der Truppen des Sowjetblocks in Ländern außerhalb des Warschauer Pakts hat sich in den letzten 20 Jahren um 500 Prozent gesteigert, vorzugsweise in der Nähe strategisch wichtiger Punkte auf dem Globus, ganz abgesehen von dem Zugewinn ganzer Staaten durch einen Regimewechsel. Es gehe über die Kräfte der USA hinaus, meinte die Diplomatin, dieser Offensive allein Einhalt zu gebieten, es sei zudem „unsinnig", von einem Wettkampf der beiden Supermächte um die Hegemonie zu sprechen, denn beider Ziele seien grundverschieden. Die Sowjets erstrebten eine Expansion ihres Imperiums, an dem jeder neu einverleibte Vasallenstaat sofort mitwirken müsse, die Amerikaner wollten nichts anderes als eine Welt von unabhängigen Staaten, die sich wechselseitig respektieren.

Der Terminus „Dritte Welt" sei übrigens höchst anfechtbar, er gaukele ein Kollektiv vor, das es in Wirklichkeit nicht gebe. Die einzige Gemeinsamkeit sei das Bedürfnis der einzelnen Länder nach finanzieller Hilfe, und die teile der Westen mit bemerkenswerter Sorglosigkeit aus. Sie habe sich, sagte Frau Kirkpatrick, einmal eine Liste der Empfänger aushändigen lassen: „Ich dachte schon, sie hätten mir eine falsche Liste gegeben, denn es waren alle Länder darunter, die noch in der gleichen Woche *mit sowjetischen MiGs oder Panzern* beliefert wurden."

Dezidierte Kritik am westlichen Lager äußerte auch Richard Perle, der Beauftragte für internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium. Ebenso wie Lord Chalfont griff er den englischen Außenminister Howe wegen seiner Kritik an Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative (SDI) an.

Zwei brillante Studien über die sowjetische Militärmacht von einem *Dozenten für Russisch* an der Akademie in Sandhurst und über sowjetische Infiltrations- und Täuschungsversuche von dem besten Kenner des Gebietes, Brian Crozier, rundeten das Programm ab, gefolgt von der Kurzfassung des Referates von Lord Chalfont über den staatlich geförderten Terrorismus, ein Thema, zu dem er als Militär, Journalist und Politiker ein beeindruckendes Wissen erworben hat. Chalfonts Kennerschaft und Organisationstalent drückten dem ganzen Londoner Kongreß ihren Stempel auf.

In den Diskussionen wechselten die Theoretiker der Politik mit den Praktikern ab, in vielen Fällen waren es die Opfer aller erdenklichen Formen der sowjetischen Expansion, von den Ostseerand-Staaten bis Afghanistan, von den Bewohnern der Seychellen bis zu den Krim-Tataren.

Die deutsche Mode oder Ein Kampf gegen Komplexe

München contra Düsseldorf heißt seit langem der Konkurrenzkampf in Sachen deutscher Mode. Am Rhein hat man dabei bisher die Nase vorn, zumindest was die Zahlen angeht. An der Isar hält man mit Charme dagegen.

Von PETER SCHMALZ

Gianfranco Ferré, Mailands kugeliger Designer-Star im Teddybär-Look, wagte zu Beginn der Münchner Modewoche einen Ausflug aufs glatte Parkett der Wort-Schöpfungen. Oberbürgermeister Georg Kronawitter hatte ihm soeben unter dem Beifall von Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann und der Crème der deutschen Modebranche den Münchner Modepreis – der an der Isar ein wenig gernegroß auch Mode-Oscar genannt wird – überreicht und den Ausgezeichneten als „einen leuchtenden Stern am Modehimmel" gelobt. Da griff sich der Bärtige ein Mikrophon und sagte, was die Versammlung in eisiges Schweigen fallen ließ: Auch Deutschland habe große Talente, die es aber noch zu finden und zu fördern gelte. Worauf er den mit dem Preis verbundenen 10 000-Mark-Scheck dem Oberbürgermeister zurückgab, auf daß die Deutsche Meisterschule für Mode einen finanziellen Push erhalte.

Die Geldrückgabe hat Tradition, waren doch bisher weder Jil Sander, Karl Lagerfeld oder gar Nino Cerruti angewiesen auf die fünfstellige Summe, aber noch keiner hat ein ähnlich schmerzhaft-deutliches Wort gewagt. „Ich wollte nur einen Witz machen", entschuldigte sich Ferré später, aber er hatte den wunden Punkt einer Branche getroffen, die allein in der Damenoberbekleidung im Jahr fast 20 Milliarden Mark umsetzt, nach Schätzung von Münchens Modewochen-Chef Karl-Dieter Demisch nach Elektronik und Automobil der drittgrößte deutsche Industriezweig ist und mit einem Exportanteil von 30 Prozent erheblich abhängig ist von ihrem Image auf dem internationalen Laufsteg.

Insider wissen, daß Ferrés pauschales Urteil wackelt, hat doch erst vor zwei Wochen die Düsseldorfer Modewochen-Konkurrenz IGEDO dreizehn deutschen Jung-Designern die Chance zur begeistert beklatschten Präsentation gegeben, schrieb erst kürzlich die „International Herald Tribune" vom neuen deutschen Modewunder und machen quirlige deutsche *Mode-Unternehmer* wie Willy Bogner mit seiner sportlichen Tracht oder Margaretha Ley mit raffinierten Pullovern Millionen-Umsätze auf dem heißen Dollarmarkt jenseits des Atlantiks.

Dennoch: Seit sich Heinz Oestergaard zum Facelifting der Warenhausmode zurückgezogen hat und ein Star wie Lagerfeld ins Ausland entschwunden ist, grassiert der Bazillus des Minderwertigkeits-Komplexes in der Nobeletage der deutschen Bekleider.

„Das muß sich ändern", hat sich Modewochen-Macher Demisch zum Ziel gesetzt. Sein Terminkalender ist seither der eines Weltreisenden: Ende 1984 jettete er in die USA, brachte den Amerikanern die neue Erkenntnis, daß Old Munich neben Hofbräu-House auch ein Fashion-Center zu bieten hat und lockte die Dollar-Einkäufer mit dem Hinweis auf den günstigen Wechselkurs. Als Resultat dieser Werbetour sind die USA erstmals mit einer offiziellen Beteiligung an der Isar. Er war in Wien und Zürich, in London und Japan. Im April wirbt er in Skandinavien, dann in Madrid.

„Noch gibt es im Ausland keine deutsche Mode wie es die französische oder die italienische gibt", gesteht Demisch ein und streckt die Hand aus zu seinem schärfsten Konkurrenten, der in Düsseldorf als Boß der weltgrößten Modemesse sitzt: Manfred Kronen, Manager der IGEDO. Beide Messen liegen seit gut zwei Jahrzehnten im erbitterten Kampf, wobei Düsseldorf auf Zahlen und München auf Charme setzt.

Mit 129 500 Quadratmetern Ausstellungsfläche liegt die IGEDO unerreichbar vor München, wo trotz einer Erweiterung der Hallenfläche um 20 000 Quadratmeter nur 105 000 verfügbar sind. Mit 2450 Ausstellern schlug Düsseldorf Mitte März die Münchner um 300, am Rhein wurden 58 195 Einkäufer registriert, fast 1500 mehr als an der Isar in den vier Messetagen bis morgen erwartet werden.

München serviert dafür einen Ballett-Abend im Nationaltheater, den Gala-Abend mit der Vergabe des Modepreises und mit lockeren Verrücktheiten, wie sie nur in der Künstler-Metropole sprießen: Wenn etwa der Hemden-Hersteller van Laack zur Modenschau in die Schwabinger Akademie der Bildenden Künste einlädt und zu Wodka mit Buttermilch ein Brautkleid aus 2000 weißen Seidenkrawatten und einen Regenmantel mit Pornobildern der New Yorkerin Susan Pitt zeigt, schließlich noch fünf Splitternackte auf den Laufsteg schickt, die dadurch auffallen sollen, daß sie auf dem Kopf ausgefallene Frisuren tragen.

Dennoch: Die beiden modischen Supermessen haben sich arrangiert, *IGEDO-Kronen lobt* die Konkurrenz als Aufputschmittel, und Modewochen-Demisch meint: „Beide Termine sind notwendig, andere Plätze kann die Branche vergessen." Der Seitenhieb gilt Berlin.

Doch die Konkurrenten im Inland, so Demisch, sollten gemeinsam dort auftreten, wo die Schwächen am größten sind: im Ausland.

Eine „Koalition der Vernunft“ soll Vorsprung des Südens verringern

Küstenländer streben eine Verbesserung der wirtschaftlichen und technischen Infrastruktur an

GEORG BAUER, Bonn

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel, in diesem Jahr Vorsitzender der Konferenz Norddeutschland, des Zusammenschlusses der vier Küstenländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, weiß offenbar um die Zusammenhänge von Psychologie und Politik. Seine Zeit als Vorsitzender stellte er daher unter das Motto: Imageverbesserung. Wir müssen, so predigt er es in ungewohnter Einmütigkeit mit seinen Regierungskollegen im Norden, das Schlagwort „Süd-Nord-Gefälle“ aus dem Wortschatz bannen. Dieses Wort schade dem Norden nicht nur durch seine alles über einen Kamm scherende Beschreibung der wirtschaftlichen Situation in den Küstenländern, sondern lähme auch die Bereitschaft der Unternehmer zu Investitionen.

Und noch eine zweite Erkenntnis scheint sich Barschel zur Richtschnur seiner Politik gemacht zu haben – das Bekenntnis zur Einmütigkeit. Um ein Gegengewicht gegen den aufstrebenden Süden der Bundesrepublik Deutschland, gekennzeichnet durch den technologischen Fortschritt insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg, zu schaffen, fordert Barschel engste Kooperation des Nordens. Durch eine Koalition der Vernunft, ein Aufruf, der mit Blick auf den technologischen Wandel wohl als Absage an ideologische Hemmnisse und eine kleinkarierte Kirchturmpolitik in Bremen, Hamburg, Hannover oder Kiel gewertet werden darf, soll der Anschluß an die anderen Bundesländer entweder gehalten oder wiedergewonnen werden.

Atmosphäre verbessert

Nach Meinung des Regierungschefs in Kiel waren die Beziehungen in der Vergangenheit zum Schaden des Nordens allzu oft getrübt. Anders als Barschel und der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi, die sich um eine sachliche, fern von Parteipolemik angesiedelte Beziehung bemühen, standen sich ihre Amtsvorgänger, der jetzige Bundesfinanzminister Stoltenberg und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klose, als Pole gegenüber. Erwähnt seien nur die Streitpunkte Flughafen Kaltenkirchen und NDR-Staatsvertrag. „Das ganze Klima“, so war aus der Staatskanzlei in Kiel zu vernehmen, „war nicht so, wie es hätte sein sollen.“

Die Atmosphäre hat sich geändert, auch die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, wie sie Barschel formulierte, wurden auf Länderebene besprochen, ohne ihnen allerdings verbindlichen Charakter zu geben. So sollen die Länder an ihrer restriktiven Ausgabenpolitik festhalten, vergleichbare ordnungspolitische Rahmenbedingungen (Ende des Subventionswettlaufs für die Werften) und ein wirtschafts- und investitionsfreundliches Klima schaffen, sowie die wissenschaftlich-technische Infrastruktur verbessern.

Als Ziele schweben dem Vorsitzenden der Konferenz die Gründung neuer wirtschaftsnah forschender Institute, die Errichtung von Gründerzentren und privaten Universitäten sowie ein verstärkter Informations- und Personalaustausch zwischen Forschung und Wirtschaft vor Augen.

Einen ersten Anlauf in diese Richtung unternahm Kiel, als es im Nahbereich Hamburgs, in Quickborn und Flensburg, sogenannte Technologieparks schuf, die zur „Brutstätte für technologische Existenzgründer“ werden sollen. Einen weiteren Schritt hin zur Privatisierung der Forschung war die Schaffung eines vor wenigen Tagen eingeweihten Instituts für angewandte Informationstechnologie, einer Ausgliederung aus der Universität. Die Wissenschaftler, die zum Teil mit Zeitverträgen arbeiten, sollen sich auf dem Markt durch Auftragsforschung behaupten. Und für das kommende Jahr ist als Ableger der Universität Witten-Herdecke die Gründung der privaten „Nordischen Universität“ mit Sitz in Flensburg (Agrarwissenschaftliche Fakultät) und Neumünster (Technische Hochschule) geplant.

In ihrem Bemühen um die Entwicklung der Region richten die vier Bundesländer ihren Blick aber auch geschlossen nach Bonn. Um aus dem „Teufelskreis“ – ausschließliche Förderung bereits vorhandener Institute und Forschungseinrichtungen – herauszukommen, drängen sie bei der Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsmitteln auf Neugründungen von Instituten unter Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte.

Als Beweis ihrer Gemeinsamkeit beantragten sie nach einer internen Abstimmung, basierend auf dem Versprechen gegenseitiger Unterstützung, in Bonn die Unterstützung folgender Projekte: Für Bremen die Institute für industrielle Werkstofftechnik und Klebetechnik, für Hamburg die Anlage zur Aufstromklassierung und zur Sanierung von Altlasten, für Hannover den Forschungsverbund Bioverfahrenstechnik und das Technologie-Transferzentrum sowie für Kiel die Erweiterung des Forschungszentrums Geesthacht sowie das Institut für anwendungsnahe Technologieentwicklung in Wedel.

Nutzung des Meeres

Die Hoffnungen und Wünsche Norddeutschlands richten sich aber auch auf das Meer und die damit verbunden Chancen. Mit forderndem, das Ziel vorgebendem Unterton heißt es im Norden: Sind wir nur eine kontinentale Nation oder auch eine maritime? Es sei ein Unding, daß die Bundesrepublik Deutschland beim Welthandel mit einem Anteil von 10 Prozent zwar den zweiten Platz einnehme, aber gemessen an der Hierarchie der Handelsflotten mit einem Anteil von 1,5 Prozent nur den 46. Platz halte. Diese „Schieflage“ (Barschel), die momentan den Schiffbau an der Küste schwäche, könne in Spannungssituationen zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten führen und damit zu einem nationalen Problem werden.

Einen Befürworter der Anliegen Norddeutschlands und der Ansicht, die Zukunft der Bundesrepublik hänge auch in entscheidendem Maße vom Meer ab, glauben die Länder in Wirtschaftsminister Bangemann gefunden zu haben. Ebenso wie sie sei der FDP-Bundesvorsitzende sich der Chancen, die die Nutzung des Meeres und Meeresbodens durch neue Technologien biete, bewußt. Ein für Mitte Juni geplantes Meeressymposium in Bonn, auf dem Wissenschaftler, Wirtschaftler und Politiker über ein gemeinsames Meereswirtschafts-Konzept beraten werden, soll den Blick Bonns für die sich bietenden Möglichkeiten schärfen. Ein erster Test für die Ernsthaftigkeit Bonns ist nach Meinung Barschels die Vergabe des Forschungsinstituts für marine Geowissenschaften nach Kiel.

Blumenfeld – Diplomat, Hanseat und Europäer

UWE BAHNSEN, Hamburg

Politiker mit vielfältigen internationalen Verbindungen, sprachgewandt und auslandserfahren, sind im deutschen Parlamentarismus eine Minderheit – und waren es immer. Erik Blumenfeld, der morgen das 70. Lebensjahr vollendet, verkörpert diese Attribute in besonderer Weise.

Demokrat der ersten Stunde nach dem Ende des Krieges, verfügt er über ein besonderes Vertrauenskapital in den USA, in Großbritannien, in Skandinavien, auch in den Hauptstädten des Ostblocks, vor allem aber in Israel. Für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden hat sich der Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Hamburg und einer dänischen Mutter, der auf Befehl Himmlers Leidensjahre in Auschwitz und Buchenwald erdulden mußte, seit Jahrzehnten leidenschaftlich engagiert, und tut es noch – seit 1977 als Präsident der *Deutsch-Israelischen* Gesellschaft.

Erik Blumenfeld vollendet morgen sein 70. Lebensjahr

Für seine eigene Partei war der betont liberale Christdemokrat Erik Blumenfeld, nach Lebensstil und innerer Haltung ein Sproß des hanseatischen Establishments mit dem Schliff einer sorgfältigen Erziehung und Ausbildung in der berühmten Schloßschule Salem, dann in England, Frankreich und Skandinavien, häufig ein überaus unbequemer Mann.

An den ostpolitischen Tabus der Ära Adenauer etwa hat er früh gerüttelt. Dem Mitbegründer und Ehrenvorsitzenden der Hamburger CDU, der mehrere Jahre Fraktionschef seiner Partei in der Hamburger Bürgerschaft war und 1953 zu den Initiatoren des bürgerlichen „Hamburg-Blocks“ aus CDU, FDP, BHE und DP gehörte, hat die Bundespartei solche Bekundungen eines sehr persönlichen Standortes nicht selten als politische Extravaganzen angekreidet. Seiner bundesdeutschen Laufbahn war das naturgemäß nicht unbedingt förderlich.

Gleichwohl hat Blumenfeld, der dem Bundestag von 1961 bis 1980 angehörte, vor allem zu Zeiten Adenauers und Erhards immer wieder diplomatische Sondermissionen übernommen, die der Bonner Außenpolitik wichtige Erkenntnisse und Impulse vermittelten. Für den ersten Bundeskanzler sondierte Blumenfeld, der aus dem letzten Vorkriegsjahr persönliche Beziehungen zur Familie Kennedy besaß, in den USA das damals für die deutsche Außenpolitik nicht einfache politische Terrain, als John F. Kennedy seinen Präsidentschaftswahlkampf führte. Für Ludwig Erhard reiste er als ostpolitischer „Pfadpfinder“ in mehrere Hauptstädte Osteuropas, vor allem nach Warschau, und führte dann 1965 die Vorgespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel.

Erik Blumenfeld war nach Einstellung und Werdegang stets ein überzeugter Europäer. Schon früh gehörte er verschiedenen europäischen Institutionen an, zum Teil in führenden Funktionen. Seit 1973 ist er Mitglied des Europa-Parlaments. Zugleich aber war er stets sehr bewußt Hamburger – darin Helmut Schmidt wesensverwandt, mit dem ihn freundschaftliche Beziehungen verbinden. Nachdem der „Hamburg-Block“ 1953 die Sozialdemokraten für vier Jahre auf die Oppositionsbänke verwiesen hatte, versuchte Blumenfeld 1974 und 1978 vergeblich als Spitzenkandidat seiner Partei bei den Bürgerschaftswahlen, die SPD erneut abzulösen.

Die persönlichen Liebhabereien des Inhabers mehrerer Firmen sind so hanseatisch wie der ganze Mann: Golf, moderne Literatur, moderne Kunst, Reisen. Seinen Geburtstag verbringt er im Ausland.

Rothemund verzichtet auf neue Kandidatur

SPD-Mitglieder deprimiert über Zustand der Partei

PETER SCHMALZ, München

Helmut Rothemund wirft das Handtuch: Der bayerische SPD-Landesvorsitzende, der am Wochenende mit einer Organisationsreform der Bayern-SPD gescheitert ist, erklärte gestern Präsidium und Vorstand des Landesverbands, daß er im Herbst nicht erneut für den Landesvorsitz kandidieren werde. Beide Gremien haben den Entschluß zur Kenntnis genommen, über die Nachfolgefrage aber noch nicht beraten.

Damit ist der endgültige Rückzug des 56jährigen Politikers aus Führungspositionen seiner Partei terminiert: Im Herbst Abtritt vom SPD-Fraktionsvorsitz im Landtag. Dort soll ihm der 40jährige am Wochenende gekürte fränkische Bezirksvorsitzende Karl-Heiz Hiersemann nachfolgen, der damit für eine Kandidatur zum Landesvorsitz ausscheidet, nachdem deutlich erkennbarer Wille der Partei ist, beide Ämter wieder zu trennen. Der Landesvorstand setzte gestern eine Arbeitsgruppe ein, die nach der heftigen Organisationsdiskussion eine Basis schaffen soll, auf der Befürworter wie Gegner der Reform harmonisch weiterarbeiten können.

Dem Landesvorstand lag gestern ein Papier vor, das sich auch mit der Organisation der bayerischen SPD beschäftigt, jedoch in einer anderen Weise als Helmut Rothemund mit seiner gescheiterten Reform. Hatte der Landesvorsitzende versucht, die Partei vom Kopf her über eine Auflösung der drei bayerischen Parteibezirke und durch eine Stärkung des Landesverbandes neu zu orientieren, so befaßt sich das bisher nicht veröffentlichte Papier mit dem Organisationsgrad der bayerischen SPD. Das Ergebnis wird in Kreisen der führenden Parteimitglieder als „einfach niederschmetternd und deprimierend“ bezeichnet.

Kein Ortsverein

Danach existiert nur in 62,5 Prozent aller selbständigen Gemeinden Bayerns ein SPD-Ortsverein, in mehr als jeder dritten Gemeinde ist die Partei somit nicht vertreten. „Noch krasser und schlimmer“, so das Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Südbayern, Hans Hartl, ist die Situation in diesem Bezirk, der Oberbayern und Schwaben zusammenfaßt. Dort ist die SPD in der Hälfte der politisch selbständigen Gemeinden nicht organisiert. Selbst Niederbayern/Oberpfalz liegt mit 68,5 Prozent deutlich darüber, der SPD-Bezirk Franken nimmt mit 72,9 Prozent die bayerische Spitzenstellung ein. Vorstandsmitglied Hartl empfindet es als merkwürdig, über Organisationsformen auf Landes- und Bezirksebene zu diskutieren, „wenn man in den letzten zehn Jahren sich nicht ein einziges Mal gefragt hat, in wieviel Gemeinden es keinen Ortsverein gibt“.

Konkrete Schritte

Nach Hartls Ansicht müssen umgehend konkrete Schritte eingeleitet werden, die südbayerische SPD flächendeckend zu organisieren. Dadurch könnte nicht nur die schlechte Finanzsituation dieses Bezirks, der auf Solidaritätszahlungen durch fränkische Genossen angewiesen ist, sondern auch die Wahlchance erheblich verbessert werden. Denn durch die mangelnde Präsenz kann die SPD bei Kommunalwahlen nur in jeder zweiten Gemeinde eigene Kandidaten aufstellen. Dadurch, so fürchtet Hartl, trete ein „SPD-Entwöhnungseffekt“ mit der Folge ein, daß viele Wähler auch bei Landtags- oder Bundestagswahlen nicht motiviert sind, SPD zu wählen.

Das Papier macht auch die Ansicht, die SPD sei eine Stadt-Partei, fragwürdig. In München wird bei 1,28 Millionen Einwohnern und 10 199 SPD-Mitgliedern ein Organisationsgrad von 0,79 ermittelt, der damit genau der Organisation der ländlichen Landkreise Ebersberg und Pfaffenhofen an der Ilm entspricht. In diesem Ergebnis spiegelt sich aber auch die abschreckende Wirkung der Münchner SPD auf die Bevölkerung, denn die beiden nächstgrößten Städte Bayerns haben eine nahezu doppelt so hohe Einwohner-Mitglieder-Relation: Nürnberg 1,33 und Augsburg 1,31.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

US-Experten unterrichten Bonn über SDI-Initiative

Fragen nach der strategischen Verteidigung Europas

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In dieser Woche erwarten Bundesregierung und Bundestag eine erste umfassende Unterrichtung durch amerikanische Experten über die Zielsetzung und den Stand der Forschungsarbeiten zum strategischen Weltraum-Verteidigungsprogramm SDI. An der Spitze einer Delegation kommt der Leiter des SDI-Programms, General Abrahamson, nach Bonn und wird sowohl den Bundestagsausschüssen für Auswärtiges und Verteidigung als auch der vom Bundeskanzleramt eingesetzten Regierungsarbeitsgruppe zu eingehenden Erörterungen zur Verfügung stehen. Am Mittwoch wird der Verteidigungsausschuß informiert, am Nachmittag setzt sich die Unterrichtung im Kanzleramt fort und endet am Donnerstag mit der Information für den Auswärtigen Ausschuß.

Die amerikanische Delegation ist von deutscher Seite darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß sie in erster Linie mit folgenden Fragen rechnen muß:

- Welche Aktivitäten für die Rüstung im Weltraum sind in der Sowjetunion zu beobachten?
- Mit welchen Forschungsarbeiten beschäftigen sich jetzt die USA?
- Welche Auswirkungen haben das SDI-Programm und entsprechende sowjetische Aktivitäten auf die NATO-Strategie?
- Würde durch die Verwirklichung des SDI-Programms das Prinzip gleicher Sicherheit für die USA und Westeuropa gewahrt bleiben?
- In welcher Weise könnten sich die westeuropäischen NATO-Staaten am SDI-Forschungsprogramm beteiligen, und gibt es dazu überhaupt eine konkrete amerikanische Bereitschaft?
- Welche Möglichkeiten sehen die Amerikaner, das SDI-Programm durch eine Komponente zu erweitern, mit der auch die strategische Verteidigung Europas sichergestellt werden kann?

Die Überlegung, das amerikanische SDI-Forschungsprogramm um eine „Tactical Defense Initiative" (TDI) zugunsten Europas zu vergrößern und damit eine TDI-Komponente einzufügen, ist nach Angaben des CDU-Verteidigungsexperten Wimmer in Washington auf fruchtbaren Boden gefallen. Auf diese Frage dürfte deshalb General Abrahamson bei seinem Bonner Aufenthalt präpariert sein. Wie es heißt, konzentriert sich bereits eine Gruppe in der US-Regierung auf diese Thematik, um den europäischen Verbündeten in naher Zukunft für sie zufriedenstellende Antworten geben zu können. Die TDI-Komponente müßte nach Ansicht der Fachleute nicht nur die Abwehr kürzerreichender ballistischer Raketen ermöglichen. Sie hätte darüber hinaus die Aufgabe, gegen nuklearbestückte Flugzeuge und Marschflugkörper eine sichere Verteidigung zu installieren.

Nach Wimmers Darstellung sind auch Bonner Regierungskreise von der Vorstellung der Entwicklung einer TDI-Komponente zum Schutz Europas gegen die nukleare Bedrohung aus der Sowjetunion mehr und mehr angetan. Erst kürzlich erklärte US-Vizepräsident Bush, die Gefahr der Abkoppelung Europas von den USA durch einen strategischen Schutzschild werde nicht eintreten. *Aus dieser Feststellung* entnahmen europäische Fachleute, *daß die* US-Regierung bereitwillig auf entsprechende Wünsche der Verbündeten eingehen dürfte.

Wie es heißt, wird das US-Team vor allem bei der Information der Parlamentarier großes Gewicht auf die Darstellung der strategischen Rüstung der Sowjetunion legen. Die Tatsachen belegen, daß Moskau die Einführung neuer Waffensysteme nach Abschluß des SALT-I-Vertrages 1972 steigerte. Die Sowjetunion stellte zwischen 1972 und 1979, dem Jahr, in dem der SALT-II-Vertrag unterschrieben wurde, eine Reihe von neuen strategischen Waffensystemen in Dienst. Die nebenstehende Graphik gibt darüber im einzelnen Auskunft. In derselben Zeit wurde von den Vereinigten Staaten kein einziges neues strategisches Waffensystem eingeführt. Amerikanische Experten wehren sich deshalb mit guten Gründen gegen die Darstellung, zwischen beiden Weltmächten habe es in den siebziger Jahren ein „Wettrüsten" gegeben. Diese Zeit, in der in den USA auf die Wirkung des ersten strategischen Rüstungsbegrenzungs-Vertrages (SALT I) gesetzt worden war, wurde, so zeigen die Tatsachen, von der Sowjetunion zum Ausbau ihres strategischen Potentials zu Wasser, zu Lande, in der Luft und im Weltraum genutzt. Ähnlich verfuhr Moskau bei den Vorkehrungen für die strategische Verteidigung. Die Sowjetunion verfügt über hundert antiballistische Raketenwerfer (ABM), die USA über keine; dazu kommen 2000 Abfangjäger (USA 300), 6000 Frühwarnradars (USA 118) sowie 10 000 Boden-Luft-Raketen (USA keine).

Nach SALT 1 rüstete die Sowjetunion auf

DW. Bonn

Die Graphik zeigt im Vergleich seit 1960 die Einführung von Waffensystemen durch die UdSSR und die USA. Nach Abschluß des SALT 1-Vertrages 1972 stellte die Sowjetunion neue Waffensysteme in Dienst. Die Zeit bis 1979, dem Jahr, in dem der SALT 2-Vertrag unterzeichnet wurde, nutzte die UdSSR zum Ausbau ihres strategischen Potentials. Im gleichen Zeitraum wurden von den USA kein neues strategisches Waffensystem eingeführt.

DAS STRATEGISCHE „WETTRÜSTEN" Einführung von Waffensystemen nach Jahren

SALT I und ABM-Vertrag — SALT II

UdSSR

USA

1960 — 1972 — 1979 — 1984 — 1987

● Sowjetische Systeme

(1) „Bear" schwerer Bomber und Aufklärungsflugzeug. (2) „Bison" ähnlich. (3) SS 6 landgestützte ballistische Interkontinentalrakete (ICBM). (4) SS 7 ebenfalls ICBM. (5) SS-N-5 seegestützte ballistische Rakete, Reichweite 1400 km. (6) SS 8 ICBM. (8) SS 9 Mode 1 erste ICBM mit mehreren ungelenkten Sprengköpfen (MRV). (9) SS 9 Mode 2 verbesserte Version. (11) SS 11 Mode 1 ICBM mit einem Sprengkopf, Reichweite 10 500 km, 1 Megatonne. (12) SS-N-6 Mode 1 seegestützte ballistische Rakete mit Reichweite bis zu 3000 km. (13) SS 13 Mode 1 mit Reichweite 10 000 km und einem Sprengkopf 750 kT. (16) SS 9 Mode 3 weiter verbesserte Version. (17) SS 9 Mode 4 mit gesteigerter Zielgenauigkeit.

● Nach SALT 1 und ABM-Vertrag bis SALT 2

(18) SS 11 Mode 2 verbesserte Version. (19) SS 11 Mode 3 drei MRV-Sprengköpfe mit je 300 kT. (21) SS-N-6 Mode 2 vergrößerte Reichweite. (22) SS-N-6 Mode 3 zwei Sprengköpfe (MRV). (23) SS-N-8 seegestützte ballistische Rakete mit einem Sprengkopf. (24) SS 18 Mode 1 schwere ICBM mit erstmals Kaltstart und einem Sprengkopf von 20 Megatonnen, Reichweite 12 000 km. (25) „Backfire" schwerer Schwenkflügelbomber, bei Nachtanken strategische Reichweite. (26) SS 17 Mode 1 in SS 11-Silos erstmals mit vier unabhängig voneinander lenkbaren Sprengköpfen (MIRV), Sprengkraft je 450 kT. (27) SS 19 Mode 1 ICBM mit sechs MIRV-Sprengköpfen von je 550 kT. (28) SS 18 Mode 2 ICBM mit acht MIRV-Sprengköpfen von je 900 kT. (29) SS 18 Mode 3 mit einem Sprengkopf von 20 MT und höherer Zielgenauigkeit. (30) SS 17 Mode 2 ein Sprengkopf mit höherer Sprengkraft als frühere Mode. (32) SS 19 Mode 2 mit fünf Sprengköpfen in SS 11-Silos. (33) SS-N-8 Mode 2 größere Reichweite und höhere Zielgenauigkeit. (34) SS-N-18 Mode 1 drei MIRV-Sprengköpfe mit Feststoffantrieb, Nachfolger der SS-N-8. (35) SS-N-18 Mode 2 ein Sprengkopf größere Reichweite. (36) SS-N-18 Mode 3 sieben MIRV-Sprengköpfe. (40) SS 16 ICBM in Erprobung, dreistufig, später umgewandelt in mobile Mittelstreckenrakete SS 20. (41) SS 19 Mode 2 ein Sprengkopf in modernisierte SS 11-Silos.

● Nach SALT 2

(42) SS 18 Mode 4 zehn MIRV-Sprengköpfe mit hoher Treffgenauigkeit. Diese Version verfügt über die bislang größte Zielgenauigkeit von 300 Meter Zielradius. (44) SS 19 Mode 3 sechs MIRV-Sprengköpfe in modernisierten SS 11-Silos mit vergleichbar großer Treffgenauigkeit wie SS 18 Mode 4. (45) SS-N-17 seegestützte Rakete mit einem Sprengkopf, Feststoffantrieb. (47) SS-N-20 seegestützte Feststoff-Rakete mit mehr als sechs MIRV-Sprengköpfen. (48) AS-15 luftgestützter Marschflugkörper mit Nuklearsprengkopf und 3000 km Reichweite. (49) SS-N-21 seegestützter Nuklearmarschflugkörper mit 3000 km Reichweite. (50) SS-X-25 mobile Rakete zu Land in Erprobung mit einem Sprengkopf. (51) SS-NX-23 seegestützte ballistische Rakete in Erprobung. (52) SS-X-24 landgestützte Rakete in Erprobung, noch zielgenauer als SS 18 und SS 19. (54) „Blackjack" neuer schwerer Bomber mit Schwenkflügeln in Erprobung.

● Sowjetische U-Boote

(7) „Hotel II" nukleargetrieben, drei Schächte für SS-N-5. (10) „Golf II" dieselgetrieben mit drei Schächten für SS-N-4. (14) „Yankee I" nukleargetrieben, 16 Schächte für SS-N-6. (15) „Hotel III" nukleargetrieben, sechs Schächte für SS-N-8. (20) „Delta I" nukleargetrieben, zwölf Schächte für SS-N-8. (31) „Delta II" nukleargetrieben, 16 Schächte für SS-N-8. (39) „Delta III" nukleargetrieben, 16 Schächte für SS-N-18. „Golf III" dieselgetrieben, drei Schächte SS-N-13. (43) „Yankee II" nukleargetrieben, zwölf Schächte für SS-N-17. (46) „Typhoon" nukleargetrieben, 20 Schächte für SS-N-20. (53) „Delta IV" in Entwicklung.

● Amerikanische Systeme

(1) „B 52" schwerer Bomber. (2) „Atlas D" erste ICBM mit einem Sprengkopf. (4) „Snark" erster Marschflugkörper mit Nuklearsprengkopf. (5) „A 1" erste seegestützte ballistische Atomrakete für U-Boote der „George Washington"-Klasse. (6) „Atlas E" verbesserte Version der „D". (7) „Titan I" höhere Schubkraft als Vorgängerin. (9) „Atlas F" vor allem zielgenauer. (10) „A 2" seegestützte ballistische Rakete, zielgenauer. (11) „Minuteman 1 A" erste leichte ICBM. (12) „Titan II" mit hohem Wurfgewicht für einen Sprengkörper. (14) „Minuteman 1" erstmals in Silos. (15) „A 3" verbesserte seegestützte Rakete für U-Boote der „Lafayette"-Klasse. (16) „Minuteman 2" mit verbesserter Zielgenauigkeit. Diese Rakete bringt einen Sprengkopf über 11 300 km mit 50prozentiger Wahrscheinlichkeit in einen Kreis mit 370 Meter Radius. (17) „Minuteman 3" ICBM erstmals mit drei unabhängig voneinander lenkbaren Sprengköpfen (MIRV), weiter gesteigerte Zielgenauigkeit, Radius 220 Meter. (18) „C 3" ballistische Rakete für U-Boote mit 10 bis 14 MIRV-Sprengköpfen für U-Boote der „Lafayette"-Klasse.

● Von SALT 1 bis SALT 2 kein neues System.

(19) „C 4" seegestützte Rakete mit höherer Reichweite für 8 bis 14 Sprengköpfe. (20) „Minuteman 3" mit drei MIRV-Köpfen, zielgenauer. (22) „ALCM" luftgestützter Marschflugkörper für „B 52". (23) „SLCM" seegestützter Marschflugkörper für Überwasser-Einheiten. (25) „MX" ICBM mit zehn MIRV-Sprengköpfen. (24) „B 1" schwerer Bomber mit Schwenkflügeltechnik.

● Amerikanische U-Boote

(3) „George Washington"-Klasse nukleargetrieben mit 16 „C 3". (8) „Ethan Allen"-Klasse nukleargetrieben mit 16 „A 3". (13) „Lafayette"-Klasse nukleargetrieben, Umbau auf „C 4".

● Nach SALT 2

(21) „Ohio"-Klasse nukleargetrieben mit 24 „C 4", Sprengköpfe mit einer Reichweite über 7400 km und einer Zielgenauigkeit von 450 Meter Radius eines Kreises mit 50prozentiger Treffwahrscheinlichkeit.

Carter schüttet Zorn über Reagan aus

Der Ex-Präsident wirft seinem Nachfolger vor, sich vor der Verantwortung zu drücken

FRITZ WIRTH, Washington

Ein großer Verlierer meldete sich zu Wort, und jedes Wort, das er sprach, machte ihn zu einem schlechten Verlierer. Ein Präsident richtete über einen Präsidenten – und es lagen Bumerangs in der Luft. Jimmy Carter, der im letzten Wahlkampf kaum ein böses Wort über den Mann sagen wollte, der ihn 1980 besiegt hatte, hielt die Zeit für gekommen, mit Ronald Reagan abzurechnen.

Er tat es nicht mit schwergewichtigen Worten und nicht mit großer Geste, sondern mit jenem scheu-verlegenen Carter-Lächeln, das ihn durch alle Krisen seiner Amtszeit begleitete.

Doch man spürte es mit jedem Satz: Hinter diesem Lächeln hat sich Zorn aufgestaut, und den lud er wie eine schwere und drückende Last in einem Fernseh-*Interview* ab.

„Nein", sagte er, „Neid ist nicht das Motiv meines Zorns." Der Unterschied zwischen ihm und Reagan sei nur: „Ich war als Präsident für alles verantwortlich, was geschah. Reagan jedoch ist erfolgreicher als alle 39 Präsidenten vor ihm in seinem Bemühen geblieben, für nichts Unangenehmes verantwortlich zu sein. Er hat mir sein 200 Milliarden-Dollar-Defizit angelastet, Gerald Ford und Richard Nixon die Schuld für sein Unverständnis gegenüber der Libanon-Krise gegeben und dem Kongreß die Verantwortung für den Abzug der US-Soldaten aus Libanon zugewiesen."

Und dann folgte sein großer Rundumschlag gegen jenen Präsidenten, den er vergaß, für einen der größten Wahlsieger der amerikanischen Geschichte anzuprangern: „Mir fällt keine einzige internationale oder diplomatische Leistung ein, die von Ronald Reagan erzielt worden ist. Unter Reagan hat diese Nation ihren Rang in der Welt für wirkungsvolle Diplomatie und Verhandlungen verloren. Unsere erste Reaktion gegenüber Krisenbereichen ist es, entweder militärische Streitkräfte zu entsenden oder Drohungen auszusprechen."

Besonders stark engagierte sich Carter im Nahostkonflikt, wo nach seiner Meinung keine Fortschritte erzielt werden könnten, ohne die Palästinenser direkt in diesen Lösungsprozeß mit einzuschließen. Er hielte es deshalb für gut, wenn Außenminister George Shultz sich mit dem PLO-Chef Yassir Arafat zusammensetzte. Auf den Einwand des Interviewers, daß ein derartiges Treffen in Israel Entrüstung auslösen würde, erklärte Carter: „Es muß eine Bereitschaft geben, sich der Entrüstung zu stellen."

Er ist mehr als nur vier Jahre gealtert, seit er sein Amt verloren hat. Das Image des Verlierers bedrückt ihn sichtlich, und die Bedrückung darüber muß ihn dazu verleitet haben, das Schweigen zu brechen, das sich ehemalige Präsidenten sonst über ihre Nachfolger selbst auferlegen.

Er selbst sieht den Ursprung für sein Verlierer-Image in einem Ereignis, das politisch irrelevant war: in seinem physischen Zusammenbruch bei einem öffentlichen Langstreckenlauf. „Politik ist eine Frage des Image. Die Tatsache, daß ich mir etwas vornahm, was ich nicht beenden konnte, hat meinem Image geschadet und deshalb für mich auch politisch negative Folgen gehabt."

Es ist zu befürchten, daß sein Ausflug vor die Fernsehkameras von ihm ebenso falsch eingeschätzt worden ist und sein Verlierer-Image eher weiter verhärtet. Er sagte es selbst: „Ronald Reagan ist der Teflon-Präsident, an dem nichts hängen bleibt. Ich bin das Gegenteil. Der Fliegenfänger, an dem alles festklebt."

Gorbatschow ins rechte Licht gerückt

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Die Staatsoberhäupter von Ost und West übertrumpften sich gemeinsam im Chor mit ihren wohlwollenden Ansichten über den neuen Kremlführer Michail Gorbatschow.

Es war, als hätten alle insgesamt heimlich ein rotes Parteibuch in der Tasche, so gewandt und wendig hatte der neue Parteichef sie alle auf seinen ideologischen Leim gelockt. Doch auch in Moskau scheint es, als hätte man eine besonders gute Public-Relations-Agentur beauftragt, die Konturen von Gorbatschows politischer Linie ins richtige Scheinwerferlicht zu rücken, sie dem sowjetischen Volk auch täglich einzuhämmern.

Spricht man aber mit hohen russischen Funktionären im kleinen Kreis, so werden diese nicht müde, die bisherige Kontinuität der politischen Gesamtlinie zu versichern, die nahtlos an Tschernenko anschließe. Verfolgt man die Leitartikel des Parteiorgans „Prawda" und der Regierungszeitung „Iswestjia" in der Woche nach den Trauerfeierlichkeiten, so spürt man doch deutlich einen neuen Zug: Michail Gorbatschow empfiehlt sich als der große Generalist. So lautete am 15. März die Überschrift in der „Prawda": „Vor uns liegt eine große Arbeit". Drei Tage später hieß es dann in der „Iswestjia: „Ordnung in der Produktion" und am gleichen Tag in der „Prawda": „Die Anforderungen erhöhen".

Am 20. März wurde der Appell bereits dringlicher und intensiver. Er lautete lapidar „Planungsdisziplin verstärken". Den Moskauern mag dies den Frühstücksgenuß ein wenig vergällt haben. Am 21. März las man dann: „Die Kommunisten und der Wettbewerb". Schließlich gab es in der „Prawda" die ersten zustimmenden Leserbriefe aus dem ganzen Land zu diesem neuen Kurs. Sie waren unter der Überschrift verpackt: „Schöpferisches Herangehen an die Arbeit/Sparsamkeit *ist die Reserve* für das Wachstum". Zwischendurch wurde zudem noch eine Danksagung Gorbatschows in der Zeitung abgedruckt, worin er den „Kurs der Disziplin" bekräftigte, ein Schreiben, das für hiesige Verhältnisse recht ungewöhnlich ist.

Die Zeitungskommentare machen klar, daß Gorbatschow ideologisch damit den harten Ton in der Innenpolitik anschlägt, der allen Politmitgliedern noch von Andropow im Ohr widerhallt. Der neue Chefideologe will mit seinen neuen Ideen und praktischen Lösungen die Sowjetunion aus ihrer jetzigen Krise zu neuer Größe bringen. Tschernenko fühlte sich seinerzeit bei seiner Wahl zum Generalsekretär zur Kontinuität der sowjetischen Innen- und Außenpolitik verpflichtet, und definierte diese als „Voranschreiten". Gorbatschow geht es darum, die Disziplin-Kampagne Andropows mit neuem Elan fortzusetzen. Für ihn besteht die Kontinuität darin, „alles Neue und Fortschrittliche zu festigen und zu mehren, das in jüngster Zeit in das Leben unserer Gesellschaft kam".

Letztlich bekräftigt er nur noch einmal die Ausführungen, die er in seinem Grundsatzreferat bei der theoretischen Konferenz im Dezember 1984 darlegte. Auch damals setzte er sich für „tiefreichende Umgestaltungen in der Wirtschaft und im gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen" ein.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Zeichen für Schwäche

„Leserbrief: Grenzen und Parteien"; WELT vom 20. März

Daß sich die SPD so sehr darum bemüht die Oder-Neiße-Linie als endgültige „polnische Westgrenze" durchzusetzen, ist ein sehr böses Zeichen für Charakterschwäche wenn nicht sogar schlimmeres. Die gleiche SPD – und leider auch die FDP – welche sich so vehement für ein „Gesetz gegen die Auschwitzlüge" einsetzen, würden sich sicher sehr wundern, wenn es eines Tages ein „Gesetz gegen die Oder-Neiße-Lüge" gäbe, um jener gräßlichen Propagandalüge beizukommen, welche unser Volk in zwei feindselige Lager spaltet und daher an Volksverhetzung grenzt.

Die Ostverträgemacher von SPD und FDP wissen ganz genau, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht kompetent ist für eine Gebietsabtretung, hier, die Oder-Neiße-Gebiete, weil sie diese Zuständigkeit (sprich Souveränität) nicht hat. Denn diese Unzuständigkeit ergibt sich aus Artikel 2 des Deutschlandvertrages vom 26.5.1952. Darin haben sich die drei Mächte „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten (Besatzungs)-Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich die Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" vorbehalten. In ihrer Note an die damalige Bundesregierung vom 19.11.1970 haben die drei Westmächte warnend und einem Veto gleichkommend unmißverständlich darauf hingewiesen. Diesem Drei-Mächte-Veto haben wir es zu verdanken, daß die damalige SPD/FDP-Bundesregierung nicht rechtskräftig auf die Oder-Neiße-Gebiete verzichten konnte – wofür wir den drei Mächten nicht dankbar genug sein können.

Wenn sich die unbelehrbaren SPD-und FDP-Politiker heute dennoch immer wieder der Oder-Neiße-Grenzen-Lüge bedienen, dann offensichtlich aus ihrer Verärgerung heraus, daß ihnen damals der geplante Verzichtscoup von den drei Westmächten vermasselt wurde. Darum stoßen sie – und leider auch einige namhafte CDU-Politiker (Rühe, Vogel, *Mertes u. a.) in das „polnische* Horn", um Bundeskanzler Dr. Kohl in Verlegenheit zu bringen oder ihn zu verleiten, Aussagen zu machen, welche er als verantwortungsbewußter Politiker nicht machen darf – der fehlenden Kompetenz wegen (siehe oben).

Daß die Oder-Neiße-Gebiete nicht abgetreten worden sind durch die Ostverträge, *hat* der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes erst am 30. Mai 1983 klar und deutlich in einem Wiederaufnahmeverfahren gegen die Ostverträge bestätigt. Das Bundesverfassungsgericht stellte in seiner Begründung fest, daß die Verfassungsbeschwerde unbegründet sei, „weil die Bundesrepublik Deutschland – ungeachtet der Frage, ob sie hierzu die völkerrechtliche Kompetenz besäße – mit den genannten Verträgen weder deutsches Gebiet abgetreten hat noch ihrerseits in Eigentum des Beschwerdeführers eingegriffen oder solche Eingriffe durch *dritte Staaten gebilligt oder* anerkannt, sondern allenfalls als tatsächliche Lage hingenommen hat ..." (Az. 2 BvR 409/83). Damit ist die Oder-Neiße-Lüge widerlegt.

Mit freundlichen Grüßen
A. Bude,
Römerberg 2

Gutes Konzept?

„IG Metall fordert Vergesellschaftung"; WELT vom 20. März

Lafontaine erhält Schützenhilfe von der IG Metall: Sie will die Stahlindustrie verstaatlichen. Ob das der Weisheit letzter Schluß ist?

Wie wäre es, wenn die IG Metall, wenn der DGB mit seinem Gesamtvermögen einmal einspringen würde? Dann könnten die Gewerkschaften auch noch alle ihre weiteren Forderungen verwirklichen und einmal unter Beweis stellen, daß sie das bessere *Konzept haben.*

W. Blöhs,
Bovenden

Tarifautonomie

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeitgeberverbände fordern die Gleichstellung von Streik und Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes. Arbeitskämpfe genießen grundrechtlichen Schutz (Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz). Die von den Arbeitgeberverbänden geforderte Revision des Arbeitskampfrechts bedeutet einen Eingriff in die durch diesen Verfassungsartikel gewährleistete Tarifautonomie.

Mit freundlichen Grüßen
W. Rundholz,
Bonn 2

Sprachfehler

„Zum Abschied redet Burns den Deutschen ins Gewissen"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der scheidende US-Botschafter Arthur Burns wünschte den Deutschen bei einem Abschiedsgespräch mehr Patriotismus. Es it gut, wenn uns dies ab und zu von Ausländern gesagt wird, da kann es nicht so leicht mißverstanden werden. Leider fügt er dann an: „Etwas ganz anderes ist der Nationalismus" und erwähnt die „Nazi-Vergangenheit". Hier liegt ein Sprachfehler vor, der heute allerdings weit verbreitet ist (möglicherweise auch bewußt verbreitet wurde). Manche Leute meinen zwar, daß alle Wörter mit -ismus am Ende etwas Verwerfliches bezeichnen. Aber dann müßten auch z.B. Optimismus, Realismus, Idealismus und eben Patriotismus verwerflich sein, was kaum jemand behaupten wird. Patriotismus kommt bekanntlich von patria = Vaterland, Nationalismus von natio = Volk. Der Patriot liebt und fördert sein Vaterland, der Nationalist sein Volk. Das ist zwar nicht ganz dasselbe, gehört aber meist eng zusammen. Allen Völkern der Erde sind Eigenart, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung zuzubilligen, beispielsweise auch den Juden und den Deutschen. Von diesem Völkerfrieden sind wir leider noch weit entfernt; er ist eine gemeinsame Aufgabe aller Völker. Das – und nichts anderes – ist Nationalismus im rechtverstandenen Sinne des Wortes. Für verwerfliche Gesinnungen und Verhaltensweisen wie Überheblichkeit, Beherrschung und Ausbeutung anderer gibt es treffende (fremdwörtliche) Bezeichnungen wie Chauvinismus, Imperialismus und Kolonialismus. Im Deutschen können wir dies alles viel klarer mit Wörtern der eigenen Sprache ausdrücken.

Mit freundlichen Grüßen
G. Hennig,
Buchholz

Überragende Gestalt

„Gläserne Lebensbilder des Bernhard von Clairvaux"; Geistige WELT vom 16. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die ausgezeichnete Schilderung des Lebens und Wirkens des Bernhard von Clairvaux sei Herrn Walter Nigg herzlich gedankt. Tatsächlich ist dieser überragende Heilige und Kirchenlehrer eine Persönlichkeit gewesen, die völlig zu Unrecht in eine gewisse Vergessenheit geraten ist und glücklicherweise seit einigen Jahren wieder zum Leben erweckt wird.

Ergänzend zu dem Bericht möchte ich hinzufügen, daß man nach ihm das 12. Jahrhundert das „Bernhardinische Jahrhundert" benannte und daß er sich einer extremen Askese unterzog, die ihn schon in jungen Jahren mehrmals an den Rand des Todes brachte. Die Wirkung seiner seelisch-geistigen Ausstrahlung war so stark auf die jungen Menschen seiner Zeit, daß sich ungezählte aus allen Ständen an der Klosterpforte von Clairvaux drängten, um unter ihm die Nachfolge Christi anzutreten. Es waren so viele, daß er die Eintretenden mit den Worten warnte: „Wenn Ihr es eilig habt, verinnerlichte Menschen zu werden, so laßt eure Leiber draußen. Hier werden nur die Seelen gebraucht, die Körper taugen zu nichts."

Um die 70 Tochterklöster wurden zu seinen Lebzeiten von Clairvaux aus in den verschiedensten Ländern Europas gegründet, von Sizilien bis Schottland, von Portugal bis Nordschweden. Und es waren häufig 100 Mönche, die zu einer Neugründung aufbrachen, wobei Bernhard selbst meistens den Ort der geplanten Neugründung inspizierte und guthieß.

Gerade die heutige Jugend findet in ihm ein Vorbild, wie es in der ganzen Menschheitsgeschichte selten gefunden werden kann, wenn wir einmal von Jesus Christus und Franz von Assisi absehen.

Mit freundlichen Grüßen
F.K. von Linden,
Waldsee/Pfalz

Wort des Tages

» Der Glaube an ein ewiges Leben ist keine besondere Lehre irgendeiner Religion, die je auf Erden existiert hat. Er ist uns Menschen angeboren. Darum finden wir kein Volk und keine Religion ohne diesen Glauben. «

Heinrich Hansjakob; dt. Theologe und Autor (1837–1916)

Personalien

GEBURTSTAG

Der durch sein grundlegendes Werk „Praktische Anatomie" international bekannt gewordene Chirurg Professor **Werner Wachsmuth**, feiert am Freitag in Würzburg seinen 85. Geburtstag. In Rostock als Sohn eines Ordinarius der Physik geboren, studierte er Medizin in Tübingen, Würzburg und Frankfurt am Main. 1930 habilitierte er sich an der Universität Bonn als Privatdozent für Chirurgie. Während des Krieges war er beratender Chirurg des Oberkommandos des Heeres (OKH) und Chefarzt des chirurgischen Sonderlazaretts des OKH in Brüssel. Im September 1944 verhinderte er, daß 5000 Belgier, die als politische Gefangene inhaftiert waren, vor dem Einmarsch der Alliierten in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden. Von 1946 an hatte Professor Wachsmuth als Ordinarius bis 1969 den Lehrstuhl für Chirurgie an der Universität Würzburg inne und war Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik und des Staatlichen Leopold-Krankenhauses Würzburg, deren Wiederaufbau und Ausbau er leitete.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem auf 25 000 Mark dotierten „Karl-Vossler-Preis", den Bayerns Kultusminister Professor **Hans Maier** gestern erstmals überreichte, soll die „Meisterschaft in der wissenschaftlichen Prosa" gefördert werden. Erster Preisträger ist der Zoologe Professor **Hubert Markl**, der an der Universität Konstanz lehrt und sich vor allem mit Verhaltensforschung befaßt. „Allzu häufig", klagte der Minister in seiner Festrede, „wird heute die Grenze zwischen dem gelehrten, der Fachwelt zugedachten Werk des Forschers und dem Anspruch der Öffentlichkeit auf verständliche Informationen gezogen, allzu oft sieht sich der interessierte Laie als Leser auf das Sachbuch des kundigen Schriftstellers und nicht auf das Werk des Wissenschaftlers verwiesen." Der künftig im Abstand von zwei Jahren verliehene Preis soll Sprache und Wissenschaft, Forschung und literarische Qualität verbinden.

*

Im Herzog-Anton-Ulrich-Museum von Braunschweig hat gestern der Helmholtz-Fonds den mit 8000 Mark dotierten Helmholtz-Preis 1985 an den Mainzer Physik-Professor Dr. **Günter Werth** übergeben. Er wurde damit für seine Arbeit „Der Ionenkäfig als Frequenzstandard" ausgezeichnet, die dazu beitragen kann, eines Tages eine noch genauere Zeitmessung zu ermöglichen, als es die Ende der sechziger Jahre entwickelte Cäsium-Atomuhr schafft. Der Helmholtz-Fonds hat sich zum Ziel gesetzt, „Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Präzisionsmessung physikalischer Größen" zu fördern. Der Preis ist benannt nach dem Physiker und Physiologen **Hermann Helmholtz** (1821–1894), der unter anderem das Gesetz von der Erhaltung der Energie formulierte, als erster die Fortpflanzungsgeschwindigkeit von Nervenerregungen maß und die Wellenlänge des ultravioletten Lichts bestimmte.

*

Zum drittenmal seit 1978 wurde gestern in München der Hanns-Seidel-Preis für politische Publizistik junger Autoren verliehen. Der frühere Staatsminister **Fritz Pirkl**, erster Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, zeichnete **Ernst Vogt** aus Augsburg für seinen Beitrag über die kanadische Verfassung mit dem zweiten Preis aus. **Jörg-Meinhard Rudolph** aus Berlin teilte sich für sein „Hongkong-Bild der VR China" den dritten Preis mit **Ludwig Watzal** aus München, der über Tansania geschrieben hatte. Ein erster Preis wurde in diesem Jahr von der Einrichtung, die den akademischen Nachwuchs fördert, nicht vergeben.

VERANSTALTUNG

Zu einem Abschiedstee zu Ehren von **Helen B. Burns**, der Frau des amerikanischen Botschafters in Bonn, hatte **Pnina Ben-Ari**, die Frau des israelischen Botschafters eingeladen. Beide Damen pflegten in den letzten Jahren eine enge Freundschaft. „Wir waren befreundet, weil wir so enge Hausnachbarn sind, und hatten einen besonders guten Kontakt, weil Botschafter **Arthur F. Burns** und seine Frau Helen beide Juden sind", sagte Frau Ben-Ari. Die Burns führten in Bad Godesberg in der Rolandstraße ein großes Haus, das für viele zum gesellschaftlichen Treffpunkt wurde. Die Treffen zwischen Frau Burns und den Damen des Diplomatischen Korps wurden auf Wunsch der Gastgeberin häufig literarisch gestaltet. „Das hat viele von uns vom Alltag weggeführt", so die Nachbarin Pnina Ben-Ari. Zum Abschiedstee kamen neben vielen Botschafter-Ehefrauen **Barbara Genscher**, die Frau des deutschen Außenministers, und **Gräfin Dorothea von der Schulenburg**, die Frau des deutschen Protokollchefs.

Athens NATO-Entfremdung führt zu „unsichtbarer" Nachrichtensperre

Papandreous innenpolitisches Kalkül / Griechenland bleibt Schlüsselland der Südflanke

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Wirklich empfindliche militärpolitische Informationen aus dem Bereich der NATO werden in Athen seit einiger Zeit nicht mehr empfangen. Die Allianz hat auf dem Weg der stillen Verabredung eine unsichtbare, kaum fühlbare Nachrichtensperre über Griechenland verhängt. Sie ist so unsichtbar, daß niemand im Bündnis ihre Existenz zugeben würde.

Dennoch ist es eine Tatsache, daß wirklich streng geheime Militärinformationen, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Planung, in Gegenwart griechischer Vertreter nicht mehr erörtert werden. Papiere mit derartigen Inhalten werden Griechenland vorenthalten.

Diese Reaktion der Alliierten Griechenlands zeigt deutlicher als viele Worte, wie es um die Beziehungen der Allianz zu Athen steht, seit Ministerpräsident Andreas Papandreou dort 1981 sein Amt antrat. Er leitete eine nationalistische Politik ein, mit der sich Griechenland immer mehr dem Bündnis entfremdete. Die Türkei wurde von ihm als Hauptgegner Griechenlands beschrieben, nicht von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt komme die Bedrohung.

In Verfolg dieser Politik distanzierte sich Papandreou von der Nuklear-Politik der Allianz, kündigte die Teilnahme an NATO-Manövern auf und blockierte die Allianz-Streitkräfteplanung durch gezielte Provokationen der Türkei, die, wie es berechnet zu sein schien, den Griechen ins offene Messer lief.

Isolation würde die Türkei stärken

Allem NATO-feindlichen Gebaren zum Trotz – es scheint in erster Linie innenpolitischem Kalkül zu entspringen –, ist Papandreou nicht aus der NATO ausgetreten. Er wird es aus wohlerwogenen Gründen wohl auch nicht tun: Eine politische und strategische Isolation Griechenlands müßte zu einer Stärkung der Türkei führen. Sie könnte nicht aufgefangen werden, würde Griechenland nicht dem Warschauer Pakt beitreten.

Das aber könnte Papandreou nach dem Urteil aller Kenner nicht wagen, schon weil er nicht sicher sein könne, wie sich die den Interessen der Nation loyal verbundenen Streitkräfte verhalten würden.

Die NATO hat sich darauf eingerichtet, daß Papandreou weiter auf dem schmalen Grat wandelt, den er beschritten hat. Einige Beobachter rechnen sogar damit, daß Papandreou nach einem abermaligen Wahlsieg seine Politik gegenüber der Allianz mäßigen wird. Die NATO selbst wird von sich aus nichts unternehmen, das Verhältnis zu Griechenland zu belasten – auch die Nachrichtensperre ist so angelegt, daß Athen keinen offiziellen Anlaß zur Beschwerde findet. Griechischen Gesichtsverlust will man vermeiden.

Im übrigen will man mit der Zurückhaltung von Informationen nicht etwa Papandreou treffen. Reine Sicherheitsüberlegungen haben dazu geführt: Man traut einigen Mitgliedern des Athener Kabinetts nicht, solchen, die mit Verteidigungsfragen gar nichts zu tun haben, aber in den Genuß von Informationen kommen könnten, die sie nicht erhalten sollen.

Für die NATO bleibt Griechenland ein Schlüsselland an der Südflanke, die sich von Gibraltar bis zur türkisch-sowjetischen Grenze über eine Entfernung von 4000 Kilometern dahinzieht. Die Süd-Region ist eine maritime Region. Das Mittelmeer und dessen Küsten prägen die strategischen Verhältnisse.

Griechenland ist für die Kontrolle des östlichen Mittelmeers von wesentlicher Bedeutung. Es schützt auf dem Land den Einfallweg nach Thrakien und die Dardanellen. Dies ist ein Gesichtspunkt, der auch für den eigentlichen Besitzer der Meerengen an Bosporus und Dardanellen, die Türkei, nicht von unerheblicher Bedeutung ist.

Hätte der Westen die Wahl, sich zwischen der Türkei und Griechenland entscheiden zu müssen, so hypothetisch die Frage auch lauten mag, wäre die westliche Antwort eindeutig: Die Türkei ist für die Verteidigung der Interessen des Westens völlig unverzichtbar. Sie kontrolliert den Zugang zum Mittelmeer, sie blockiert geographisch den kürzesten Weg der Sowjetunion zum Persischen Golf. Bei einem Vormarsch der Sowjets durch Iran müßte die Sowjetunion mehrere Armeen auf die Türkei abdrehen, um sich an der tiefen Flanke zu schützen. Die indirekte Wirkung der Türkei auf sowjetische Militärabenteuer in Südwestasien ist unübersehbar.

Das wird in Washington so gesehen. Das Verhältnis zwischen Griechenland und den Vereinigten Staaten ist derzeit gestört. Die Ausfälle Papandreous gegen die USA haben durch die Form ihrer Gehässigkeit sogar zu Warnungen Washingtons an die Adresse Athens geführt. Daher ist es für einflußreiche Angehörige der Reagan-Administration ein gefundener Anlaß, eine überproportionale Steigerung der Hilfe für die Türkei zu fordern.

US-Militärhilfe ein wichtiger Faktor

In der Vergangenheit war der Kongreß daran interessiert, ein Verhältnis von sieben zu fünf für die Militärhilfe an Griechenland und die Türkei aufrechtzuerhalten. Nun gibt es massive Anzeichen dafür, daß Washington diese Linie verläßt und den Türken mehr zukommen läßt.

Das griechische Problem bei diesen Veränderungen ist, daß man in Athen offensichtlich nicht in der Lage ist, die Auswirkungen der Politik Papandreous *mit einer gewissen Distanz* zu beobachten.

Kenner berichten davon, daß die griechische Presse, zumindest wesentliche Teile, mit üblichen Maßstäben nicht zu beurteilen sei. Es handele sich vielmehr um eine Art „Agitprop"-Presse, in der Nachrichten und Kommentar vermischt würden. Zur Beurteilung der Lage wesentliche Faktoren wurden von griechischen Zeitungen oft schlicht unterdrückt, weil sie nicht ins Konzept paßten.

Vor diesem Hintergrund könne Papandreou eine Politik entfalten, die im Inland oft nur unter rein griechischen Aspekten gesehen werde. Die Beurteilung der übrigen Welt werde vielfach nicht zur Kenntnis genommen oder entstellt. (SAD)

Moskau nimmt Aden stärker an die Kandare

PETER M. RANKE, Athen

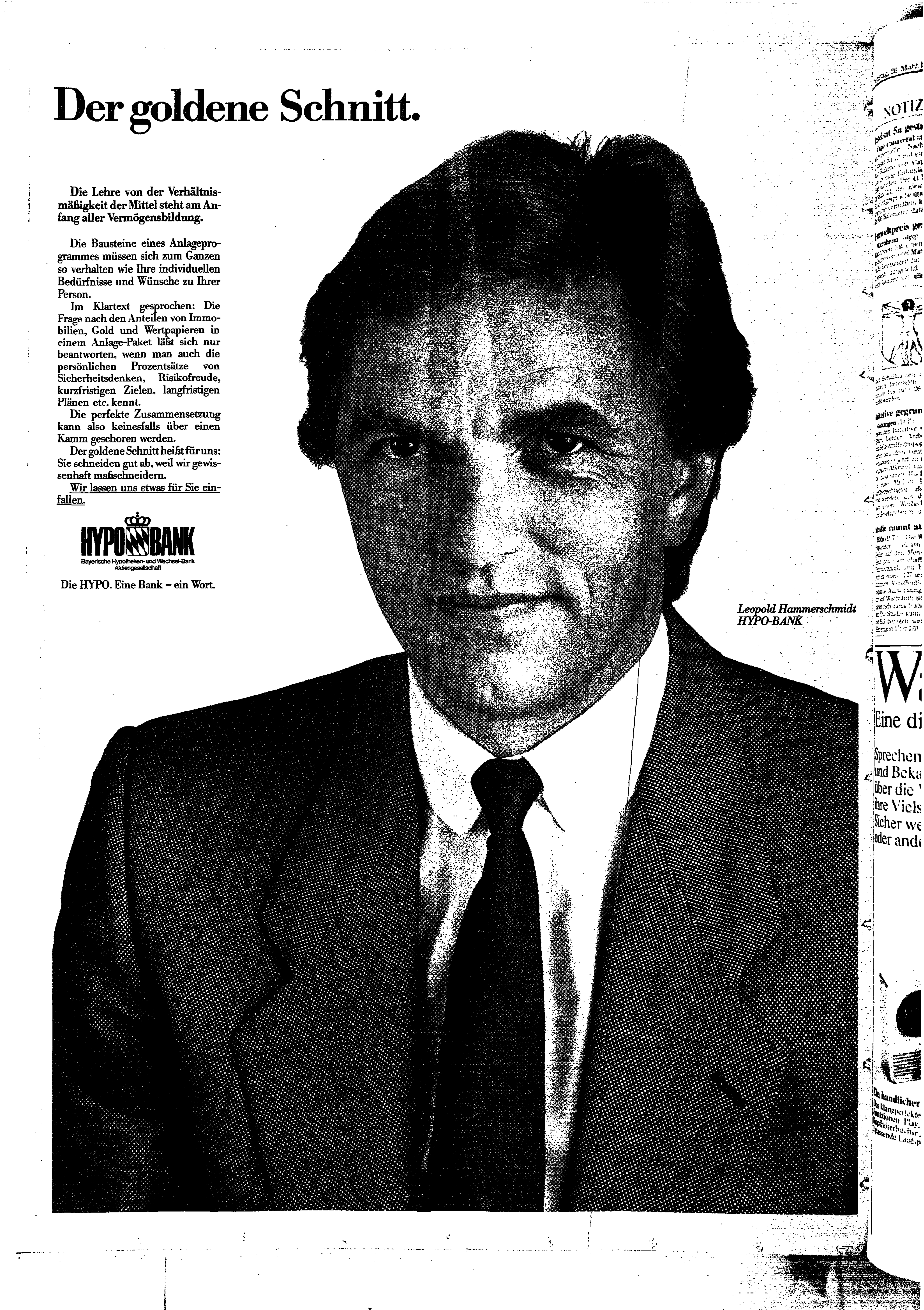
Der frühere Präsident der Volksrepublik Südjemen, Abdul Fattah Ismail, kehrt aus dem sowjetischen Exil nach Aden zurück, um die sozialistische Staatspartei zu reformieren und stärker auf Moskau auszurichten. Abdul Fattah Ismail war im April 1980 vom jetzigen Präsidenten Ali Nasser Mohammed abgesetzt und zur „ärztlichen Behandlung" in die Sowjetunion geschickt worden.

Als „Moskaus Mann" in Südjemen bekannt, obwohl er aus dem Norden stammt, übernimmt der Ex-Präsident im Sekretariat des Politbüros der Staatspartei die allgewaltige „allgemeine Sektion". Damit wird ihm auf sowjetischen Wunsch hin der Partei-Apparat ausgeliefert. Die Sowjets sind nämlich mit der Partei-Arbeit des jetzigen Präsidenten Ali Nasser Mohammed unzufrieden und mißtrauen zutiefst seiner Vereinigungspolitik mit Nordjemen.

Abdul Fattah Ismail soll sicherstellen, daß die sozialistische Partei Südjemens ihre Strukturen auf Nordjemen ausdehnen kann – als eine Grundlage einer etwaigen künftigen Vereinigung. Die Partei mit ihren sozialistischen Zielen wird in Nordjemen, das stark von den Golfstaaten und Saudi-Arabien abhängig ist, jedoch abgelehnt. Sollte Moskau, das seine Politik gegenüber Südjemen ganz auf die Sicherung der Luftwaffen- und Marinebasis in Aden abstellt, mit dem Präsidenten unzufrieden werden, steht sein alter Widersacher *Abdul Fattah Ismail zur Ablösung* bereit.

Ali Nasser Mohammed hat allerdings vorgebaut und sein Ministerpräsidentenamt an einen Gefolgsmann, Abu Bakr el Attas, abgetreten. Bei der Kabinetts-Umbildung Mitte Februar wurde auch einer der Erzrivalen des Präsidenten und Parteichefs, der frühere Verteidigungsminister Ali Antar entmachtet, während das Ministerium für Staatssicherheit an Achmed Musaid Hussein übertragen wurde, einen Partei-Gefolgsmann von Ali Nasser Mohammed.

Seit 1980 hat sich der Lebensstandard in Südjemen leicht gebessert. Auch wirkten sich die normalen Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten in Finanzhilfen und Krediten aus. (SAD)



Der goldene Schnitt.
Die Lehre von der Verhältnismäßigkeit der Mittel steht am Anfang aller Vermögensbildung.
Die Bausteine eines Anlageprogrammes müssen sich zum Ganzen so verhalten wie Ihre individuellen Bedürfnisse und Wünsche zu Ihrer Person.
Im Klartext gesprochen: Die Frage nach den Anteilen von Immobilien, Gold und Wertpapieren in einem Anlage-Paket läßt sich nur beantworten, wenn man auch die persönlichen Prozentsätze von Sicherheitsdenken, Risikofreude, kurzfristigen Zielen, langfristigen Plänen etc. kennt.
Die perfekte Zusammensetzung kann also keinesfalls über einen Kamm geschoren werden.
Der goldene Schnitt heißt für uns: Sie schneiden gut ab, weil wir gewissenhaft maßschneidern.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Leopold Hammerschmidt
HYPO-BANK

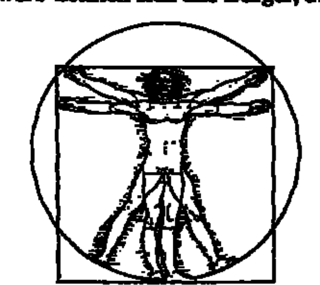
NOTIZEN

Intelsat 5a gestartet

Cape Canaveral (dpa/UPI) – Der kommerzielle Nachrichtensatellit Intelsat 5a ist mit einer Atlas Centaur-Rakete von Cape Canaver al aus in eine Erdumlaufbahn befördert worden. Der 41 Millionen Dollar-Satellit, der gleichzeitig 15 000 Telefongespräche und drei TV-Programme vermitteln kann, wurde in 35 890 Kilometer stationiert.

Umweltpreis gestiftet

Mannheim (dpa) – Die Stadt Mannheim hat einen Umweltpreis in Höhe von 5 000 Mark für beispielhafte Leistungen zur Erhaltung der Umwelt ausgesetzt. Am Wettbewerb können sich alle Bürger, aber



auch Schulklassen und Bürgerinitiativen beteiligen. Die Projekte müssen bis zum 26. April eingereicht werden.

Initative gegründet

Göttingen (D.T.) – Zu einer bundesweiten Initiative schlossen sich Eltern, Lehrer, Ärzte, Angehörige von Selbsthilfegrupopen und Mitarbeiter aus dem Gesundheits- und Sozialwesen jetzt zu einer „Initiative gegen Alkohol- und Tabakreklame" zusammen. Bis Ende Juni sollen eine Million Unterschriften wahlberechtigter Bürger gesammelt werden, um die Forderung nach einem Werbe-Verbot durch den Gesetzgeber zu unterstreichen.

Studie räumt auf

Köln (D.T.) – Die Wirkung hochfrequenter elektromagnetischer Felder auf den Menschen hat die Berufsgenossenschaft (BG) der Feinmechanik und Elektrotechnik jetzt in einem 127-seitigen Bericht publiziert. Veröffentlichungen über negative Auswirkungen dieser Felder auf Wachstum und Vererbung haben sich danach als Irrtum erwiesen. Die Studie kann kostenlos bei der BG bezogen werden (Gustav-Heinemann-Ufer 130, 5000 Köln 51).

Noch bis vor Jahren galt der Einsatz der Sonnenenergie in der Bundesrepublik zur Deckung des Energiebedarfs als blanke Utopie. Doch unter den gegebenen klimatischen Bedingungen kann bei uns die Sonneneinstrahlung genutzt werden, und zwar vor allem zur Erzeugung von Niedertemperaturwärme unter 100° C. Woran es bei uns noch immer hapert, zeigt ein Vergleich zweier Demonstrationsprogramme mit ihren Schwierigkeiten und Akzeptanzproblemen.

Beim Bau von Solar-Häusern hat Frankreich die Nase vorn

Von ALEX LOHR

Das erste Solarhaus-Programm wurde 1979 in der Bundesrepublik aufgelegt. In einem nur eingeschränkten Wettbewerb präsentierten acht „handverlesene" Architektenteams je sechs Haustypenentwürfe – Grundlage für ein vom Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) gefördertes Forschungsprojekt – zur passiven, aber auch aktiven Nutzung von Sonnenenergie.

Die Pfälzer Stadt Landstuhl reservierte für die geplante Mustersiedlung 60 Bauplätze in einem Neubaugebiet. In der bis Ende '83 dauernden Informations- und Publikationsphase wurden nun Bauherren für 21 zur Auswahl gestellte Haustypen gesucht – selbst ein staatlicher Baukostenzuschuß in Höhe von rund zehn Prozent der Bausumme lockte letztendlich aber nur ganze zehn (!) Bauwillige an.

Um den Erfolg des begleitenden Meßprogramms, aber auch die erhoffte Multiplikationswirkung dennoch sicherzustellen, wurde das Demonstrationsprogramm darauf mit drei weiteren Bauprojekten zunächst auf die nähere Umgebung Landstuhls und im März 1983 mit elf zusätzlichen passivsolaren Haustypen auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt – diesmal allerdings ohne staatlichen Baukostenzuschuß.

Energiesparende Bauweise in einem behäbigen Markt

Von allen geplanten Häusern sind heute, im sechsten Jahr des Forschungsvorhabens, noch immer erst 16 Gebäude bewohnt, einige weitere werden demnächst bezogen. Daran schließt sich eine dreijährige Meßphase und die Auswertung der gesammelten Daten an.

Der Gewinn für die Praxis läßt erheblich zu wünschen übrig. Erste Ergebnisse über die Wirkungsweise dieser Solarhäuser und das Leben in ihnen stehen anderen Bauwilligen nämlich somit erst ab 1988 zur Verfügung.

Ein anderer Stern steht über dem zweiten Beispiel, dessen Schauplatz Frankreich ist. Seit fast zehn Jahren werden im Nachbarland der Bundesrepublik Pilotprojekte gefördert, die für Raumheizung und Brauchwassererwärmung in Einfamilienhäusern die Sonne mitbenutzen. Die besonders für aktive Solarsysteme zusätzlich notwendigen Investitionskosten erwiesen sich dabei freilich als so hoch, daß eine weitere Verbreitung der neuen Technologien und Bauformen *ohne staatliche Hilfe* nicht erwartet werden konnte.

In dieser Situation startete Anfang 1980 – also fast zeitgleich mit dem BMFT-Projekt „Landstuhl" – das französische Wohnungsbauministerium zusammen mit dem kurz vorher gegründeten Kommissariat für Solarenergie (COMES) das ambitiöse Projekt „5000 Solarhäuser bis Ende 1982". Ziel war die zügige Verbreitung einer zukunftweisenden, energiesparenden Bauweise innerhalb des behäbigen Baumarktes.

Ein – anders als in Deutschland – landesweit offener Wettbewerb forderte eingespielte Planungsteams aus Architekten, Fachingenieuren, Bauunternehmern oder Fertighausherstellern auf, ihre Vorstellungen von einem preiswerten und architektonisch anspruchsvollen Solarhaus einzureichen.

Unter Berücksichtigung dreier Klimazonen, der zu erwartenden Baukosten, der Energiebilanz und der zukünftigen Betriebskosten waren als verbindlicher Teil des Wettbewerbs und nach einheitlichem Muster vergleichbare Wirtschaftlichkeitsberechnungen verlangt.

Im Juni 1980 wurden für die erste Phase von insgesamt 1000 anvisierten privaten Solarhäusern 146 eingerichtete Entwürfe von einer Fachjury begutachtet. Von den 29 Preisträgern realisierten 20 Teams z. B. nahe Paris in der Village Solaire von Nandy (das kurioserweise auf dem selben Breitengrad wie Landstuhl liegt) auf eigene Kosten ihr Projekt. Bauinteressenten suchten sich dann dort vor Ort (und in vielen anderen Mustersiedlungen in ganz Frankreich) „ihr" Solarhaus aus und bauten es zusammen mit dem jeweiligen Architekten und Bauunternehmer auf eigenen Grundstücken.

Für die Phase II des Wettbewerbs (Zielvorgabe: 4000 Häuser) wurden ein halbes Jahr später weitere 265 Entwürfe eingereicht und ca. 30 ausgezeichnet.

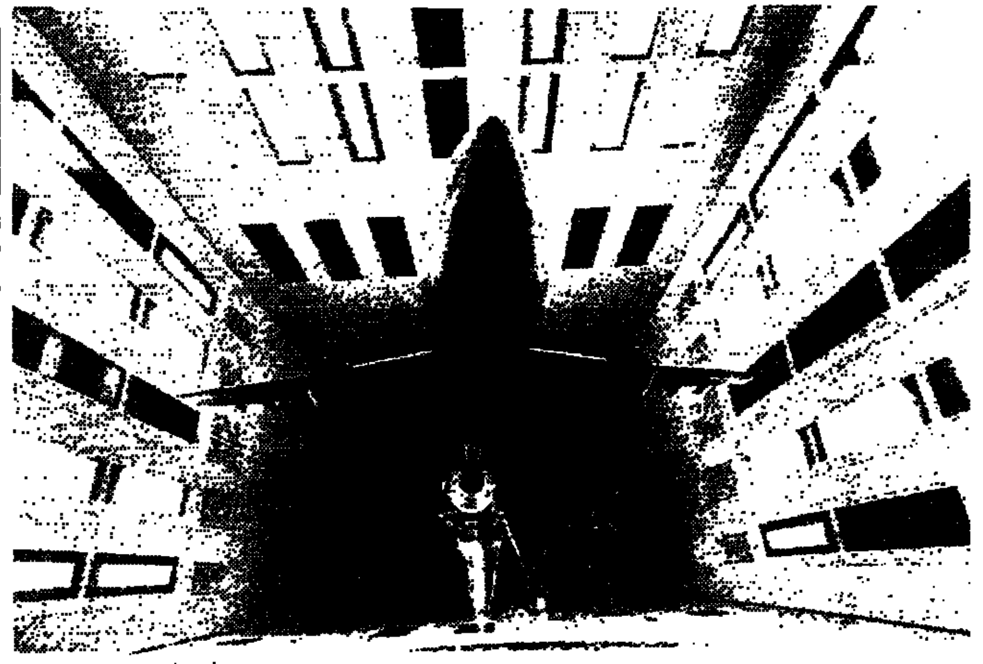
Betrugen die zusätzlichen Kosten des Solarsystems im Vergleich zu einem konventionellen Haus weniger *als 12 500 Mark*, so wurden für diese Mehrkosten innerhalb des Projekts „5000 Solarhäuser" vom Staat zinsgünstige Sonderdarlehen gewährt. Dieser Anreiz zog. Das Ergebnis zeigt, mit welchem Elan die Franzosen das Programm umsetzten: Bereits im Herbst '82 waren landesweit 2200 Solarhäuser erstellt oder im Bau.

Impulse zur Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen

Nach Angaben des französischen Wohnungsbauministeriums wurde allein 1984 für ca. 25 000 Wohnungen und Häuser (von insgesamt ungefähr 400 000 gebauten Einheiten) das Qualitätssiegel „Solarhaus" beantragt. Damit verbunden ist eine Bezuschußung der Baufinanzierung durch den Staat.

Vielleicht ist das französische Beispiel geeignet, auch den deutschen Bemühungen um eine Ankurbelung der Bauwirtschaft, und somit einer Bereitstellung neuer Arbeitsplätze, Impulse zu geben.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Fraunhofer-Institut haben jedenfalls vor kurzem in einer Studie bekräftigt, daß auch angesichts unserer klimatischen Bedingungen die sanften Energien (Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomassen) in einer solchen Größenordnung lohnend sind, daß der Staat ihren Ausbau finanziell unterstützen und Hemmnisse abbauen sollte.



Die Erforschung des aerodynamischen Verhaltens von Flugzeugen, Flugzeugteilen und -modellen, aber auch von Autos, läßt sich am besten im Windkanal durchführen. Das Bild zeigt ein maßstabgerechtes Modell des Airbus-A-300 am Heckstiel-Modellträger, mit dessen Hilfe jede gewünschte Lage im Luftstrom angesteuert werden kann. FOTO: DPA

Der Vogel als fliegendes Vorbild

Flugzeug-Konstrukteure entwickeln Tragflächen mit optimaler Flügelwölbung

Von ADALBERT BÄRWOLF

Bereits vor 45 Jahren legten deutsche Aerodynamiker den Gang der Luftfahrt fest, mit deren Erzeugnissen wir heute routinemäßig im Schallgrenzbereich oder subsonisch mit rund 850 Stundenkilometer und in mehr als zehntausend Meter Höhe durch die Lüfte jetten.

Denn damals schon waren die deutschen Aerodynamiker nach theoretischen Überlegungen zu dem Ergebnis gekommen, daß ein pfeilförmiger Tragflügel bei Geschwindigkeiten nahe der Schallgeschwindigkeit einen erheblich geringeren Luftwiderstand erwarten läßt als ein gerader Flügel.

Amerikas Spitzen-Aerodynamiker Richard Whitcomb, der mit seinem „Coke-Bottle-Entwurf" zuvor die Form der Flugzeugzellen radikal verändert hatte, konnte in den 60er Jahren die zündende Idee des „superkritischen" Flügels zu Papier bringen.

Whitcomb hatte nach komplizierten Computerberechnungen und Windkanalversuchen im Nasa-Forschungszentrum Langley in Virginia einen unkonventionellen Flügel entworfen, der es auch einem Düsenverkehrsflugzeug ermöglicht, ohne einen Anstieg von Treibstoff und Kosten von 0,8 Mach in den Schallgrenzbereich von Mach 0,99 oder mehr als eintausend Stundenkilometern vorzustoßen. Doch 1974 machten die Ölscheichs einen Strich durch die aerodynamische Rechnung des Dr. Whitcomb.

Wäre damals die Ölkrise mit ihrem sprunghaften Anstieg von Treibstoffkosten nicht ausgebrochen, würden die modernsten Jets von heute ohne zusätzliche Motorleistung rund 150 Kilometer in der Stunde schneller fliegen. So bleib Whitcombs aerodynamischer Trick, nämlich die wesentliche Verzögerung des Widerstandsanstiegs, buchstäblich in der Luft hängen.

Statt dessen nutzten die Flugzeughersteller Whitcombs „superkritische Technologie", nämlich die Beherrschung der Überschall-Strömung auf der Tragflügeloberfläche *dazu* aus, bei wesentlich geringeren Betriebskosten weiter oder mit höherer Zuladung fliegen zu können. Diese „superkritische" Technologie hat denn auch heute in der Boeing 767 und im europäischen Airbus in Flügelvarianten ihre Anwendung gefunden. Die Devise heißt: Treibstoff sparen, noch mehr Treibstoff sparen.

So ist man auf dem besten Weg, einen Flügel zu entwickeln, der in jeder Flughöhe und in jedem Geschwindigkeitsbereich die optimale aerodynamische Effektivität zeigt. Dies ist die Tragfläche mit der sogenannten optimalen Flügelwölbung. Es ist eine Technik, mit der man dem Endziel näherkommt, einen Flugzeugflügel mit den Eigenschaften eines Vogelflügels zu konstruieren.

Seit Mitte der 70er Jahre arbeitet Boeing daran, für den militärischen Bereich einen Flügel zu konstruieren, der innerhalb einer Sekunde sein Profil verändern kann. Das automatische System führt mit Hilfe digitaler Elektronik und elektrohydraulischer Elemente in Sekundenschnelle die für den jeweiligen Flugzustand günstige Veränderung der Flügelwölbung herbei.

In dem Zukunftsflügel besorgt ein interner Mechanismus die Veränderung der aerodynamischen Flügelwerte. Dieser Mechanismus biegt den Flügel von innen, so wie es die Situation erfordert. Dabei bleibt die Flügeloberfläche in allen Flugphasen glatt. Alles spielt sich unter der „Haut" des Flügels ab.

Auf dem Zivilsektor sind die deutschen Aerodynamiker von MBB in Bremen aktiv. Sie arbeiten an einem Flügel-Konzept variabler Wölbung für künftige Airbus-Nachfolger auf langen und mittleren Strecken. Bei ihrem „Flügel kontrollierter Strömung" wird das bisherige Klappensystem, das immer nur in der Start- und Landephase zur Auftriebserhöhung diente, im Reiseflug in modifizierter Form rechnergesteuert über die gesamte Spannweite des Flügels zur variablen Wölbung optimal genutzt.

SPD kämpft um Mehrheit

● Fortsetzung von Seite 1

ker Sektierer. Er repräsentiert auch jene Mitte, von der heute so viel die Rede ist – und dies wird sich auch bei Schröder herausstellen. Es geht um das Reinbringen von Vorstellungen und von Lebensgefühl der Nachrükkenden, einer neuen Generation. Ich bin sehr darauf aus, daß dies ein harmonischer Prozeß des generationsmäßigen Übergangs wird. Und da bleibt für Leute wie Hans Apel nicht nur Platz, sondern er wird mit seiner großen Summe an Erfahrungen auch gebraucht. Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau und ich sind sehr darauf aus, daß es da nicht irgendwo unnötige personelle Brüche gibt.

WELT: Hat dies auch etwas mit Nachfolgeregelungen zu tun?

Brandt: Sie meinen, wer Parteivorsitzender wird? Da lasse ich immer mit mir reden. Aber ich habe nicht den Eindruck, als ob das Thema jetzt sehr akut wäre.

WELT: Nach dem Wahlerfolg im Saarland sahen sie den Beweis für die Mehrheitsfähigkeit der SPD erbracht. Aber ist Ihre Partei überhaupt in der Lage, in einer Bundestagswahl weit nach vorne zu kommen, solange sie in Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg in der Diaspora lebt?

Brandt: Es ist klar, daß das Ergebnis vom Februar 1987 zu einem erheblichen Teil auch davon abhängen wird, ob die SPD im Süden etwas zulegt. Es ist wahr, daß Süddeutschland für die SPD schwach geblieben ist. Aber die Bayern haben jetzt die Frage einer Parteireform hinter sich ...

WELT: ... mit einer Niederlage des dortigen Parteichefs ...

Brandt: ... doch ich sehe da durchaus Chancen, daß die Genossen einen Schritt nach vorne machen, und wir werden sie dabei nicht im Stich lassen. Im übrigen, wenn es wahr ist, daß man über die grüne Partei im ganzen eher sagen kann, daß sie den Höhepunkt hinter sich hat, dann wird das auch auf Baden-Württemberg Einfluß haben.

WELT: Haben denn die Grünen ihren Höhepunkt hinter sich, ist dies eine Aussage der Wahlen vom 10. März?

Brandt: Die Grundthese stimmt sicher, daß die Grünen eine Generationenpartei sind, einschließlich der für die SPD betrüblichen Folge, daß unsere Partei in einigen Jahrgängen nur relativ schwach vertreten ist. Aber dies ändert sich eben wieder: Nach dem, was wir erkennen können, ist auch beim Zugang neuer SPD-Mitglieder wieder ein deutlicher Anteil ganz junger dabei. Die Grünen hatten bei denen, die jetzt schon nicht mehr ganz jung sind, starken Zuspruch sowohl wegen der Ökologie- als auch wegen der Friedensfrage und des Unbehagens gegenüber der Bürokratie.

WELT: Wollen Sie jetzt also – wie Ende der sechziger Jahre – Anhänger einsammeln und integrieren?

Brandt: Wenn man eine große linke Volkspartei sein und aufs Ganze, das heißt auf die Mehrheit gehen will, muß man versuchen, möglichst wenig Raum zu lassen. Dann kann man nicht nur nach einer Seite gucken, sondern muß dies einerseits nach „links" tun und andererseits dahin, was man die „Mitte" nennt. Für die SPD ist es überhaupt keine Frage, daß sie sich darum bemühen muß, solche Wähler, die sie schon einmal hatte, zurückzugewinnen.

WELT: Vor nicht allzu langer Zeit schien die Zielrichtung aber eindeutiger zu dem zu Grünen abgewanderten Potential zu gehen?

Brandt: Das ergibt sich so im politischen Prozeß, daß man sich auf einen Punkt ein wenig mehr konzentriert, wenn man dort eine Gefahr im Sinne dessen sieht, was die eigene Partei angeht.

Agent aus Polen in Bremen enttarnt

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Spionageabwehr hat einen Oberleutnant des polnischen Geheimdienstes enttarnt, der unter einer „Legende" eine Anstellung beim Amt für Aussiedler und Spätheimkehrer in Bremen gefunden hatte. Der 31jährige Geheimdienstoffizier befindet sich seit dem 17. März in Bonn in Untersuchungshaft.

Wie die WELT erfuhr, war der Offizier unter dem falschen Namen Hans-Peter Arnold in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden. Er hatte zur Tarnung den Namen eines in Polen geborenen und bei der Übersiedlung der Mutter in den Westen zurückgebliebenen Kindes angenommen. Die Mutter hatte seit mehr als 20 Jahren keinen Kontakt mehr zu ihrem Kind gehabt. Dies nutzte der Oberleutnant, dessen wirklicher Name mit Katschmarek angegeben wurde, aus, um die Frau zunächst in der „DDR" und später in Bremen zu treffen und sich dabei als ihr Sohn auszugeben. Damit sollten seine Herkunft und sein Auftrag verschleiert werden. Bei der Begegnung mit der Frau in Bremen war diese an einem Herzinfarkt gestorben.

Der Agent hatte sich dann bei der Bremer Behörde um eine Anstellung beworben und hatte sie auch erhalten, die nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden ein „interessantes Objekt" für einen Geheimdienst darstellt. Der Mann habe auf diesem Wege zum Beispiel in Erfahrung bringen können, wie die Spionageabwehr aus Polen kommende Personen einer Sicherheitsüberprüfung unterzieht. Ursprünglich hatte die Spionageabwehr der Verfassungschutzbehörde in Bremen und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in Köln gehofft, über den Agenten einen Anfang April aus Warschau erwarteten Agentenführer in die Falle gehen zu lassen.

NATO berät über Abzug von Nuklearsprengköpfen

Neue Pläne geheim / Bonn für Verzicht auf Sprengminen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Verteidigungsminister der NATO kommen heute in Luxemburg zu zweitägigen Beratungen in der „Nuklearen Planungsgruppe" (NPG) zusammen. Diese Konferenz hat für die Nordatlantische Allianz besondere Bedeutung, weil auf ihr der Oberste Befehlshaber Europa (Saceur), der amerikanische General Rogers, über das Ergebnis des ihm im kanadischen Montebello erteilten Auftrages berichten wird, nach welchen Kriterien die NATO aus Europa 1400 Nuklearsprengköpfe in die USA zurückverlegen soll. Der Abzug soll nach dem im Herbst 1983 gegebenen Auftrag der NPG von Montebello 1988 vollzogen sein. Dann wird die Allianz in Europa über den geringsten Bestand an Nuklearwaffen seit mehr als zwanzig Jahren verfügen. Es werden lediglich noch, um die 4600 Sprengköpfe sein. In den siebziger Jahren waren es rund 7000.

Das Ergebnis der von Rogers vorzulegenden Nuklearstudie wird so geheim gehalten, daß selbst die Bonner Fachleute in der Bundesregierung nach eigenem Bekunden nicht wissen, mit welchen Einzelheiten der US-General in Luxemburg aufwarten wird. Sie können in diesem Zusammenhang nur auf die deutschen Interessen verweisen.

Bundesverteidigungsminister Wörner formulierte diese Interessen schon bei früheren Gelegenheiten. Bonn möchte vor allem die kurzreichenden Nuklearwaffen, die mit Artillerie und Raketenwerfern verschossen werden, reduziert sehen. Ähnliches gilt für die Waffensysteme der Luftverteidigung. Bislang verfügt auch die deutsche Luftwaffe noch über Nike-Werfer, die zum Kampf gegen Bomberpulks mit Atomsprengköpfen geeignet sind. Auch die atomaren Sprengminen (ADM) möchte Bonn aus dem Nukleararsenal der NATO in Mitteleuropa vollständig abgezogen sehen. Experten betonen, in einem so dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik verfehlten solche Sprengmittel, die zum Anlegen von Geländesperren geeignet sind, ihren Zweck.

In Bonn wollte am Vorabend der Luxemburger Konferenz niemand ausschließen, daß die deutschen Vorstellungen sich mit denen der Militärs bei Shape unter der Verantwortung von General Rogers nicht unbedingt decken. Auch war vor der Konferenz zweifelhaft, ob sich Rogers streng an die Auflagen von Montebello halten und tatsächlich genau 1400 Sprengkörper in Europa für überflüssig erklären wird. Rogers hat, während sein Stab die Nuklearstudie vorbereitete, verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Allianz sich entscheiden müsse, ob sie mit einem stärker reduzierten Atomarsenal zum Tragen größerer militärischer Risiken bereit sein wolle, oder mit einem weniger stark verringerten Potential eine geringere Risikorechnung wolle.

Nach offiziellen Bonner Informationen wird US-Verteidigungsminister Weinberger zum Beginn der 37. NPG-Konferenz einen Überblick über die militärstrategische Lage geben und bei dieser Gelegenheit auf die fortgesetzte sowjetische Rüstung verweisen, aber auch erläutern, ob die Reagan-Administration mit der vollständigen Stationierung der neuen MX-Rakete rechnet, gegen die es im Kongreß einen nicht unbeträchtlichen Widerstand gibt.

Mitterrand und Kohl bereiten EG-Gipfel vor

Hoffnung auf Einigung in den strittigen Fragen

kie. Bonn

Im Vorfeld des am Freitag beginnenden Europagipfels in Brüssel haben sich der französische Ministerpräsident Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gestern abend in Paris zu einem eingehenden Meinungsaustausch getroffen. Aus Bonn verlautete, die amerikanische „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) habe im Mittelpunkt der Gespräche gestanden. Sowohl die französische als auch die deutsche Regierung warten noch immer auf konkrete amerikanische Angebote, wie die Verbündeten bei diesem technologischen Großprojekt beteiligt werden könnten.

Bonner Regierungsstellen weisen darauf hin, daß vor allem auf dem Gebiet der optischen Forschung (Sensoren) die deutsche Industrie leistungsstark genug sei, um dem SDI-Projekt Wesentliches beisteuern zu können. Gleichzeitig weiß man um die Zurückhaltung der Amerikaner, die aus Sorge um eine mögliche Preisgabe technologischer Geheimnisse an den Osten den politischen Sprung in die Kooperation mit den Europäern noch immer scheuen.

Der Tagesordnungsplan für den Europäischen Gipfel in Brüssel hat sich insofern geklärt, als die EG-Außenminister in der vorigen Woche in mehreren, die Gemeinschaft seit langem belastenden Streitpunkten Einigkeit erzielen konnten. Damit erhöht sich die Aussicht, daß der geplante EG-Beitritt Spaniens und Portugals zum 1. Januar 1987 doch noch fristgerecht stattfinden kann. Die Einigung in der vorigen Woche betraf vor allem den EG-Haushalt und das abgasarme Auto.

Entscheidend in Brüssel wird sein, ob die griechische Regierung auf ihrer Forderung beharrt, vor einem Beitritt Spaniens und Portugals erst das Integrierte Mittelmeer-Programm (IMP) in der von Athen gewünschten Höhe von 15 Milliarden ECU verabschiedet zu sehen. Die Griechen pochen hier auf alte Zusagen, stehen aber inzwischen im Widerspruch zum Konsens der übrigen EG-Partner, die lediglich ein Programm von zwei Milliarden ECU, auf sieben Jahre verteilt, bewilligen wollen.

Auch die in der vorigen Woche getroffene Haushaltseinigung, die einen Ausgleich des Defizits durch Zuschüsse der einzelnen Regierungen in Höhe ihrer jeweiligen Mehrwertsteuersätze vorsieht, sowie die Rückzahlung an Großbritannien in Höhe von einer Milliarde ECU stehen noch unter dem griechischen Vorbehalt.

Gemessen an dieser Problematik sind zwei andere noch offene Sachfragen von vergleichsweise geringerer Bedeutung. Spanien und Frankreich streiten darum, welche Mengen Wein aus der spanischen Produktion in den EG-Markt gelangen dürfen, ehe die Bestimmungen über die Zwangsdestillierung für Madrid gültig werden. Die Spanier verlangen 30 Millionen Hektoliter Weinproduktion, die Franzosen wollen ihnen nur 25 Millionen zubilligen.

Festgelegt werden muß auch noch für die spanische Fischereiflotte, der nach USA und Japan drittgrößten der Welt, mit welchen Geräten sie zu welcher Zeit welche Fische fangen dürfen, und mit welcher Anzahl an Fischereifahrzeugen.

Die Gipfelteilnehmer werden darüber hinaus eine Bewertung des bisherigen Verlaufs der Genfer Abrüstungsgespräche und der Lage im Nahen Osten vornehmen.



SPD für „DDR"-Forderung

Bonn soll Ostberliner Standpunkt zur Elb-Grenze anerkennen

GÜNTHER MARTENS, Hamburg

Eine neue Belebung der innerdeutschen Verhandlungen erwartet der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen von einer Einigung zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland über den Grenzverlauf an der Elbe in der Strommitte. Auf der Grundlage eines von dem Berlier Politologie-Professor Dieter Schröder erstellten Gutachtens vertrat Jansen in Kiel die Auffassung, die „DDR" habe zu Recht einen Anspruch darauf, daß es zu einer Einigung in der Grenzfrage in der Elbmitte kommt. Er geht davon aus, daß im Zuge dieser Einigung zusätzliche Abmachungen mit der „DDR" verhandelt und abgeschlossen werden können.

Denkbar sind nach Jansens Ansicht weitere vertragliche Vereinbarungen, „die im internationalen Sinne eine völlig freie Schiffahrt auf der Elbe für alle Zeiten gewährleistet", die Nutzung und Unterhaltung des Stromes durch beide deutsche Staaten regeln sowie den zügigen Abbau der Verschmutzungen in der Elbe durch Industrie und Abwässer sicherstellen. Zugleich hält er eine Vereinbarung für möglich die den bundesdeutschen Kutterfischern in der Ostsee Fangrechte in „DDR"-Gewässern vor der Mecklenburgischen Küste einräumt.

Wie Jansen betonte, hat er diese Konzeption mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, Hans-Jochen Vogel, abgestimmt. Zahlreiche Gespräche mit verschiedenen maßgeblichen „DDR"-Vertretern hätten ergeben, daß die „DDR" bereit sei, „Verträge in der von der SPD vorgeschlagenen Art ernsthaft zu verhandeln". Mit dem Gutachten zur Elbegrenze, das von den SPD-Landesverbänden Schleswig-Holsteins und Niedersachsens und der Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben wurde, sowie mit ihren zusätzlichen Vorstellungen wolle die SPD die Bundesregierung „zum Handeln und Verhandeln mit der 'DDR' ermutigen".

Professor Schröder kommt in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Elbgrenze zwischen beiden deutschen Staaten nicht am nordöstlichen Flußufer verläuft. Schröder stützt sich mit seiner Ansicht zur Elbgrenze vor allem auf das Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland vom 12. September 1944. Darin seien die Zonengrenzen für identisch mit den Grenzen der Länder und Provinzen innerhalb Deutschlands nach dem Stand vom 25. Juni 1941 erklärt worden.

Regierungssprecher Peter Boenisch hat eine Stellungnahme zu dem im Auftrag der SPD erstellten Gutachten abgelehnt, da es der Bundesregierung nicht vorliege. Bei der jüngsten Tagung der Kommission in Gera hatte die Bonner Seite erstmals den Standpunkt der Bundesregierung und der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen vorgetragen, wonach das nordöstliche Elbe-Ufer die Grenze bildet.

Seite 2: Das Appetit-Häppchen

Kontroverse über Dioxin

Gutachten noch unzureichend / Wortgefechte bei Anhörung in Bonn

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Wenn ich mir eine Kritik erlauben darf, dann diese: Ihr Fragenkatalog gleicht vom Umfang her fast einem Versandhaus-Katalog. Damit wird die Beantwortung stellenweise beinahe schon zur Zumutung." Mit diesen Worten charakterisierte Professor Diether Neubert vom Institut für Toxikologie und Embryopharmakologie der Freien Universität Berlin als einer von 26 geladenen Sachverständigen gestern Ablauf und Umstände einer „Öffentlichen Anhörung" zum Thema „Dioxin" im Bundeshaus in Bonn.

Auf Antrag der Fraktion der Grünen sollte in gemeinsamer Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit des Parlaments geklärt werden, „welche Konsequenzen aus den jüngsten Dioxin-Skandalen zu ziehen sind" und welche „Maßnahmen gegen Gesundheitsgefährdung und Umweltbelastung durch Dioxine" zu treffen sein sollen.

Die Meinungen der Wissenschaftler und anderer als Sachverständige geladener Mitglieder des Ausschusses prallten gelegentlich so hart aufeinander, daß der Vorsitzende, der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Wernitz, wiederholt eingreifen mußte.

So rügte er den Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der für seine Organisation sagte: „Wir halten Dioxin für einen krebserregenden Stoff" und – an die Wissenschaftler gewandt – meinte, es sei „geradezu pervers, wenn man hier alle möglichen Klimmzüge" mache. Damit ging er auf die Aussagen des überwiegenden Teils der Gutachter ein, nach denen auf Grund mangelnder Untersuchungen die Belastung der Umwelt mit Dioxinen und Furanen gegenwärtig nicht annähernd abgeschätzt werden können. Leitmotivisch kehrten in der Beantwortung des Katalogs von 71 Fragen, die gelegentlich eine halbe Schreibmaschinenseite lang sind, Feststellungen wie diese auf: „Nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse ist die Festlegung von Grenzwerten für Dioxine wissenschaftlich nicht ausreichend begründbar."

Der Verband der Chemischen Industrie verteilte im Ausschuß-Saal einen Text, in dem es heißt: „Dioxinspuren können bei der Herstellung bestimmter Chlorphenole anfallen oder im Zigarettenrauch nachgewiesen werden", und: „Dioxine können immer dann in der Umwelt entstehen, wenn organische Materie bei der allgegenwärtigen Anwesenheit von 'Salz' (Chloriden) einer unvollständigen Verbrennung unterworfen werden. Dies ist beim gemütlichen Feuer im Kamin genauso möglich wie beim Grillen eines Steaks oder bei einem Waldbrand."

Da weite Teile der Darlegungen der Wissenschaft für die zugelassene Öffentlichkeit völlig unverständlich waren, soll der kontrovers diskutierte Komplex in den kommenden Monaten weiter erörtert werden.

Bonn teilt Howes Fragen nach der SDI-Strategie

Co. Bonn

Die kritische Rede des britischen Außenministers Howe zum amerikanischen Weltraum-Defensivprogramm (SDI) vom 15. März 1985 deckt sich nach Darstellung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), „in den Substanzfragen" mit der Haltung der Bundesregierung. Howe habe sich positiv zur Forschungsfrage geäußert und dann legitime Fragen nach der SDI-Strategie gestellt, wie dies auch vom Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister getan werde, sagte Mertes gestern in Bonn.

Prominente Gesprächspartner in Washington seien über die Rede Howes nicht überrascht gewesen. Einige hätten Ton und Intensität des Briten kritisiert. Aber seine Argumente hätten für niemanden Neues gebracht. Konservative Unterhausabgeordnete hatten am Wochenende auf der deutsch-britischen Tagung in Königswinter berichtet, Howe habe seine in der Öffentlichkeit als distanzierend empfundenen Bemerkungen über SDI zuvor Punkt für Punkt mit Frau Thatcher abgesprochen.

Nachmann gegen den Koalitionskompromiß

dpa, Bonn

Die historische Einmaligkeit der Judenvernichtung während der NS-Zeit muß nach Auffassung des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland bei einer gesetzlichen Regelung gegen die sogenannte Auschwitz-Lüge erkennbar sein. Das betonte gestern dessen Vorsitzender Werner Nachmann. Damit wandte er sich offensichtlich gegen Bestrebungen, das Leugnen nationalsozialistischer Verbrechen dem Leugnen anderer Gewalttaten, etwa an Vertriebenen, gleichzustellen.

Die Koalition hatte sich Mitte März darauf geeinigt, künftig eine Strafverfolgung von Amts wegen einzuleiten, wenn ein Opfer der nationalsozialistischen „oder einer anderen Gewalt- oder Willkürherrschaft" beleidigt oder verunglimpft wird.

Riad fordert Ende des Panzer-„Geschwätzes"

dpa, Riad

Saudi-Arabien hat gestern die Bundesregierung aufgefordert, dem öffentlichen „Geschwätz" über den Wunsch der Saudis nach Lieferung von Panzern des Typs Leopard 2 ein Ende zu bereiten. „Saudi-Arabien hat nicht zum Kauf einer Sache gedrängt oder versucht, solch einen Verkauf irgendeinem Land aufzuzwingen", heißt es in einer Regierungserklärung.

Die Leopard-Debatte in der Bundesrepublik werde für „andere Zwecke" ausgebeutet. In der Erklärung wird jedoch gewarnt, das Problem nicht als Negativ-Faktor zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien zu benutzen, weil dies Auswirkungen auf die gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen haben könnte.

Privat erfolgreich

fa (London) – Was liegt näher als Rekordgewinne von Unternehmen, die jahrelang unter der Zwangsjakke staatlichen Eigentums und entsprechend bürokratischer Verwaltung mehr schlecht als recht dahinvegetierten, auf ihren privaten Status zurückzuführen?

Britoil, die ehemals staatliche Nordseeölgesellschaft, Jaguar, der aus dem staatlichen British-Leyland-Konzern herausgelöste Hersteller von Luxuslimousinen, und British Telecom, der vor einem halben Jahr ins Privatleben entlassene Fernmelde- und Telekommunikationsriese: Sie alle haben jetzt an einem Tag weit besser als jede theoretische Beweisführung belegt, was unternehmerische Unabhängigkeit und flexiblere Anpassung an die Märkte erreichen können.

Britoil hat den Gewinn vor Steuern im vergangenen Jahr um 17 Prozent gegenüber 1983 auf die Rekordsumme von 688 Mill. Pfund (2,6 Mrd. DM) erhöhen können; Jaguar, im letzten August privatisiert, gelang ein Sprung im zu versteuernden Gewinn um gar 83 Prozent auf 91,5 Mill. Pfund (knapp 348 Mill. DM). Und British Telecom schließlich konnte seinen Vorsteuergewinn im 3. Quartal gegenüber dem gleichen Vorjahres-Quartal um 51 Prozent auf 386 Mill. Pfund nach oben treiben. Für das volle Geschäftsjahr darf jetzt mit einem Rekordgewinn von 1,5 Mrd. Pfund (5,7 Mrd. DM) gerechnet werden.

In allen Fällen hat sich also der Einsatz privater Anleger bestens gelohnt. Hinter all dem steckt, wie der Fall Jaguar am besten veranschaulicht, die erhebliche Verbesserung von Produkt und Image, seit sich der Staat zurückgezogen hat. Gut, daß er dies auch weiterhin vorhat.

Zwei Seiten

cd. – Jede Medaille hat zwei Seiten. Auch das Börsianermotto „Je höher der Dollar, desto fester die Aktienkurse". Nachdem der Dollar in gut einer Woche fast 20 Pfennig oder knapp sechs Prozent eingebüßt hat, verloren auch „Exportaktien wie die Farbenwerte und Siemens fünf bis sechs Prozent. Begründung: Der vom hohen Dollarkurs ausgehende Exportdrive verliert an Schwung. Nun ist es zwar richtig, daß in Dollar fakturierte Exporte bei einem Kurs von 3,40 DM höhere Gewinne bringen als bei 3,20 DM. Aber die „windfall profits" sind, wenn die Ausfuhrpreise auf einer Basis von 2,50 bis 2,70 DM kalkuliert sind, immer noch enorm hoch, und die Marktposition deutscher Unternehmen gerät deswegen noch lange nicht ins Wanken. Die Börsianer sollten also nicht so aufgeregt sein; die Exportkonjunktur bliebe auch bei einem Dollarkurs von drei Mark noch unter Dampf. Allerdings kann es nichts schaden, wenn an der Börse nach einer Hausse auch einmal Dampf abgelassen wird.

Nötige Umstellung

Von JOACHIM WEBER

Ach, wie war es doch vordem für den Klempner so bequem! Da schossen an allen Ecken und Enden der Republik die Häusle, Hochhäuser und Hallen wie Pilze aus dem Boden, da standen kleine wie große Bauherren beim Handwerker Schlange um sich Heizungsanlagen und Wasserleitungen installieren zu lassen, und da brachte man sich um die Aufträge von morgen noch keine Gedanken zu machen.

Wie sehr die Zeiten sich inzwischen geändert haben, wurde auf der Frankfurter ISH, der Fachmesse der Sanitär-, Heizungs- und Klimabranche, überaus deutlich. Die Talfahrt des Baumarkts hat ihre Spuren sowohl bei den beteiligten Handwerkern als auch bei ihren Industrielieferanten hinterlassen. Günstigstenfalls noch 30 Prozent ihres Geschäfts stammen aus dem Neubaubereich, dem früheren Standbein.

Während die Industrie ihr Heil wenigstens teilweise noch im Ausland suchen kann – und steigende Exportquoten deuten darauf hin – bleibt den Heizungsbauern und Installateuren nur das Ausweichen auf den Markt der Sanierung und Renovierung. Doch der hat auch so seine Tücken.

Zum einen ist er zwar latent in beachtlicher Größe vorhanden – auf fünf Millionen erneuerungsbedürftiger Heizungen, neun Millionen zu renovierender Badezimmer und eine Unzahl veralteter Küchen schätzen die Branchenverbände den eigentlichen Bedarf. Nur: Die potentiellen Investoren, Hausbesitzer wie Unternehmen und Behörden (auch hier liegt im Sanitärbereich manches im argen) sehen das Problem gar nicht so dringlich. Schließlich ist der Mensch ein Gewohnheitstier und das Geld sowieso knapp.

Den Anbietern aber – vor allem dem *Handwerk, das den Endkunden bedienen soll* – fehlt noch jedes Instrumentarium und auch die Erfahrung, den stattlichen Bedarf zu Nachfrage werden zu lassen. Aktives Verkaufen, Werbung, Marketing – das waren bisher Fremdworte, man hatte es nicht nötig und brauchte es folglich auch nicht zu lernen. Hier können die Verbände ihren Mitgliedern und die Industrieunternehmen ihren Kunden noch einiges an Service in Gestalt von Nachhilfeunterricht und Marktunterstützung bieten. Sie sollten sich damit allerdings beeilen. Denn das zweite Problem des Handwerks besteht darin, daß seine neue Zielgruppe sich zunehmend emanzipiert.

Vom allzeit überlasteten Installateur, der sich in guten Zeiten ums Kleingeschäft nicht mehr kümmern mochte, immer wieder im Stich gelassen oder unzulänglich (dafür aber um so teurer) bedient, hat der Verbraucher selbst gelernt, Wasserhähne zu dichten oder Waschmaschinen anzuschließen. Nur Meister, die auch früher in ihren Revieren das „Kleinvieh" ernstgenommen haben, dürften sich jetzt in einer besseren Ausgangsposition sehen.

Denn daß der Schritt vom Wasserhahn zu umfangreicheren Aufgaben – zum Beispiel der Installation des neuen Badezimmers – nicht mehr allzu groß ist, bekommen die Handwerker und auch die handwerkstreuen Teile- und Gerätehersteller immer mehr zu spüren. Das um so mehr, als die absehbaren Rechnungsbeträge für ungeahnten Mut sorgen.

Nach Schätzungen aus der Branche sind beispielsweise rund 30 Prozent des Armaturenmarkts inzwischen fest in den Händen der Bau- und Verbrauchermärkte. Da sie sich überwiegend im Ausland eindecken, ist solche Größenordnung – in der freilich auch ein starkes Schwarzarbeitselement zu orten ist – auch für die Industrie schmerzhaft. Damit ist auf mittlere Sicht auch die Exklusivposition des Handwerks im Vertrieb der großen Marken gefährdet.

Auch hier muß man sich etwas einfallen lassen. Denn die Schraube des Selbermachen-Trends läßt sich vorerst nicht mehr zurückdrehen. Einzige Chance der Handwerker, wenigstens einen Teil dieses Marktes zurückzugewinnen, wäre es, selbst in *den Endverbraucher-Vertrieb* einzusteigen. Der große Beratungsbedarf eröffnet dabei sogar gute Möglichkeiten, wenn der Meister nicht zu stolz ist, die Laien-„Konkurrenz" zu bedienen.

Aber auch diese Art des Verkaufens gilt es zu lernen und mit tragfähigen Konzepten vorzubereiten. Der Umstellungsprozeß wird vielen gestandenen Meistern schwerfallen. Doch jetzt geht es nicht mehr darum, aus Übermut Neues zu probieren. Ziel ist das schlichte Überleben.

BÜRO- UND INFORMATIONSTECHNIK / „Wachstumsbranche erster Ordnung"

Trotz Wettbewerbsdruck aus Japan Produktionsanstieg von 20 Prozent

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

In der Büro- und Informationstechnik, nach Einstufung ihres VDMA-*Fachgemeinschafts-Vorsitzenden* Hermann W. Stähler eine „Wachstumsbranche erster Ordung", wird es auch 1985 keine Pause geben. Ohne die eigene Courage überzustrapazieren, sagen die Branchenvertreter einen Produktionszuwachs von 20 Prozent „oder mehr" auf wenigstens 18 Milliarden Mark voraus.

Damit würde sich das Jahr 1985 nahtlos in die Reihe der Vorjahre einordnen. Die Branchenproduktion, die 1982 erst die Zehn-Milliarden-Mark-Grenze überschritten hatte, erreichte 1984 mit einem Zuwachs um 26 Prozent bereits ein Volumen von 15,2 (12,1) Milliarden Mark.

Getragen wurde der Zuwachs vor allem von der Datenverarbeitung, die um 30 Prozent auf 13,3 Milliarden Mark zulegte, während die „klassischen Büromaschinen" – in erster Linie Schreibmaschinen – nur auf ein Plus von knapp vier Prozent kamen. Abgesehen von einem winzigen Zuwachs schon 1983 ging es hier immerhin das erste Mal seit 1978 wieder ein wenig bergauf.

Die Branche insgesamt profitierte im vergangenen Jahr von einer größeren Neigung auch im Inland, in moderne Techniken zu investieren. Ihr Inlandsmarkt nahm um gut 31 Prozent auf 17,6 (13,4) Milliarden Mark zu. Zu einem guten Teil wurde er freilich auch aus dem Ausland bedient: Die Importe stiegen um 28 Prozent auf 13,6 (10,6) Milliarden Mark.

Dabei kommt allerdings eine Besonderheit dieser Branche zum Tragen. Da auch die inländischen Hersteller – ohnehin zu einem wesentlichen Teil Tochtergesellschaften ausländischer (vor allem amerikanischer) Konzerne – vielfach Komponenten, Baugruppen oder komplette Geräte im Ausland kaufen, wird ein beträchtlicher Teil der Importe reexportiert. Wie hoch er ist, verschweigen Amtsstatistik wie Verbände. Der Gesamtexport jedenfalls hat, von der Währungsentwicklung begünstigt, um 20 Prozent auf *11,2 Milliarden Mark zugenommen.*

Eine weitere Fehlleistung der Statistik: Wesentliche Teile der Branche werden nicht oder in anderen Sammelrubriken erfaßt. Die obigen Zahlen wie auch die 84 100 (78 100) Beschäftigten sind ausschließlich der Hardware-Produktion zugeordnet. Gerade die Computer-Industrie aber verlagert sich zunehmend auf das Geschäft mit Software und Service.

Nach Schätzung der VDMA-Fachgemeinschaft erreichte der gesamte deutsche Software-Markt 1984 ein Gesamtvolumen von 10,8 Milliarden Mark, rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr und etwa das Dreifache wie vor fünf Jahren. In diesem Wert sind allerdings auch etwa 2,5 Milliarden Mark enthalten, die auf „hausgemachte" Programme der Anwender entfallen. Für 1985 wird ein Marktvolumen von insgesamt mehr als *13 Milliarden Mark* erwartet.

Mehr als eine Million Programmierer, so schätzt man, arbeiten für diesen Markt. Diese Zahl umfaßt freilich auch Software-Häuser und EDV-Anwender. Doch die statistische Abgrenzung auf Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern und überwiegender Hardware-Produktion schmälert auch den Arbeitsmarkt-Beitrag der Computer-Anbieter selbst. Nach Schätzung der VDMA liegt die tatsächliche Beschäftigtenzahl der Branche bei 260 000 Mitarbeitern.

Kummer bereitet auch dieser Branche, vor allem im eigentlichen Büromaschinenbereich, die fernöstliche Konkurrenz. Insbesondere die Japaner verfolgen die bewährte Strategie, in potentiellen Massenmärkten Überkapazitäten aufzubauen, um dann aggressiv in die großen Märkte (USA und Westeuropa) vorzudringen.

Nach den Tisch- und Taschenrechnern haben sie dabei im Augenblick vor allem die elektronischen Schreibmaschinen im Visier – einer Dumpingklage der europäischen Hersteller wurde vor kurzem stattgegeben. Doch weitere Zielmärkte sind schon erkennbar: Kopierer, elektronische Registrierkassen, Computerdrucker und Magnetspeicher. Mit engerem Schulterschluß will die deutsche Büro- und Informationstechnik sich dagegen wappnen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel will Drittländern die Absatzmärkte erhalten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Nur teilweise hat die EG die Besorgnisse der nicht beitrittswilligen Mittelmeerländer wegen des drohenden Verlustes traditioneller Absatzmärkte zerstreuen können. Die politische Erklärung, die gegenwärtig in den europäischen Ratsgremien vorbereitet wird, bringt jedoch immerhin den festen Willen zum Ausdruck, auch nach der Süderweiterung die bestehenden Handelsströme aufrechtzuerhalten.

Während der ersten vier Jahre nach dem Beitritt Spaniens und Portugals wird es kaum nennenswerte Probleme geben, da auch die neuen Mitgliedsländer für ihre Obst- und Gemüseexporte nur mit Zollsenkungen von jährlich zehn Prozent rechnen können. Für die folgenden Jahre will die Gemeinschaft Produkt für Produkt die Zuwachsmengen für die Mittelmeerstaaten festlegen. Schon jetzt macht sie jedoch auf die Notwendigkeit aufmerksam, Störungen auf dem europäischen Markt zu verhindern.

In ihrem Papier für den Ministerrat hat die EG-Kommission neben Garantien für den Zugang sensibler „Agrarerzeugnisse" (Zitrusfrüchte, Tomaten und Olivenöl) „sobald wie möglich" die Wiederherstellung des freien Warenverkehrs für Textilien sowie die Fortsetzung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit in Aussicht gestellt. Eine Abschottung des europäischen Marktes für bestimmte Mittelmeererzeugnisse würde nach ihrer Meinung unweigerlich verheerende soziale und politische Folgen haben.

Der nicht zur EG gehörende Mittelmeerraum ist die Region, in der die Gemeinschaft den größten Handelsbilanzüberschuß erwirtschaftet (1983 nahezu 22,4 Milliarden DM). Wegen ihres starken Bevölkerungswachstums können vor allem die nordafrikanischen Staaten als einer der dynamischsten Absatzmärkte für europäische Produkte angesehen werden. Die Kommission weist in ihrem Dokument auch darauf hin, daß die Agrarexporte dieser Länder für die Gemeinschaft insgesamt nur eine marginale Belastung darstellen.

Nach Meinung der Kommission muß die EG den Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes die Bereitschaft signalisieren, *auch* für die „sensiblen" Agrarerzeugnisse Handelsarrangements abzuschließen. Dabei gelte es, jeweils rechtzeitig eine gemeinsame Analyse der voraussichtlichen Marktentwicklung vorzunehmen und – falls notwendig – auf beiden Seiten die Produktion zu beschränken.

In der Praxis dürften derartige Koordinierungsversuche freilich von recht begrenzter Wirksamkeit sein. Wenn es im Rahmen der Brüsseler Preisverhandlungen um eine Senkung der Garantieschwellen geht, pflegt schon um des Erfolges des Gesamtpakets wegen das Interesse der europäischen Landwirte im allgemeinen stärker zu Buche zu schlagen als die Rücksicht auf Handelspartner außerhalb der Gemeinschaft.

AUF EIN WORT



„Umweltschutz ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam lösen müssen. Jeder Unternehmer hat heute begriffen, daß die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch konsequente Umweltschutzmaßnahmen wesentlicher Bestandteil der Zukunftssicherung, auch des eigenen Betriebes, ist."

Konsul Hans-Georg Gallenkamp, Präsident *der Industrie- und Handelskammer* Osnabrück-Emsland.
FOTO: DIE WELT

Kohle liegt nach wie vor vorn

dpa/VWD, **Frankfurt**

Rund 58 Prozent der Stromerzeugung der öffentlichen Versorgung in der Bundesrepublik lieferte 1984 die Kohle. Mit der vorwiegend heimischen Steinkohle wurden nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, 102 Mrd. Kilowattstunden (KWH) erzeugt – 31 Prozent der gesamten Brutto-Erzeugung von 331,5 Mrd. KWH. Braunkohle hatte mit 89,4 Mrd. KWH einen Anteil von rund 27 Prozent. Der Kernenergie-Anteil lag bei rund 28 Prozent. Die regenerative Energie des Wassers stellte rund fünf Prozent, Erdgas in Kraftwerken rund sieben Prozent, Heizöl machte nur noch ein *Prozent der Stromerzeugung* aus.

STAHLSTREIT

Die Europäer sind von der Haltung der USA enttäuscht

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Der Streit um die europäischen Röhrenexporte in die USA will nicht enden. Entgegen den Erwartungen der EG weigert sich Washington, die zum Bau der Transamerican-Pipeline bestimmten Lieferungen einer Sonderbehandlung zu unterziehen.

Nach dem im Januar geschlossenen Arrangement sollten die gesamten europäischen Röhrenlieferungen in den nächsten beiden Jahren auf 7,6 Prozent des amerikanischen Marktes begrenzt werden. Für Waren, die von der amerikanischen Industrie nicht oder nicht ausreichend produziert werden (short supply), war jedoch innerhalb *dieser Begrenzung ein Anteil* von zehn Prozent vereinbart worden.

Die Reagan-Administration will das Material für die genannte Ölleitung nicht unter diese Rubrik einordnen. Dies hat bei den europäischen Partnern erheblichen Ärger hervorgerufen. Der für Außenbeziehungen zuständige Brüsseler Kommissar Willy De Clercq brachte bei einem Besuch in Washington seine „Enttäuschung" über das Vorgehen der USA zum Ausdruck. Gleichzeitig bemühten sich in der US-Hauptstadt gestern Experten um eine Lösung des Problems. Auch der für die Stahlpolitik zuständige deutsche Kommissar Karl-Heinz Narjes wollte noch einmal Kontakt mit dem amerikanischen Handelsminister Malcolm Baldridge aufnehmen.

Vor der Presse hatte De Clercq bereits *am Wochenende harte Töne* angeschlagen. Die Amerikaner müßten gewärtig sein, daß jede protektionistische Maßnahme ihrerseits von der Gemeinschaft sofort mit einer Gegenmaßnahme beantwortet würde.

OSTBLOCKVERSCHULDUNG

OECD erwartet keine neue Kreditwelle aus dem Westen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Zahlungsbilanzposition der Ostblockstaaten hat sich inzwischen soweit verbessert, daß einer Wiederbelebung der Kreditvergaben an diese Staaten nichts mehr im Wege stünde. Eine neue Kreditwelle aus dem Westen sei aber unwahrscheinlich. Diese Auffassung vertritt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit *und Entwicklung (OECD) in* einem Bericht zur Schuldenlage des Ostens.

Die Gesamtverschuldung Osteuropas einschließlich der Sowjetunion in konvertiblen Währungen wird darin für Ende 1984 auf 83,89 Mrd. Dollar geschätzt, nachdem sie ein Jahr zuvor 85,05 Mrd. und zwei Jahre zuvor 87,23 Mrd. Dollar erreicht hatte. Die Nettoverschuldung verminderte sich gleichzeitig von 71,65 auf 65,91 und 65,10 Mrd. Dollar. Auch die Schulden*quote (Schuldendienst zu Exporteinnahmen)* ist zurückgegangen. Dies war vor allem die Folge davon, daß die osteuropäischen Staaten ihre Importe aus dem Westen stark drosselten, nachdem sie in den siebziger Jahren versucht hatten, die Abflachung ihres Wirtschaftswachstums durch die verstärkte Einfuhr westlicher Investitionsgüter abzufangen.

Für eine Belebung des Ostkreditgeschäfts spricht nach Auffassung der OECD, daß jetzt im Ostblock die Fünfjahrespläne für 1986 bis 1990 festgelegt werden. Deren Ziele ließen sich aber nur dank verstärkter Importe aus dem Westen erreichen. Diese Meinung bestünde jedenfalls in Ungarn, Polen, der „DDR" und wohl auch in der Sowjetunion, während die Tschechoslowakei sowie Bulgarien und vielleicht auch Rumänien den Ost-West-Beziehungen geringere Bedeutung zumessen könnten, heißt *es in dem OECD-Bericht.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Pöhl plädiert für einen starken Dollar

Paris (dpa/VWD) – Ein starker Dollar ist nach Ansicht von Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl für die Weltwirtschaft und die USA einer schwachen amerikanischen Währung vorzuziehen. In einem in der französischen Zeitung „Le Matin" veröffentlichten Interview sagte Pöhl, er habe die zuständigen US-Behörden mehrfach davon zu überzeugen versucht, den Dollar-Aufschwung zur billigen Reservebeschaffung anderer wichtiger Devisen wie Yen, D-Mark oder Pfund zu nutzen, um ihren Finanzbedarf bei einem späteren Kursverfall nicht wie in den 70er Jahren mit Anleihen in Europa finanzieren zu müssen. Pöhl äußerte keine Befürchtungen über die Folgen eines Dollar-Abfalls für das Europäische Währungssystem (EWS).

Neues Verfahren beginnt

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat gegen die UdSSR, Polen und Rumänien erneut ein Dumpingverfahren im Zusammenhang mit der Einfuhr von Kugellagern und Kegelrollenlagern eröffnet. 1981 hatte sie ein Dumpingverfahren gegen die drei Länder eingestellt, nachdem diese eine Anhebung ihrer Exportpreise zugesagt hatten.

Handelsimpulse erwartet

Bonn/Bad Ischl (dpa/VWD) – Neue Impulse für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erwartet der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Otto Wolff von Amerongen von dem Führungswechsel im Kreml. Sollte sich Moskau entschließen seine Rohstoff- und Energievorkommen *mit Hilfe westlichen Kapitals zu erschließen, könnte* dies einen „Schub der wirtschaftlichen Kooperation" auslösen.

Sparkassen wieder geöffnet

New York (dpa/VWD) – Die 71 Spar- und Darlehenskassen im US-Bundesstaat Ohio, die vor zehn Tagen ihre Pforten schließen mußten, sind seit gestern wieder geöffnet. Die Bankbeauftsichtiger haben jedoch bisher nur 18 der Sparkassen die Genehmigung für den uneingeschränkten Betrieb erteilt. Die Anträge der übrigen werden innerhalb der nächsten Tage geprüft.

Beteiligungsangebot

New York (dpa/VWD) – Der Argentinische Staatspräsident Raul Alfonsin hat US-Ölgesellschaften eine Beteiligung an der Exploration argentinischer Rohölreserven angeboten. Bislang dürfen ausländische Ölgesellschaften zwar die Reserven suchen, müssen das gefundene Öl aber an den Staat abliefern.

China-Symposium

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Commerzbank AG, Frankfurt, wird als einziges deutsches Kreditinstitut Schirmherr des vom 6. bis 8. Mai 1985 in Peking stattfindenden China-Symposiums. Die internationale Konferenz steht unter dem Motto „China und seine Zukunft" und wurde von der Bank of China und der britischen Wirtschaftszeitschrift „Euromoney" arrangiert.

Klare Auszeichnung

Bonn (HH) – Autofahrer sind ausreichend vor der Gefahr geschützt, minderwertiges unverbleites Benzin zu tanken, ohne es zu wissen, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Wirtschaftsminister, Rudolf Sprung (CDU), auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Ludwig Gerstein. Wenn das unverbleite Normalbenzin nicht der DIN-Norm (51 607) entspreche, müsse es in der Tankstelle deutlich sichtbar als „Ottokraftstoff 2. Wahl" kenntlich gemacht werden.

Jubiläums-Bonus

München (dpa/vwd) – Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, wird eine Dividende von zehn (Vorjahr: neun) DM je 50-DM-Aktie DM ausschütten. Nach dem Vorschlag der Verwaltung wird außerdem anläßlich des 150jährigen Bestehens des Instituts ein Jubiläumsbonus von 2,50 DM zugeteilt. Die Hauptversammlung findet am 15. Mai statt. Das Grundkapital von 540 Mill. DM soll aus genehmigtem Kapital um rund 77 Mill. DM erhöht werden.

ITALIEN

Inflationsrate sinkt nicht mehr

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Für März wird in Italien mit einer Inflationsrate von 8,7 Prozent (auf Jahresbasis) gerechnet, 0,3 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt der vorangegangenen vier Monate. Wirtschaftsbeobachter sehen dies als neuen Hinweis dafür an, daß das Regierungsziel einer nur siebenprozentigen Inflationsrate in diesem Jahr nicht mehr zu erreichen ist.

Verstärkte inflationäre Impulse sind in den letzten Monaten sowohl von den weiter hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte ausgegangen als auch von dem Höhenflug des amerikanischen Dollars gegenüber der Lira. Als Beweis dafür, daß die Inflationsrate in den nächsten Monaten schwerlich mehr unter die Achtprozent-Marge sinken wird, gilt die jüngste Entwicklung der Großhandels- und Erzeugerpreise. 1984 war eine nach unten gerichtete Tendenz festgestellt worden; dieser Abwärtstrend ist jetzt ins Stocken geraten.

Ernste Bedenken zu der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung in Italien äußert der Internationale Währungsfond (IWF) in seinem jetzt vorgelegten Jahresbericht. Der IWF bemängelt ein Nachlassen des wirtschafts- und haushaltspolitischen Elans der ersten Monate der Regierung Craxi und warnt davor die Dinge weiter so treiben zu lassen wie in den vergangenen zwei Quartalen. Als große Gefahrenelemente sieht der IWF nicht nur die Tatsache an, daß der Anteil des Haushaltsdefizits am Bruttoinlandsprodukt erneut zuzunehmen begonnen hat, sondern auch das Ausbleiben weiterer Fortschritte in der Einkommenspolitik.

Unter anderen Stabilisierungsmaßnahmen müßte nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds die gleitende Lohnskala, mit der heute Löhne und Gehälter quartalsweise an die Preisbewegungen automatisch angepaßt werden, auf Jahresrhythmus umgestellt werden.

USA / Die besten Firmenergebnisse seit vier Jahren – Lagergewinne unbedeutend – Exxon bleibt Umsatzkönig

Unternehmenserträge stiegen um zwanzig Prozent

dpa/VWD, New York

Die besten Gewinne seit vier Jahren haben die führenden US-Unternehmen 1984 trotz einer erheblichen Ertragsabschwächung in der 2. Jahreshälfte erzielt. Laut einer Erhebung des US-Wirtschaftsmagazins „Business Week" kletterten die Unternehmensgewinne nach Steuern gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent auf 148 Mrd. Dollar; die Umsätze, die 1983 nur schleppend vorangekommen waren, stiegen um elf Prozent.

Vor fünf Jahren noch wurde das Ertragsbild durch die sogenannten Lagergewinne verzerrt: Mit dem Anstieg der Rohstoffpreise als Folge der Inflation erhöhte sich der Wert der in den Lagern gestapelten Güter. Jedoch im zurückliegenden Jahr betrug der Anteil der Lagergewinne nur vier Prozent nach Steuern. In der zweiten Jahreshälfte könnten die Lagergewinne angesichts einer steigenden Inflation wieder Bedeutung gewinnen.

In der Umfrage des Magazins wurden die 1200 führenden Unternehmen in 39 Industriezweigen berücksichtigt. Sie machen ertragsmäßig etwa 90 Prozent der Gesamtwirtschaft aus. Eingeschlossen sind ferner die 50 größten – nach ihren Aktivitäten bemessenen – Banken sowie Einzelhandels- und Versorgungsunternehmen.

International Business Machines (IBM), am Umsatz gemessen nur Nummer sieben, hat ertragsmäßig den ersten Platz erklommen. Der Computerhersteller verdiente im vergangenen Jahr 6,6 Mrd. Dollar, gut 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Fahrzeughersteller konnten auf ein weiteres glänzendes Jahr zurückblikken: 84 Prozent mehr Gewinn als im Jahr zuvor.

Bei den im Verpackungssektor tätigen Firmen, die im vergangenen Jahr unter überholten Fertigungsbetrieben litten, trat eine spürbare Verbesserung ein. Angeführt von Owens Illinois, die 97 Prozent Zuwachs ausweisen konnte, nahmen die Gewinne dieser Firmen um insgesamt 63 Prozent zu. Während der Wohnungsbau sich durch ein weiteres schwieriges Jahr schleppen mußte, hatten die Hersteller von Baumaterialien mit 62 Prozent Zuwachs nichts zu klagen. Unter den Branchenführern konnte die UDS (früher U. S. Gypsum) ihren Gewinn mehr als verdoppeln, Owens-Corning Fiberglas wies 43 Prozent Zuwachs aus.

Trotz einer Reihe prominenter Firmenzusammenschlüsse im vergangenen Jahr hat sich die Rangliste der Umsatzkönige kaum geändert. Exxon konnte sich mit 97 Mrd. Dollar Umsatz – plus drei Prozent – auf dem 1. Platz behaupten. General Motors blieb mit 84 Mrd. Dollar – plus zwölf Prozent – Umsatz auf dem 2. Platz sitzen. Die Entflechtung der American Telephone und Telegraph kostete den Kommunikationskonzern eine Sprosse auf der Business-Week-Leiter: AT+T stieg bei 54 Mrd. Dollar Umsatz vom 3. auf den 4. Platz ab.

Für viele der großen US-Banken waren die drei vergangenen Jahre laut „Business Week" die qualvollsten ihrer Geschichte. Der dramatische Rückgang in der Öl- und Gasexploration und fallende Preise der Ölprodukte verursachten Mammutverluste, die in manchen Fällen in Geschäftspleiten endeten und die Banken mit notleidenden Krediten belasteten. Das Kreditvolumen nahm zwar etwas stärker zu, doch der Reingewinn der Banken verminderte sich um drei Prozent. Continental Illinois Corporation bildete das Schlußlicht unter den Großbanken.

Verlierer gab es vor allem unter den Metall- und Minenunternehmen aufgrund abbröckelnder Weltrohstoffpreise. Zusammengenommen mußten sie ein Defizit von 145 Mill. Dollar hinnehmen.

FRANKREICH / Steuerrat untersucht Abgabenlast

Hälfte des Sozialprodukts

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Belastung der französischen Wirtschaft durch Steuern, Sozialabgaben und andere Zwangsabgaben liegt erheblich höher als von der Regierung angegeben wird. Dies hat der nationale Steuerrat in einer jetzt veröffentlichten Untersuchung festgestellt. Danach erreichte die Abgabenlast bereits 1982 nicht weniger als 52,9 Prozent des Bruttosozialprodukts – also mehr als die Hälfte.

Demgegenüber kam das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) auf nur 43,7 Prozent. Für 1983 hatte es 44,1 Prozent und für 1984 45,5 Prozent genannt. Darauf stützte Präsident Mitterand sein Versprechen diese Lasten 1985 um einen Prozentpunkt zu vermindern.

Die in diesem Jahr wirksam werdenden Steuer- und Sozialerleichterungen, die allerdings durch außergewöhnliche Anhebungen einzelner Abgaben (Treibstoffsteuer) und öffentlicher Tarife (Post) zur Entlastung des Staatshaushalts bereits teilweise zunichte gemacht wurden, erscheinen im Lichte der neuen Untersuchung noch bescheidener. Jedenfalls steht Frankreich zusammen mit den skandinavischen Ländern an der Spitze der am stärksten belasteten westlichen Industriestaaten.

Dies liegt vor allem an den überaus hohen Sozialabgaben die mehr als 20 Prozent des Sozialprodukts ausmachen. Überdurchschnittlich hoch ist auch die Mehrwertsteuer, und in den letzten Jahren besonders stark gestiegen sind die Lokalsteuern (Grund- und Wohnungssteuern). Die Einkommensteuer dagegen macht noch nicht einmal die Hälfte der gesamten Abgabenlast aus.

Das erklärt sich vor allem daraus, daß in Frankreich nach Angaben des Steuerrats nicht weniger als 37,8 Prozent (1982) der privaten Haushalte überhaupt keine Einkommensteuer zu bezahlen haben. Demgegenüber waren in der Bundesrepublik nur 16 Prozent von dieser Steuer befreit. Außerdem sind die französischen Steuerabschläge höher als in anderen Ländern, und die indirekten Steuerprivilegien besonders weit verbreitet.

Nicht zuletzt aber ist es um die Steuermoral in Frankreich nicht zum besten bestellt. Dazu heißt es in dem Bericht nur allgemein, daß es die freien Berufe neuerdings nicht mehr so weit treiben würden wie früher. Das haben sie allerdings auch den unter der sozialistischen Regierung wesentlich verschärften Steuerkontrollen zu verdanken. Zwischen 1976 und 1983 hätten sich die zwangsweisen Steuernachzahlungen verdreifacht.

Schließlich sind die Steuersätze in Frankreich verhältnismäßig niedrig. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 100 000 Franc hatte hier 1983 nur 4016 Franc Einkommensteuer zu bezahlen, gegenüber 15 540 Franc in der Bundesrepublik. Junggesellen wurden bei gleichem Einkommen mit 15 392 (21 772) Franc besteuert.

Bei höheren Einkommen sind die Vorteile in Frankreich ebenfalls bescheidener. Diese Bevölkerungsschicht wird durchweg mit der neuen Vermögenssteuer belastet. Außerdem hat Frankreich mit dem Abbau der Abgabenlast später begonnen als andere Länder.

GROSSBRITANNIEN / Tourismus auf Hochtouren – Dollarkurs bringt Amerikaner ins Land

Londons Hotels nehmen keine Gruppen mehr

WILHELM FURLER, London

Die britischen Hotels und allen voran die im Großraum London bereiten sich auf eine Touristen-Invasion und einen Rekord-Sommer vor. Allein aus den USA werden in diesem Jahr deutlich mehr als drei Millionen Besucher erwartet. Führende Hotelgruppen wie Trusthouse Forte oder Rank nehmen keine Großgruppen-Buchungen mehr an. Schon in den vergangenen drei Sommern waren die Vier-Sterne- und Luxushotels in der Londoner Innenstadt voll oder nahezu voll belegt.

Schon im vergangenen Jahr haben so viele Reisende wie nie zuvor Großbritannien einen oder mehrere Besuche abgestattet. Nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie kamen 1984 mit 13,78 Millionen ausländischen Touristen und Geschäftsreisenden elf Prozent mehr Besucher ins Land als im Jahr zuvor. Sie gaben bei ihren Großbritannien-Aufenthalten 4,19 Mrd. Pfund (rund 15,5 Mrd. DM) aus, 15 Prozent mehr als 1983.

Wie erwartet verhalf der starke Dollar zu einem regelrechten Strom amerikanischer Touristen. So waren knapp ein Viertel aller Besucher im Vereinigten Königreich Nordamerikaner – insgesamt 3,37 Millionen und damit 19 Prozent mehr als 1983. Das gegenüber den meisten anderen Währungen ebenfalls schwächere Pfund Sterling verhalf einem wachsenden Touristen-Strom auch aus den übrigen Teilen der Welt. Aus Westeuropa kamen mit 7,655 Millionen sieben Prozent Besucher mehr, aus den verbleibenden anderen Erdteilen und Ländern sogar zwölf Prozent mehr.

Aber auch die Briten befanden sich in guter Reiselaune: 22,17 Millionen besuchten das Ausland. Das waren sechs Prozent mehr als 1983. Sie gaben insgesamt 4,62 Mrd. Pfund (16,6 Mrd. DM) aus, 14 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Der teure Dollar beeinträchtigte allerdings die Leidenschaft der Briten, der Neuen Welt einen Besuch abzustatten. Um zehn Prozent gingen die Reisen in die USA und nach Kanada zurück. Doch dieser Ausfall wurde mehr als ausgeglichen durch einen Anstieg der Besuche von Briten in westeuropäischen Ländern um sieben Prozent auf 19,486 Millionen.

Das Filialnetz soll ausgebaut werden

nl. Stuttgart

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, die über ein breitgespanntes Geschäftsstellen-Netz verfügt, das von Mannheim bis zum Bodensee reicht, will jetzt wieder weitere Filialen gründen. In den vergangenen Jahren hatte das Schwergewicht auf der Modernisierung und dem Ausbau der vorhandenen Filialen gelegen. Neue Filialen sollen in Baden-Baden und in Offenburg aufgemacht werden, womit die Bank ihre Präsenz in der „Rheinschiene" weiter verstärkt. Den Start in das Geschäftsjahr 1985 bezeichnet Vorstandsvorsitzender Manfred Prechtl als „erfreulich". Das durchschnittliche Geschäftsvolumen habe in den ersten beiden Monaten deutlich über dem Durchschnitt des vorangegangenen Jahres gelegen.

Im Berichtsjahr 1984 schnitt die BW-Bank ergebnismäßig besser als im Vorjahr ab. Zwar verringerte sich das Betriebsergebnis ohne Wertpapiereigenhandel etwas gegenüber dem Vorjahr; es liegt aber dennoch um fast ein Drittel über dem guten Ergebnis des Jahres 1982. Das Teilbetriebsergebnis belief sich auf 104,2 Mill. DM (minus 6,9 Prozent). Überkompensiert wurde dies durch eine Verbesserung des außerordentlichen Ergebnisses, vor allem wegen geringerer Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft und geringerer Wertpapierabschreibungen.

Ausgewiesen wird ein auf 29,1 (27,2) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß. Nach Zuführung von wiederum 8 Mill. DM zu den Rücklagen wird eine von 20 auf 22 Prozent erhöhte Dividende auf das mehrheitlich in Landesbesitz befindliche Aktienkapital von 96 Mill. DM ausgeschüttet. Außerdem soll das Kapital im Verhältnis 8:1 zum Kurs von 360 Prozent um 12 Mill. DM auf 108 Mill. DM aufgestockt werden. Damit erhöht sich der Eigenkapitalanteil auf 4,2 (3,8) Prozent der Bilanzsumme.

Im Berichtsjahr 1984 hat sich die Bilanzsumme um 8,7 Prozent auf 9,6 Milliarden DM erhöht, was vor allem auf den kräftigen Anstieg des Kundenkreditvolumens um 9 Prozent auf 7,1 Mrd. DM zurückzuführen ist. Kundeneinlagen nahmen um 10,1 Prozent auf 5,9 Mrd. DM zu.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Keramiker Einkauf G + N Ges. f. Keramik und Glastechnik mbH; Nachl. d. Elfriede Plentok geb. Lünse; **Düsseldorf:** Nachl. d. Roswitha Elisabeth Haarmann geb. Nilges; G. Ferale & K. Zwolanowski GmbH-Exclusive Herrenmoden; **Duisburg:** sag-Bau GmbH; Brandes & Stenmans, Heizung-Lüftung-Sanitär GmbH & Co. KG; Brandes & Stenmans Verwaltungsges. mbH; **Hechingen:** a) AKI Handwerker-Bau GmbH + Co. KG, Jungingen; b) pers. haft. Gesellschafterin AKI Handwerker-Bau GmbH, Jungingen; **Herford:** Deutschen IGAV-Kunststoffplatten-GmbH & Co. KG; **Kaiserslautern:** Karl Trautmann, Inh. Kunigunde Trautmann, Nanzdietschweiler; **Kassel:** Brübach GmbH; **München:** Nachl. d. Dieter Hugo Wolff; Graessel Bauunternehmung GmbH; **Nienburg:** Fritz Cordes und Eleonore Cordes geb. budelmann, Hämelhausen; **Norden:** Johannes Helmerichs; **Osnabrück:** Reiseagentur Samuel GmbH; **Pinneberg:** Ultratechnik Vertriebsges. f. Kommunikationsmittel GmbH, Quickborn; **Trier:** Wetriplan Weckmüller GmbH; Hörhold-Heizung-Lüftung-Sanitär GmbH; **Tübingen:** Emil Schnitzer, Inh. d. Wohnbau-Schnitzer, Mössingen 2.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Heilbronn: beweka Wimpfener Kraftfutterwerk, Bad Wimpfen; **Neu-Ulm:** TAM-Teppichboden-Abholmarkt GmbH, Günzburg; **Ravensburg:** Max Josef Lanz, Leutkirch i. Allgäu; **Verden:** Anton Höing Kraftfutterwerke Niedersachsen GmbH & Co. KG.

Vergleich eröffnet: Fürth: Gerhard Engel, Zirndorf.

Vergleich beantragt: Aschaffenburg: Itec Bekleidungsproduktions- u. Vertriebsges. mbH, Mainaschaff; Zahn Betonwerk GmbH; **Langen:** IBG Vertriebs- u. Dienstleistungsges. mbH, Dreieich.

BAYERISCHE VEREINSBANK / Jahresüberschuß und Bilanzgewinn stagnieren

Bessere Qualitäten statt neuer Rekorde

DANKWARD SEITZ, München

Das ist das mißliche an Rekorden: Kaum daß sie aufgestellt sind, steigen die Erwartungen. Wenn Zuwachsraten so zum einzigen Maßstab werden, dann hat die Bayerische Vereinsbank AG, München, 1984 nach zwei Rekordjahren beim Ertrag zumindest eine Verschnaufpause eingelegt. Abstriche mußten sowohl beim Teilbetriebsergebnis (siehe Tabelle) als auch beim Gewinn vor Steuern hingenommen werden; *Jahresüberschuß und Bilanzgewinn stagnierten* mehr oder weniger auf Vorjahresniveau.

Auf den ersten Blick mag es daher verwundern, wenn Vorstandssprecher Maximilian Hackl von einem „guten und voll befriedigenden Ergebnis" spricht, ohne von den hohen Anforderungen früherer Jahre Abstand zu nehmen. Unverkennbar ist dabei auch ein Anflug von Erleichterung, denn bis zur Jahresmitte lag das Teilbetriebsergebnis immerhin noch um etwa 15 Prozent unter 6/12 von 1983 bei insgesamt nicht berauschenden Zuwachsraten.

Die entscheidende Aufholjagd vor allem im Bereich des Firmenkreditgeschäfts begann erst, wie Hackl erläuterte, in den letzten Monaten des Jahres. Daß dann letztendlich die Kundenforderungen mit plus 10,8 Prozent sogar stärker zunahmen als im Vorjahr (8,7 Prozent) gibt nach Ansicht von Finanzchef Dietrich Köllhofer einen „zu günstigen Eindruck" im Kreditgeschäft. Doch diesem Volumenszuwachs verdankt es die Bank, daß der Zinsüberschuß trotz einer im Bankgeschäft auf rund 2,75 (2,99) Prozent ermäßigten Zinsspanne mit 1,238 (1,247) Mrd. DM kaum niedriger ausfiel.

Im Hypothekenbankgeschäft erhöhte sich der Zinsüberschuß einschließlich des Einmalertrags um 5,4 auf 29,7 Mill. DM, obwohl die Zinsmarge unverändert 0,6 Prozent betrug. Auch hier ist dies auf den Anstieg der Darlehenszusagen um 23 Prozent auf 5,01 Mrd. DM und der Auszahlungen um 17,1 Prozent auf 1,75 Mrd. DM zurückzuführen. Das Provisionsgeschäft brachte einen Überschuß von 29,7 Mill. DM, das ist ein Plus von 5,4 Prozent. Die Verwaltungskosten nahmen um 42,4 (101) Mill. auf 989,9 Mill. DM zu.

Daß Hackl und Köllhofer von einem „durchaus guten Jahr" sprechen, bezieht sich allerdings weniger auf die sichtbaren Zahlen, sondern vielmehr auf die „deutliche Qualitätsverbesserung des Jahresabschlusses". Zwar mußte mit 245,1 (268,1) Mill. DM noch einmal ein recht hoher Betrag zur Risikovorsorge aufgewandt werden. Doch die Betonung wird dabei ausdrücklich auf „vor" und nicht „Sorge" gelegt. Hackl: „Wir konnten mehr und mußten weniger machen." Etwas mehr als die Hälfte entfiel auf Länderrisiken, über deren einzelne Höhen sich Hackl in Schweigen hüllt. Als ein Zeichen für die Verbesserung der Qualität kann auch der Anstieg der „sonstigen Rückstellungen" um 149,3 Mill. auf 319,1 Mill. DM angesehen werden. Insgesamt bezeichnete Köllhofer die Liquiditätsrelationen als „wohl geordnet".

Aus dem Jahresüberschuß wurden wieder 20 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, die nun mit knapp 1,4 Mrd. DM zu Buche stehen. Eine Aufstockung des Grundkapitals von 454,5 Mill. DM aus dem bestehenden genehmigten Kapital von 120 Mill. DM schloß Hackl zumindest für die erste Jahreshälfte 1985 aus. Wie er andeutete, will man sich nicht den „Atmungsspielraum", den das neue KWG-Gesetz vorerst noch zugesteht, nehmen. Ob für Juli oder August dann eine Kapitalmaßnahme beabsichtigt ist, dazu wollte Hackl mit dem Hinweis auf die nächste Aufsichtsratssitzung am 9. Mai, dem Tag der Hauptversammlung, keine Stellung nehmen.

Im Konzern der Bayerischen Vereinsbank, zu dessen wichtigsten Gliedern die Bayerische Handelsbank, die Süddeutsche Bodencreditbank, die Vereinsbank in Nürnberg und die Luxemburger Tochter gehören, stieg die Bilanzsumme um 9,4 Prozent auf 124,2 Mrd. DM. Zur Risikovorsorge wurden 416,4 (502,5) Mill. DM aufgewendet. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 185,97 (175,4) Mill. DM.

Bayerische Vereinsbank	1984	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	72 490	+ 11,0
Eigenkapital	1851	+ 1,9
Kundeneinlagen im Bankgeschäft	24 713	+ 8,7
Schuldverschreibungen	28 453	+ 8,5
Kundenforderungen im Bankgeschäft	23 080	+ 10,8
Darlehen im Hypothekengeschäft	30 517	+ 10,4
Teilbetriebsergebnis aus lfd. Geschäft [1]	532	– 4,3
a.o. Ergebnis [2]	-227	– 6,2
Gewinn vor Steuern	308	– 2,8
Jahresüberschuß	121	+ 0,4
Bilanzgewinn	101	+ 0,5
Dividende [3]	11	(11)

[1] Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- und Sachaufwand sowie Afa auf Sachanlagen; [2] Abschreibungen u. Wertberichtungen auf Kredit- u. Wertpapierengagements abzügl. sonstige a.o. Erträge; [3] in DM je 50-DM-Aktie.

Aktien unter Druck

Inlandskundschaft stellt Kursgewinne sicher

DW. – Die Montagbörse stand im Zeichen von Gewinnmitnahmen, die vornehmlich von der inländischen Kundschaft vorgenommen wurden. Da dem zum Verkauf gestellten Volumen keine ausreichenden Kaufaufträge aus dem Ausland gegenüberstand, kam es auf breiter Front zu teilweise deutlichen Abschlägen. Wenn sich in der zweiten Börsenstunde die Abwärtsbewegung verlangsamte, so werden als Grund dafür vorsichtige Kaufaufträge aus der Schweiz genannt. Sie lösten ihrerseits beim Berufshandel einige Deckungskäufe aus.

Die Kursschwäche wird von den meisten Börsianern als „rein markttechnisch bedingt" bezeichnet. Unter Hinweis auf die neuesten Gewinnschätzungen der Kreditinstitute für 1985 und auf die positiven Unternehmensberichte namhafter Gesellschaften, wird die Wiederaufnahme der Hausse-Bewegung als wahrscheinlich hingestellt. Unter stärkeren Druck lagen die erst in der Vorwoche gestiegenen Bankaktien; hier besonders die Bayern-Hypo, die wegen des erhofften Jubiläumsbonus einen großen Aufwärtssprung hinter sich gebracht hatten. Von den Autowerten fielen Porsche-Vorzüge um fast 50 DM zurück; ungeachtet der für 1985 zuversichtlichen Vorstandsprognose. Überdurchschnittliche Abschläge auch bei BMW, Daimler und Mercedes, während sich VW einigermaßen behaupten konnte.

Frankfurt: BHF-Bank gaben um 8,50 DM und MAN-St. um 4,50 DM nach. Gestra stockten um 5,80 DM und Henninger um 3 DM auf. Mannheimer Vers. verbesserten sich um 25 DM. Mercedes verloren 8 DM, Monachia 100 DM und PWA 5 DM. VGT nahmen um 6 DM ab.

Düsseldorf: Audi NSU stockten um 30 DM und Stinnes um 10 DM auf. Hindrichs Auffermann verbesserten sich um 5 DM. Nachgegeben haben Conc. Chemie um 10 DM und Deutsche Atlanten um 5 DM. Vereinigte Rumpus verminderten um 10 DM. Aachen Münchner Bet. gaben um 20 DM und Allianz Vers. um 24 DM nach.

Hamburg: Reichelt tendierten weiter nach oben mit 103,50 DM sowie Beiersdorf mit 522 DM. HEW lagen bei 92 DM und NWK-Vz. bei 171,50 DM. Hapag Lloyd konnten sich bis auf 117 DM erholen. Markt und Kühlhallen gingen zu 206 DM um. Holsten Brauerei lagen bei 246 DM um 1 DM niedriger.

Berlin: Kempinksi zogen um 9,80 DM, Lehmann um 5 DM und DeTeWe um 4,50 DM an. Orenstein, Scheidemandel und Schering lagen um je 1 DM freundlicher. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert. Berliner Elektro verloren 3,40 DM und Herlitz Stämme 3 DM.

München: Etienne Aigner gaben um 7 DM, Agrob St. um 8 DM und Electronic 2000 um 9 DM nach. Neue Baumwolle Hof verloren 11 DM und Otto Stumpf 3 DM. Süd Chemie verbesserten sich um 31 DM. Leonische Draht erhöhten um 1,50 DM auf 366,50 DM.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 176,5 (178,6)
WELT-Umsatzindex: 5720 (5990)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5⅝–5⅞	5⅛–5⅜
3 Monate	9¼–9½	5⅞–6⅛	5⅜–5⅝
6 Monate	9¾–10	6¼–6½	5⅜–5⅝
12 Monate	10½–10¾	6¼–6½	5½–5¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1605,00	2012,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1240,00	1503,35
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	234,25	289,85
1 £ Sovereign Elizabeth II.	232,75	288,14
20 belgische Franken	180,75	234,56
10 Rubel Tscherwonez	245,75	307,82
2 südafrikanische Rand	229,75	283,58
Krüger Rand, neu	1037,25	1222,37
Maple Leaf	1037,25	1222,37
Platin Noble Man	886,00	1049,94

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,75	315,22
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,50	237,69
20 franz. Franken „Napoléon"	181,75	235,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	958,25	1156,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,75	240,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,50	130,53
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,25	142,79

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

25. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,2060	3,2140	3,2141	3,17	3,27
London¹)	3,780	3,794	3,702	3,71	3,88
Dublin¹)	3,118	3,130	3,059	3,05	3,20
Montreal³)	2,333108-	2,3390	2,3230	2,29	2,39
Amsterd.	8,415	88,635	88,29	87,50	89,50
Zürich	117,850	118,050	118,13	116,75	119,50
Brüssel	4,966	4,986	4,918	4,85	5,05
Paris	32,640	32,800	32,305	32,00	33,75
Kopenh.	27,855	27,975	27,55	27,25	29,00
Oslo	34,790	39,910	34,385	34,00	35,75
Stockh.**)	34,795	34,955	34,295	34,00	35,75
Mailand²) **)	1,568	1,578	1,537	1,53	1,63
Wien	14,204	14,244	14,191	14,12	14,35
Madrid**)	1,793	1,803	1,766	1,76	1,88
Lissabon**)	1,779	1,799	1,685	1,43	2,25
Tokio	1,2600	1,2630	–	1,22	1,28
Helsinki	48,140	48,340	47,355	47,50	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,301	2,355	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,238	2,257	–	2,20	2,30
Johannesbg.*)	1,613	1,632	–	1,40	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Nach festem Beginn, man zahlte bis 3,2480, bröckelte der Kurs des US-Dollar am 25. 3. um 3 Pfennig ab. Bei wesentlich geringeren Umsätzen erlebte man den ruhigsten Tag der letzten Wochen. Im Vorfeld der anstehenden Mittelfinanzierungen des amerikanischen Schatzamts zogen die Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozent an. Die amtliche Notiz lautete 3,2247. Die Bundesbank blieb dem Markt fern. Nicht mitvollzogen wurde die Stabilisierung des US-Dollar vom canadischen Dollar. Er gab um weitere 3,5 Promille auf 2,3550 nach. Ansonsten war eine uneinheitliche Kursentwicklung vorhanden. US-Dollar in: Amsterdam 3,6280; Brüssel 64,5825; Paris 9,8595; Mailand 2050,00; Wien 2265,40; Zürich 2,7340; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/DM 3,787; Pfund/Dollar 1,1744.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 25. März: In D-Mark 2,23412 (Parität 2,24184); in Dollar 0,690184 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 25. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Höhere Dollar-Deports waren am 25. März im Markt vorhanden. Aufgrund anziehender Dollar-Zinssätze und einer tendenziell weichen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,78/2,68	5,90/5,70
Pfund/Dollar	0,575/0,505	1,18/1,10	1,42/1,37
Pfund/DM	3,4/2,0	7,7/6,3	12,2/10,8
FF/DM	23/7	50/34	92,76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25. 3.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 6,00–6,15 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,58) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,50, Rendite 7,37.

BRAUNE HANNE / Aktionäre erhalten einen Bonus

Volumen kräftig gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Als „in jeder Hinsicht außerordentlich erfolgreich" bezeichnet der Vorstand der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG das Geschäftsjahr 1984. Das mehrheitlich zur Berliner Bank gehörende Institut hat die Bilanzsumme auf 9,36 (8,52) Mrd. DM ausweiten können. Gleichzeitig stieg der Rohertrag erneut auf 78,9 (70,5) Mill. DM. Das Betriebsergebnis wird mit 55,5 (48,1) Mill. DM ausgewiesen. Nach kräftiger Stärkung der inneren Reserven ergibt sich ein Jahresüberschuß von 16,7 (15,9) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 20. Mai schlägt die Verwaltung neben der unveränderten Dividende von 20 Prozent die Zahlung eines Bonus von 2 Prozent vor. Um das Eigenkapital dem steigenden Geschäftsumfang anzupassen, werden den offenen Rücklagen wiederum 10 Mill. DM zugewiesen.

Das gegenüber dem Vorjahr auf 1,87 (1,5) Mrd. DM gestiegene Neugeschäft bedeutet einen neuen Rekord. An dem Zuwachs maßgeblich beteiligt waren die auf 1,1 (0,8) Mrd. DM erhöhten Kommunalkredite; Hypothekendarlehen erreichten 773 (719) Mill. DM. Wenngleich die Finanzierung von Wohnbauten auch im Berichtsjahr noch überwog, hat nach Angaben des Vorstands der Anteil der gewerblichen Finanzierungen erheblich zugenommen. Das zur Prolongation anstehende Darlehensvolumen erhöhte sich auf 1,05 (0,76) Mrd. DM.

Die Darlehensauszahlungen nahmen 1984 auf 1,82 (1,46) Mrd. DM zu. Davon entfielen auf Hypothekendarlehen 723 (665) Mill. DM und auf Kommunaldarlehen 1,1 (0,8) Mrd. DM. Damit erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen auf 8,38 (7,41) Mrd. DM. Zur Refinanzierung limitierte die Bank Schuldverschreibungen in Höhe von 2,96 (3,09) Mrd. DM. Mit 4,9 Mill. DM blieben die Wertberichtigungen für rückständige Zinsen praktisch auf Vorjahreshöhe. Die Zahl der Zwangsversteigerungen (264 nach 290 Verfahren) ging erstmals seit der Hochzinsphase zurück.

Trotz steigender Zinssätze hat die Bank in den ersten beiden Monaten 1985 das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr mit 563 (275) Mill. DM verdoppeln können. Ob diese günstige Entwicklung anhalte, lasse sich derzeit aber nicht voraussagen.

KLÖCKNER & CO. / „Tausendfüßler-Effekt" bringt deutlichen Aufschwung

Der Aufwärtstrend ist ungebrochen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Nicht schlecht" nennt das Duisburger Handels- und Holdinghaus Klöckner & Co. KGaA im Rückblick auf 1984 das Geschäft der ersten Monate des laufenden Jahres. Dieses Urteil der notorisch vorsichtig formulierenden (und bilanzierenden) Leitung eines der größten deutschen Familienimperien darf man getrost so interpretieren, daß sich im Klöckner-Reich der 1984er Aufschwung von Umsatz und Gewinn derzeit fortsetzt.

Das Handelshaus hat 1984 seinen Inlandskonzern-Umsatz um 14,4 (2,5) Prozent auf 10,8 Mrd. DM gesteigert, dazu noch ein Umsatzplus von knapp 18 (14) Prozent auf 2,2 Mrd. DM bei den Auslandstöchtern. Die von einer rund 300 Mill. DM schweren Erbersatzsteuer-Drohung im Herbst 1983 erzwungene Umwidmung des Familienvermögens in die Gemeinnützigkeit wird bei Klöckner & Co. für 1984 im Inlandskonzern einen Gewinn (nach Steuern) von mehr als 40 Mill. DM zum Vorschein bringen –; gut ein Viertel mehr als den bislang vor den persönlichen Steuern der Gesellschafter ausgewiesenen Gewinn:

Etwa acht bis zehn Mill. DM davon, so deutet der in dritter Generation an der Spitze des Familienclans amtierende Klöckner-Chef Jörg A. Henle an, werden auf dem Altar der Gemeinnützigkeit geopfert, vorerst mit Schwergewicht in der Krankenhaus-Finanzierung. Die Andeutung impliziert die Absicht, auf 270 Mill. DM Aktienkapital (zu 98 Prozent bei der gemeinnützigen Peter-Klöckner-Stiftung) eine Dividende von drei Prozent auszuschütten. Originelles mit den der Stiftung zufliesenden Geldern hat man gleichfalls vor. Verbindliches wird das Kuratorium im Juli beschließen.

Stärkste Stütze in Umsatz wie Ertrag des Handelshauses blieb auch 1984 das Stahlgeschäft. Mit einem Weltabsatz von knapp 8,3 (8) Mill. t Walzstahl und Röhren, darin 3,3 (2,9) aus Export und nochmals 2,6 Mill. t bei Auslandstöchtern, dürfte Klöckner & Co. noch vor Thyssens Handelsunion Europas größter Stahlhändler sein. Eine ähnliche Spitzenposition hat Klöckner mit seiner 1984 um 4,5 Prozent auf 3,5 Mill. t gesteigerten Schrotthandelsmenge. Das „stahlverbundene" Geschäft, mit wiederum 48 Prozent des Inlandskonzernumsatzes bei Walzstahl/Röhren und 14 (13) Prozent bei Rohstoffen/Alteisen angesiedelt, brachte nun durchweg gute Erträge.

Seine insgesamt deutliche Ertragsbesserung freilich verdankte das auf vielen Feldern ackernde Handelshaus auch einem wohldosierten „Tausendfüßler-Effekt". Im groben Durchschnitt rückten oder blieben auch die Bereiche Mineralöl/Chemie (26 nach 25 Prozent Umsatzanteil), Baubedarf/Verkehr (konstant sechs Prozent) und Anlagenbau (vier nach fünf Prozent) beim Positiven. Dank solcher Generaltendenz wurde 1984 auch Negatives glatt verdaut. Letzteres trat beispielsweise beim Umschmelz-Aluminium ein, wo das Handelshaus als größter deutscher Produzent zwischen fallendem Primär-Aluminiumpreis und „dollarbedingtem" Anstieg der Schrott-Einkaufspreise arg in die Klemme geriet.

Für ein immer mehr auf Wachstum aus internationalem Geschäft ausgerichtetes Klöckner-Geschäft sind solche partiellen Rückschläge wohl leichter Ballast. Positives Gegenteil: Was der gestrandete Stahlunternehmer Korf in Saudi-Arabien aufbaute, brachte nun Klöckner die Chance zur Walzdraht-Lieferung nach China.

CONTI-GUMMI / Schottisches Werk im Aufwind

Konsequente Marken-Politik

dos, Edinburgh

Bei dem hannoverschen Reifenkonzern Continental Gummi-Werke AG geht die Spezialisierung der einzelnen Werke weiter. Die damit verbundene Konzentration auf nur noch eine Produktgruppe wirkt sich positiv aus. Ein Beispiel dafür ist nach den Worten von Helmut Werner, Vorstandsvorsitzender der Conti-Gummi, das schottische Uniroyal-Werk Newbridge bei Edinburgh, das vor dem Zusammengehen von Continental und Uniroyal-Englebert im Jahre 1979 „dicke rote Zahlen" schrieb, inzwischen aber zu den kostengünstigsten Werken des Konzerns gehört.

Früher, so Werner, produzierte fast jedes Reifenwerk alles, was „schwarz und rund" war. Daraus resultierten insgesamt 19 Produktionseinheiten in sieben Fabriken; künftig werde es nur noch elf solcher Einheiten geben. In Newbridge zum Beispiel würden ausschließlich Pkw-Reifen hergestellt. Immerhin habe das Werk den Marktanteil in Großbritannien seit Ende der siebziger Jahre vervierfacht. Derzeit halte Uniroyal in der Erstausrüstung einen Anteil von 17 Prozent und im Ersatzgeschäft von acht Prozent. Das entspreche einem Umsatz von rund 100 Mill. DM bei Ersatzreifen und von 59 Mill. DM in der Erstausrüstung. Hinzu kommen Exporte im Werte von 76 Mill. DM.

Ebenso wie in anderen Märkten hält der Konzern auch in Großbritannien konsequent an der Zwei-Marken-Politik fest. Die Marketing- und Vertriebsorganisationen von Continental- und Uniroyal-Erzeugnissen sind strikt getrennt. Die britischen Importe beziffert Werner auf 104 Mill. DM. Derzeit werden in Newbridge täglich 13 000 Reifen hergestellt. Diese Zahl soll schon bald auf mindestens 20 000 Pneus steigen. Allerdings sei noch nicht entschieden, auf welche Weise der Ausstoß erhöht wird. Im Gespräch sei auch die Einführung der Sechstage-Woche. Gegenwärtig sind in dem Werk 760 Mitarbeiter beschäftigt. Die Verwaltung ist in London angesiedelt.

Mit der Ertragslage des Konzerns im Geschäftsjahr 1984 zeigt sich Werner nur bedingt zufrieden. Nahezu alle Konkurrenten hätten mit Verlust abgeschlossen, während Conti-Gummi immerhin das Ergebnis stabilisiert habe. Mit Ausnahme des belgischen Lkw-Reifenwerks in Herstal schrieben alle Werke der Gruppe schwarze Zahlen. Der Lkw-Reifen-Bereich insgesamt sei ebenfalls positiv.

PHARMAINDUSTRIE / Studie zum Wettbewerb

Gegen staatliche Eingriffe

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Arzneimittelmarkt herrscht ein funktionsfähiger Wettbewerb. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Günter Heiduk und Volker Emmerich, die im Auftrag des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Frankfurt, erstellt wurde. Zwar schaffen Neueinführungen dem Innovator einen Vorsprung, angesichts der bestehenden Transparenz an den Märkten und des internationalen Wissens- und Informationsvorsprungs folgten aber regelmäßig schnell gleiche Neueinführungen von Konkurrenten.

Daneben bestehe klassischer Wettbewerb zwischen den Innovatoren und nach Ablauf der Patentzeit auch durch Nachahmer; ein Wettbewerb, der hauptsächlich über den Preis stattfindet. Die Studie spricht von Marktanteilsverlusten der Erfinderfirma von 50 bis 60 Prozent; zusätzlich veranlaßten erfolgreiche Imitatoren weitere Nachahmer zum Markteintritt, mit entsprechendem Druck auf die Preise für Arzneimittel.

Dieser schutzwürdige Wettbewerb, so argumentiert die Studie, dürfe nicht durch dirigistische Praktiken der nationalen Krankenkassen außer Kraft gesetzt werden. Das sehe auch die EG-Kommission so, meint der Bundesverband, unter Hinweis auf mehrere – erfolglose – Anläufe, die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu einem Verhalten zu veranlassen, das mit den Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrags in Einklang steht.

Der BPI befürchtet im Vorfeld der nächsten Sitzung der Konzertierten Aktion am 27. März offenbar, daß auch die Bundesregierung durch „Einführung wettbewerbsverzerrender Verschreibungslisten" sich in die „Reihe der vertragsverletzenden Staaten" einreiht.

DEUTSCHE HYPO-BANK / Belebung vom Jahresanfang wird nicht anhalten

Wiederum guten Ertrag eingefahren

INGE ADHAM, Frankfurt

Das „außergewöhnlich gute Ergebnis" des Jahres 1983 konnte die Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen, die zum Dresdner Bank-Konzern gehört, zwar nicht wieder erreichen. Aber mit dem zweithöchsten bisher je erreichten Darlehensneugeschäft (vgl. Tabelle) wurde im vergangenen Jahr wiederum ein „guter Ertrag" eingefahren. Aus 32,9 (i. V. 37,2) Mill. DM Jahresüberschuß werden an die Aktionäre wieder 10 DM Dividende plus 2,50 DM Bonus je 50-DM-Aktie an die Aktionäre (84 Prozent Dresdner Bank) gezahlt. In die Rücklagen fließen 22 (26) Mill. DM, so daß die Bank einen mit 2,7 (2,8) Mrd. DM für dieses Jahr ausreichenden Emissionsspielraum hat.

Das neue Jahr hat sich für die Deutsche Hypo „stürmisch" angelassen. Bis zum 20. März sagte die Bank 415 (i. V. 132) Mill. DM Hypotheken neu zu und 221 (598) Mill. DM Kommunaldarlehen. Dazu kommen 146 Mill. DM Prolongationen, womit wieder rund 80 Prozent der zur Zinsneufestsetzung anstehenden Hypotheken im Hause gehalten wurden.

Dieser durch die Zinsentwicklung zu Jahresanfang ausgelöste Schwung dürfte freilich nicht anhalten. Zwar ist der Wunsch nach dem eigenen Haus nach wie vor da, aber die Situation am Arbeitsmarkt lasse bei Bau- und Kaufwilligen häufig eine Realisierung des Wunsches einfach nicht zu. Nur eine langfristige, überzeugende Förderung mit einer stark familienfördernden Komponente kann nach Einschätzung der Bank zu einer Belebung am Bau- und Immobilienmarkt führen, betonte Vorstandssprecher Paul-Ernst Penndorf, der im übrigen auf die Bereitschaft der Bank verweist, bei Problemen mit der Hypothek Hilfestellung zu geben, „wenn man es nur rechtzeitig erfährt".

Die am Jahresende anhängigen 292 (132) Zwangsversteigerungen haben dem Institut ebenso wie die auf 8,2 Mill. DM aufgelaufenen Zinsrückstände aus Hypotheken keinerlei Probleme bereitet; für die „Vielzahl kleiner Fälle" bestehen ausreichend Reserven. Bauherrenmodelle, die generell zur Zeit angesichts der Schwierigkeiten einiger Anbieter ins Gerede gekommen sind, stehen bei der Deutschen Hypo mit weniger als 5 Prozent der Finanzierung zu Buch.

Deutsche Hypo	1984	±%
Hypothekenzusagen (Mill. DM)	1043	– 21,6
Kommunalkreditzusagen	1638	+ 1,6
Auszahlungen	2851	– 12,1
Tilgungsrückfluß	1537	+ 36,5
Langfr. Ausleihungen	16 077	+ 7,9
Bilanzsumme	17 238	+ 8,6
Zinsüberschuß incl. Einmalertrag	141	– 6,0

BOSCH / Kapazitäten in Frankreich werden ausgebaut

Investitionen verdoppelt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Bosch-Gruppe, die in Frankreich mit über 4500 Beschäftigten einer der größten deutschen Arbeitgeber ist, will ihre dortigen Fertigungs- und Vertriebskapazitäten zügig ausbauen. In 1985 werden dafür über 125 Mill. Franc investiert, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verdoppelung. An den insgesamt fünf französischen Standorten produziert Bosch Erzeugnisse der Kfz-Ausrüstung, Pneumatik- und Hydraulik-Komponenten sowie Autoradios. Der Exportumsatz der französischen Bosch-Firmen wird mit 900 Mill. Franc angegeben. Im vergangenen Jahr hat die Bosch-Gruppe in Frankreich gut 140 Mitarbeiter neu eingestellt.

So wird die zur Bosch-Gruppe gehörende Sigma Diesel S. A., Venissieux, die mit 850 Beschäftigten bislang ausschließlich Produkte der Diesel-Einspritzausrüstung herstellte, in diesem Jahr aufgrund des steigenden Bedarfs auch Komponenten für die Benzineinspritzung in das Programm aufnehmen. Zudem wird diese Gesellschaft in die Führungsgesellschaft der Gruppe, die Robert Bosch (France) S. A., eingegliedert. Bei der Blaupunkt France S. A., Mondeville, die 760 Mitarbeiter beschäftigt, werden künftig neben Autoradios und Funktelefonen auch Produkte der Kfz-Ausrüstung hergestellt. Damit sollen zunächst etwa 100 neue Arbeitsplätze entstehen.

Das Werk in Rodez mit 1300 Beschäftigten, das Einspritzdüsen und Glühstifte für Dieselmotoren herstellt, wird möglicherweise sein Programm auch auf Komponenten für die Benzineinspritzung ausdehnen. Bei der gleichfalls zur Gruppe gehörenden, Ende 1984 von Bosch erworbenen CPOAC (650 Mitarbeiter) sollen insgesamt 70 Mill. DM investiert werden.

Warenpreise – Termine

Bruchteilig Abschläge verzeichneten am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Sehr kleine Gewinne dagegen Silber. Etwas schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Mit Einbußen im verfügbaren Monat und geringfügigen Gewinnen in den folgenden Sichten schloß Kaffee. In allen Positionen höher wurde Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 3.	21. 3.
Mai	358,00	348,75
Juli	335,50	333,50
Sept	334,50	331,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	22. 3.	21. 3.
St. Lawrence 1 CW	257,94	239,09
Amber Durum	238,04	238,79

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	131,30	131,30
Mai	133,80	133,80
Juli	137,60	137,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	137,60	137,60
Mai	135,50	135,80
Juli	133,30	133,70

Hafer Chicago (c/bush)	22. 3.	21. 3.
Mai	171,50	348,75
Juli	168,00	168,00
Sept.	164,50	163,50

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	280,25	278,25
Juli	280,75	279,25
Sept	271,00	271,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 3.	21. 3.
März	137,00	136,30
Mai	135,90	136,80
Juli	132,50	132,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Terminkontr. Mai	145,82	–
Juli	145,20	146,00
Sept.	144,25	145,80

Kakao New York ($/t)	22. 3.	21. 3.
Terminkontr. Mai	2395	2375
Juli	2230	2215
Sept.	2210	2190
Umsatz	5529	2300

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,95	4,00
Mai	4,14	4,19
Juli	4,31	4,36
Sept.	4,45	4,51
Okt	4,93	5,00
Umsatz	5880	3800

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 3.	21. 3.
	3,85	3,79

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	22. 3.	21. 3.
März	2242–2245	2225–2226
Mai	2286–2287	2260–2260
Juli	2326–2330	2298–2302
Umsatz	3261	4219

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2040–2050	2048–2049
Mai	2055–2057	2058–2060
Juli	2020–2021	2011–2011
Umsatz	4284	5418

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	113,80–114,00	113,60–113,20
Aug.	118,60–119,00	118,60–118,20
Okt.	123,40–	123,60–123,80
Umsatz	815	2272

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 3.	21. 3.
schw. Sarawak spez.	710,00	590,00
weißer Sarawak	760,00	750,00
weißer Muntok	770,00	760,00

Orangensaft New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Mai	163,50	164,00
Juli	164,15	164,80
Sept.	164,05	164,75
Nov.	163,00	163,30
Jan.	163,00	162,85
Umsatz	200	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Südstaaten fob Werk	39,50	38,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,75	31,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	29,30	28,75
Juli	28,05	27,65
Aug	27,10	26,90
Sept.	26,60	26,25
Okt.	25,60	25,50
Dez	24,90	24,80
Jan.	24,70	24,65

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	25,00	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
April	45,82	45,45
Juni	50,45	50,50
Juli	51,70	51,75

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	74,00	73,75
Mai	74,00	73,70
Juli	73,80	73,50

Häute Chicago (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	–	–
Kühe einh. schwere River Northern	–	39,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	605,50	603,75
Juli	614,25	613,00
Aug.	614,50	615,75
Sept.	607,00	612,00
Nov.	610,00	–
Jan.	621,50	–
März	633,00	–

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	138,50	138,80
Juli	144,50	145,00
Aug.	147,20	147,30
Sept.	149,20	152,50
Okt.	151,30	–
Dez.	156,50	–
Jan.	158,50	–

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	22. 3.	21. 3.
März	354,00	354,00
Mai	359,10	358,70
Juli	366,40	368,00

Kokosöl New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25. 3.	22. 3.
jegl. Herk. cif	950,00	940,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	725,00	650,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	246,50	244,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	860,00	895,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	291,50	290,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	22. 3.	21. 3.
März	67,90	67,50
Mai	66,30	66,03
Juli	65,35	65,25
Okt.	65,25	65,30
Dez.	66,50	66,50
März	66,93	66,93

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1.	40,75	40,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	22. 3.	21. 3.
März	490	490
Mai	502–505	501–505
Aug	525–526	525–528
Umsatz	104	49

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	22. 3.	21. 3.
März	54,50	54,50
Mai	54,50	54,50
Juli	54,50	54,50
Aug	54,50	54,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	22. 3.	21. 3.
Mai	585,0–600,0	589,0–600,0
Juli	618,0–630,0	623
Okt	620,0–623,0	624,0–627,0
Umsatz	39	91

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	22. 3.	21. 3.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	22. 3.	21. 3.
März	12 809	geschl.
April	12 765	geschl.

Kautschuk London (p/kg)	22. 3.	21. 3.
Nr. 1 RSS loco	66,00–70,00	66,00–70,00
April	70,00–73,50	70,00–73,50
Mai	71,00–74,50	71,00–74,50
Juni	72,00–75,50	72,00–75,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	22. 3.	21. 3.
April	194,50–195,50	192,00–193,00
Mai	196,25–197,50	194,75–195,75
Nr. 2 RSS April	191,00–192,00	189,00–190,00
Nr. 3 RSS April	187,50–188,50	185,50–186,50
Nr. 4 RSS April	181,00–182,00	179,00–180,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	22. 3.	21. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	25. 3.	22. 3.
Aluminium: Bas London		
laufend. Monat	351,32–351,70	352,19–352,38
drittfolg. Monat	363,28–363,47	363,36–363,55
Blei: Basis London		
laufend. Monat	114,58–114,77	113,93–114,12
drittfolg. Monat	117,61–117,80	117,34–117,52
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1695,93–1697,82	1695,68–1697,57
drittfolg. Monat	1716,79–1718,68	1707,04–1710,82
Zink: Basis London		
laufend. Monat	291,76–291,95	289,17–289,93
drittfolg. Monat	284,17–284,55	281,23–281,60
Produz.-Preis	298,66	297,30
Reinzinn 99,9%	4036–4075	4135–4176

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25. 3.	22. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	457,56–460,78	456,85–460,07
Blei in Kabeln	122,25–123,25	121,75–122,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	456,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	25. 3.	22. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	427–437	427–437
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	471–474	470–474
MS 63	471–479	471–479

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	22. 3.	21. 3.
(Ring.-/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	25. 3.	22. 3.
Leg. 225	430–428	430–428
Leg. 226	422–430	422–430
Leg. 231	455–460	455–460
Leg. 233	465–470	465–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	25. 3.	22. 3.
Platin (DM je g)	30,558	30,908
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 280	33 440
Rücknahmepr.	32 530	32 690
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 480	33 830
Rücknahmepr.	32 650	32 980
verarbeitet	35 120	35 490
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 775	33 040
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	670,90	676,90
Rücknahmepr.	651,20	657,00
verarbeitet	700,30	706,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	25. 3.	22. 3.
London		
10.30	315,90	320,75
15.00	314,60	315,50
Zürich mittags	316,75–317,25	320,00–321,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 650	100 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	536,35	542,00
3 Monate	553,55	558,80
6 Monate	569,00	574,00
12 Monate	600,00	604,90

Platin (£-Feinunze) London	22. 3.	21. 3.
fr. Markt	230,60	229,40
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	95,90	95,55

New Yorker Preise	22. 3.	21. 3.
Gold H & H Ankauf	315,50	320,50
Silber H & H Ankauf	631,50	630,00
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,50	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	112,50–113,50	112,50–113,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
März	632,00	632,00
April	633,30	632,30
Mai	636,00	635,00
Juli	645,00	645,00
Sept.	658,00	656,00
Dez.	675,00	674,90
Jan.	681,60	680,80
Umsatz	27 000	36 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 3.	21. 3.
März	61,15	61,30
April	61,05	61,30
Mai	61,40	61,70
Juli	61,90	62,30
Sept.	62,35	62,80
Dez.	62,90	63,30
Jan.	63,15	63,45
Umsatz	1 900	7 000

Londoner Metallbörse

	25. 3.	22. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	926,00–927,00	931,00–932,00
3 Monate	957,50–958,00	962,00–963,00
Blei (£/t) Kasse	302,00–302,50	302,00–303,00
3 Monate	310,00–310,50	311,00–311,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1185,5–1186,0	1186,0–1187,0
3 Monate	1205,5–1206,0	1193,0–1194,0
abends Kasse	–	1193,5–1194,5
3 Monate	–	1214,0–1214,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1190,0–1193,0	1200,0–1205,0
3 Monate	1205,0–1205,5	1212,0–1215,0
Zink (£/t) Kasse	769,00–769,50	765,00–768,00
3 Monate	749,00–750,00	746,00–747,00
Zinn (£/t) Kasse	9630–9635	9655–9665
3 Monate	9635–9640	9650–9665
Quecksilber ($/Fl.)	–	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75

Herausgeber
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern, Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske, Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

مكتبة الأصل

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Rentenmarkt verunsichert

Das Anlagebedürfnis der Ausländer bei den öffentlichen Anleihen ließ spürbar nach. Dennoch stellt die Plazierung der neuen Bundesanleihe kein Problem dar. Die unter Banken genannten Abschläge von minus einhalb bis minus einviertel gelten als normal. Die Verunsicherung des Marktes, die sich in Kursschwankungen um einen viertel Punkt nach beiden Seiten ausdrückte, ging vornehmlich auf den schwachen US-Bondmarkt vom vergangenen Wochenende zurück; aber auch auf die Dollarkursentwicklung, die nicht mehr eindeutig abwärts gerichtet war.

M	7 dgl. Pf 28	98,75G	98,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5	102,5bG
B	7 dgl. Pf 31	100G	100G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 51	-	-
Hn	5 BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	91,25G	89,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	97,25G	95,75G
Hn	6 dgl. KS 29	84G	82,5G
Hn	7 dgl. KS 30	99,85G	99,5G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	83,5G	83,5G
D	6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G

D	5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G
D	6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D	6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 3+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 Rhhyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	73G	73G
S	7 dgl. Pf 125	99G	99G
S	7 dgl. Pf 128	92G	92G
S	8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S	6 dgl. KS 77	82G	82G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

Industrieanleihen

F	6 Badenwrk. 78	97,8	97,6
F	8 Chem. Hüls 71	100,2G	100,2bG
F	7½ Conti Gummi 71	100,35G	100,35G
F	5½ HEW 62	99,65G	99,65G
F	7½ dgl. 71	100G	100G
F	4½ Harpen 59	2350G	2370G
F	7½ Hoesch 71	100,1G	100,1G
F	7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F	7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
F	7½ dgl. 71	100,4G	100,4G
F	7½ dgl. 76	100,25G	100,25G
F	7½ Klöckner W. 71	100,15T	100,15T
F	8 dgl. 72	–,–bg.	100G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Kontinuität und Fortschritt

cd. – Deutscher Bankentag. Wozu? Öffentliche Nabelschau des privaten Bankgewerbes? Blick zurück im Zorn auf die sechs Jahre seit dem letzten Bankentag, auf Jahre, in denen die internationale Schuldenkrise und die Rezession viele Banken viel Geld kostete, ein Rückblick, in den sich heute, da die Gewinne munter sprudeln, das Gefühl der Erleichterung mischt? Sicherlich wird einiges davon zu spüren sein auf dem XIV. Deutschen Bankentag, dem sechsten nach dem Krieg in einer mehr als 80jährigen Tradition.

Das Ereignis, zu dem es heute die Spitzen der *rund 250 privaten* Banken und Prominenz aus den anderen Gruppen des Kreditgewerbes sowie der übrigen Wirtschaft und der Politik nach Bonn zieht, steht unter dem Motto „Private Banken: Kontinuität und Fortschritt". Die Veranstalter wollen es aufgefaßt wissen als Bekenntnis zur Rückbesinnung auf traditionelle Werte, die *im Bewußtsein seit der Bonner* Wende eine gewisse Aufwertung erfahren.

Der Begriff des Privaten steht dabei für unternehmerisches selbstverantwortliches Handeln als Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. „Kontinuität", beschreibt das Bekenntnis zu bewährten traditionellen Grundsätze des Gewerbes, die, wie es im letzten Jahrzehnt schien, manchmal in Vergessenheit gerieten. „Fortschritt" demonstriert den Willen der Banken, sich dem Wandel zu stellen, der sich für das Bankgewerbe nicht zuletzt durch das Vordringen neuer Technologien und Finanzinstrumente abzeichnet. Aktive Gestaltung, die das Verhältnis zwischen Bank und Kunden nicht automatisiert, sondern intensiviert, ist gefragt. Billige Schlagworte? Nein. Es geht darum, Herausforderungen im Wettbewerb zu bestehen – untereinander, mit den übrigen Gruppen des Gewerbes, der ausländischen Konkurrenz und den Neulingen, die zum Eindringen in den Markt rüsten.

Alle hoffen auf eine weiche Landung der Vereinigten Staaten

Das wirtschaftliche Umfeld, in dem heute der Bankentag stattfindet, ähnelt auf den ersten Blick in mancher Hinsicht dem des letzten Bankentages 1979. Mit der Konjunktur geht es bergauf, wenn auch in moderaterem Tempo als damals. Das Zinsniveau hat, mit leicht steigendem Trend, die gleiche Höhe. Aber damit enden die Gemeinsamkeiten schon.

Im Gegensatz zu 1979 erfreut sich die Bundesrepublik Deutschland heute einer Fast-Preisstabilität. Die öffentlichen Finanzen werden solider gefahren; die Haushaltsdefizite, die damals zu explodieren begannen, sinken. Die außenwirtschaftliche Bilanz, die 1979 erstmals ins Minus rutschte, weist steigende Überschüsse auf.

Das sich so positiv von damals abhebende Bild ist freilich auch von Schatten geprägt. Die Arbeitslosigkeit ist fast dreimal so hoch, und die D-Mark hat sich gegenüber dem Dollar um nahezu die Hälfte abgewertet. Dennoch ist die Situation im Großen und Ganzen einigermaßen komfortabel und damit auch das Umfeld, in dem die Banken ihren Geschäften nachgehen.

In einem Bereich von großer Bedeutung für die Weltwirtschaft, für unsere Wirtschaft und ganz speziell für die Banken herrschen jedoch unklare Verhältnisse. Wie werden die USA mit ihren Problemen fertig, die unter den Begriffen „Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz" und „überhöhter Dollarkurs" zu einem Problemknäuel geworden sind?

Davon hängt es nicht nur ab, wohin in der Bundesrepublik Deutschland die Zinsen marschieren. Denn trotz deren zeitweilig weitgehender Abkoppelung vom Zinstrend in den USA besteht immer noch ein erhebliches Maß Abhängigkeit von der amerikanischen Zinsentwicklung, wie das ständige Auf und Ab gerade während der letzten Woche wieder gezeigt hat. Je schwieriger es ist, diese von außen kommenden Einflüsse abzuschätzen, um so mehr wird es den Banken erschwert, folgerichtig zu disponieren, was schließlich die Voraussetzung für erfolgreiches Abschneiden ist.

An der amerikanischen Zinsfront wird zugleich über den Dollarkurs mitentschieden, – seine heftigen Schwankungen sind ebenfalls ein Dispositionserschwernis für die Banken – dessen Höhe die Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland mitbeeinflußt.

Diese für die Bundesrepublik Deutschland, ihre Bürger, ihre Wirtschaft und ihre Banken sicherlich interessanten Fragen sind jedoch relativ unwichtig im Vergleich zu den weltwirtschaftlichen – und letztlich auch auf die Bundesrepublik Deutschland zurückstrahlenden – Konsequenzen, die sich aus der Art und Weise ergeben, wie die Amerikaner ihre Probleme lösen. Alles spitzt sich nunmehr auf die Frage zu, ob den Vereinigten Staaten von Amerika eine „weiche Landung" gelingt, die weltwirtschaftliche Turbulenzen und eine neue Weltrezession verhindert.

Man hat sich international daran gewöhnt, das hohe *amerikanische* Haushaltsdefizit als das Hauptübel anzuprangern und eine drastische Reduzierung zu fordern. Denn die Defizite wirken wie Geldspritzen, welche die Wirtschaft anheizen und letztlich die USA dazu verführen, über ihre Verhältnisse zu leben, indem sie viel mehr Geld für Waren und Dienste im Ausland ausgeben, als sie dort mit Exporten verdienen.

Das ist die Ursache für das hohe, im letzten Jahr von 42 auf 102 Milliarden US-Dollar gestiegene Leistungsbilanzdefizit, das die USA freilich mit Leichtigkeit finanzieren können, solange die politische und wirtschaftliche Attraktivität und die hohen Zinsen, die Ausdruck von Kapitalknappheit sind, genügend Auslandskapital anlocken. Dieses Gleichgewicht ruht allerdings auf einem instabilen Untergrund, auf dem Vertrauen der internationalen Kapitalanleger, das niemand auf Dauer garantieren kann.



Die Skyline von Frankfurt – das Bankenviertel am Main FOTO: DARCHINGER

Geriete es, aus welchen Gründen auch immer, ins Wanken, droht ein Hochschießen der Zinsen, das der Konjunktur den Garaus machen könnte mit der Folge, daß der wirtschaftliche Erholungsprozeß der lateinamerikanischen Großschuldner, die ganz besonders vom Export in die USA abhängig sind, abrupt abgebrochen wird.

Das hieße nichts anderes, als daß die unter dem Deckel gehaltene internationale Schuldenkrise neuerlich mit explosiver Macht ausbräche und daß das internationale Finanzsystem vor eine Zerreißprobe gestellt würde.

Ein Abbau des amerikanischen Haushaltsdefizits wäre sicherlich ein Schritt, der verhindern helfen kann, daß die USA und die Weltwirtschaft in einen solchen Teufelskreis geraten.

Dabei ist freilich zu bedenken, daß eine zu drastische Reduzierung des 200-Milliarden-Dollar-Defizits auch einen lähmenden Effekt auf die amerikanische Wirtschaft haben kann. Gewiß, dann bestünden auch Hoffnungen auf eine Zinssenkung, die vor allem den hochverschuldeten Schwellenländern die schwere Schuldenbürde erleichterte.

Aber was nützt ihnen das, wenn gleichzeitig eine US-Konjunkturflaute oder gar eine Rezession die jetzt so guten Chancen zum Export in die Vereinigten Staaten von Amerika abwürgt? Mittlerweile gibt es keine Zweifel, daß die Schuldnerländer von einer blühenden amerikanischen Konjunktur mehr profitieren als von niedrigeren Dollarzinsen.

Die Frage stellt sich doch, inwieweit andere Länder den amerikanischen Nachfrageausfall ersetzen können. In diesem Kontext sind auch Präsident Ronald Reagans Forderungen einer Stimulierung des Aufschwungs in anderen starken Industrieländern zu verstehen, mit denen er die Angriffe auf das Washingtoner Budgetdefizit kontert. Verständlich ist es, wenn US-Präsident Ronald Reagan gerade an seine Kritiker appelliert, sie mögen ihm bei dem Versuch helfen, die „weiche Landung" zu praktizieren.

Aber Ronald Reagan wird wohl, wenn das Thema demnächst auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel im Mittelpunkt steht, kaum auf massive Unterstützung hoffen können, die schon bald wirksam wird. Denn die Ankurbelungsmöglichkeiten sind beschränkt, wenn die Partner die finanzpolitischen Sünden, unter denen die USA jetzt leiden, vermeiden wollen.

Das Fazit daraus ist nicht sonderlich ermutigend. Mehr als kleine Schritte bei der Lösung der amerikanischen Probleme sind wohl vorerst kaum zu erwarten. Man kann nur hoffen, daß deswegen keine nervöse Ungeduld aufkommt, die heikle Situationen entstehen lassen könnte, und daß das fast grenzenlos erscheinende Vertrauen in die Vereinigten Staaten und den US-Dollar nicht nachhaltig erschüttert wird.

Das wäre schlimmer als die von den USA hochgehaltenen Zinsen, die natürlich nicht sonderlich gut in die konjunkturelle Landschaft bei uns und in anderen Ländern passen. Mit denen kann die deutsche Wirtschaft leben, vor allem die Branchen, die gleichzeitig vom hohen Dollarkurs profitieren, der Sprit für den Kon*junkturmotor* Export ist.

Beängstigend ist allerdings, daß die Überbewertung des Dollars die US-Landwirtschaft und Teile der Exportwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit so schwächt, daß protektionistische Maßnahmen Washingtons nicht mehr auszuschließen sind. Das ist ein Schatten, der die Zukunft verdunkelt. *CLAUS DERTINGER*

FINANZMÄRKTE

Internationale Innovationen weiter im Vormarsch

Neue Probleme erfordern neue Antworten. Die Wechselkurse und die Zinsen schwanken seit Beginn der siebziger Jahre so stark und so unvorhersehbar, daß dadurch oft die Existenz von Unternehmen gefährdet ist, vor allem von solchen, die wirtschaftlich stark mit dem Ausland verflochten sind oder die nur eine dünne Eigenkapitaldecke besitzen. Die Chancen sind natürlich groß, aber genauso hoch ist das Risiko an den heutigen Devisen- und Geldmärkten.

Es ist in den vergangenen Jahren, als sich abzeichnete, daß die Welt wohl nicht mehr zu den stabilen Verhältnissen, wie sie zu Zeiten fester Wechselkurse herrschten, zurückkehren würde, daher zu einer wahren Welle von finanztechnischen Innovationen gekommen. Neben dem gestiegenen Schutzbedürfnis stand dabei natürlich auch die Revolution der Kommunikationstechnik Pate. Was die Transparenz der Märkte, die Geschwindigkeit, mit der Informationen verbreitet wurden oder die lingua franca der Geschäftswelt, das Englische, angeht, ist die Welt dabei, immer mehr zu einem einheitlichen Kapitalmarkt zusammenzuwachsen.

Was also in dem einen Land entwickelt und für gut befunden wurde, kann heute rasch von anderen übernommen werden. Die Konkurrenz auf den Märkten für Finanzdienstleistungen ist äußerst intensiv und Monopole können nur aufrechterhalten werden, wo die nationale Geldpolitik direkte oder indirekte Barrieren gegen den internationalen Wettbewerb errichtet hat.

Lukrative Angebote für die Kunden

Es ist ein fast hoffnungsloses Unterfangen, alle Produkte (Finanzdienstleistungen), die Banken und Finanzmakler heute anbieten, auch nur aufzuzählen, zumal ständig neue hinzukommen. Durch das Kombinieren von traditionellen, sprich: einfacheren, Produkten lassen sich darüber hinaus auf exponentielle Art weitere „synthetische" kreieren, bei deren Verständnis die Intuition oft versagt, die aber dem, der über einen hinreichend hohen Intelligenzquotienten verfügt, große und lukrative Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Die wichtigsten Innovationen der vergangenen Jahre dürften die folgenden sein:

● Financial futures: Bei den Zinsfutures kann man sich einen bestimmten Dollar- oder Pfund Sterling-Zins für die Zukunft sichern, ob nun für kurze oder für längere Frist; die Devisenfutures entsprechen den Devisenterminkontrakten, außer daß sie fungibler sind und nicht maßgeschneidert werden können; aus Dollar-Zinsfutures und DM/Dollar-Devisenfutures läßt sich ein synthetischer DM-Zinsfutureskontrakt entwickeln.

● Devisenoptionen: Hier handelt es sich im Grunde um Wechselkursversicherungen, für die eine Prämie zu zahlen ist; hat man Dollar zu verkaufen, nimmt man die Dollarverkaufsoption wahr, wenn der Dollar unter den vertraglichen Preis fällt, bleibt er darüber, verkauft man am freien Markt; anders als bei Terminverkäufen hat der Exporteur damit noch ein profitables Hintertürchen; der Importeur, also der Käufer von Dollar, wird eine Dollarkaufoption erwerben, die er dann nutzt, wenn die amerikanische Währung steigt.

● Zinsoptionen: Allerneuesten Datums sind versicherungsartige Kontrakte, meist von Banken entwickelt, die einem Schuldner eine Höchstzinsgarantie für einen bestimmten Zeitraum geben; wer also meint, daß die Zinsen weiter fallen werden, sich aber gegen das Risiko schützen möchte, daß sie stattdessen kräftig und nachhaltig steigen, kann einen „ceiling rate contract" eingehen; das kostet einiges, aber wahrscheinlich weniger als wenn man im ungünstigen Fall ungesichert dasteht.

● Allmählich entwickelt sich ein Markt für langfristige Devisenterminkontrakte, worunter Geschäfte mit Fristen von über einem Jahr und bis zu zwanzig Jahren verstanden werden.

● Swaps: Hier handelt es sich um den Tausch (Swap) von Währungen oder Zinszahlungen zwischen Partnern, die sich in der Regel nicht kennen; die Banken betätigen sich als Vermittler. (dwe)

Suche nach der Identität: Banken mit dem Prädikat „privat"

Es ist „nicht etwa eine jener neuerdings so beliebten Massen-Demonstrationen geplant, welche besondere Begünstigungen für sich und besondere Belästigungen für andere Erwerbszweige verlangen soll, sondern eine Besprechung von Fachleuten über all die ernsten Fragen, welche die jüngste Zeit für den Bankierstand aufgeworfen hat ..."

Diese verbandsoffiziellen Ausführungen zum „I. Allgemeinen Deutschen Bankiertag" stammen aus dem Jahre 1902, ein Jahr nach Gründung der Vorgängerinstitution des heutigen Bundesverbandes deutscher Banken. Sie erscheinen inhaltlich auch zum heutigen „XIV. Deutschen Bankentag" noch nicht überholt.

Freilich ging es den privaten Banken damals um andere Fragen als heute. Der erste Bankiertag galt – ebenso wie die Gründung des „Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes" – der Abwehr von Angriffen und Verunglimpfungen, denen Banken und Börsen um die Jahrhundertwende seitens des Staates, des Parlaments und der Öffentlichkeit ausgesetzt waren. Mit derartigem brauchen sich die Banken heute nicht mehr herumzuschlagen. Sie sind längst akzeptierte Gesprächspartner – und wegen der großen Bedeutung des Geldwesens in der Gesamtwirtschaft –, nicht selten auch gefragte Ratgeber von Regierungen und Parlamentariern. Ebenso wie die Gesellschaft haben auch die Banken seit der Jahrhundertwende einen Wandlungsprozeß durchgemacht.

Gewandelt hat sich seither, und ganz besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, auch die innere Struktur des Gewerbes und seine Position in der Landschaft des deutschen Kreditgewerbes. Signifikantestes Merkmal ist die Schrumpfung des Gewichts der klassischen Privatbankiers, des ältesten Zweiges der deutschen Kreditwirtschaft. Selbst die großen Häuser unter ihnen mit einigen Milliarden Bilanzsumme müssen sich im Grunde mit einem Geschäft in Marktnischen begnügen, in denen es allerdings, weil Individualität gefragt ist, weite Betätigungsfelder gibt. Deswegen blickt der Stand auch nicht ohne Optimismus in die Zukunft.

Den Ton geben im privaten Bankgewerbe schon seit langem die Großbanken sowie die Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken an, wobei die Großbanken, am Geschäftsvolumen gemessen, die kleinere Gruppe sind. Dennoch hat die Standesvertretung der Banken, der Bankenverband, den Privatbankiers auch nach dem Krieg meist den Vortritt in der Verbandsvertretung nach außen gelassen. Prominente Namen wie Robert Pferdmenges, Gotthard Freiherr von Falkenhausen und Alwin Münchmeyer reihen sich aneinander, bis 1975 nach dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank, der ersten großen Privatbankpleite nach dem Krieg, mit F. Wilhelm Christians ein Großbankvertreter die Präsidentschaft im Bankenverband übernahm, dem mit Harald Kühnen wieder ein Privatbankier folgte.



Vertreter der Regionalbanken an der Spitze des Verbandes: Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth

Dieser aus der besonderen Situation heraus verständliche Bruch der Tradition war zugleich die Überleitung in eine neue Ära, die auch an der Spitze von der pluralistischen Struktur des Verbandes geprägt sein sollte, in dessen Gremien die Großbankvertreter trotz ihrer zahlenmäßigen Minderheit allerdings wegen der Bedeutung der hinter ihnen stehenden Institute ein besonderes Gewicht haben. In der Verbandspräsidentschaft sollen sich Vertreter der einzelnen Gruppen, also Großbanken, Regionalbanken und Privatbankiers ablösen.

In diesem Turnus steht seit zwei Jahren mit Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, früher Geschäftsinhaber und jetzt Vorsitzender des Aufsichtsrates der Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank), ein Vertreter der Regionalbanken an der Spitze des Bankenverbandes. Formal jedenfalls.

Denn diese Bank mit der alten Tradition der Berliner Handelsgesellschaft und der Frankfurter Bank ist alles andere als eine Regionalbank. Sie ist eine Bank sui generis; sie ist bundesweit und weltweit aktiv. Und von ihrer Rechtsform her mit Aktionären und persönlich haftenden Gesellschaftern ist sie so etwas wie eine Mischung aus Privatbankier und international tätiger Großbank. Das zeigt, wie fließend letztlich die Grenzen innerhalb des privaten Bankgewerbes sind.

Auch innerhalb der drei großen Gruppen des Kreditgewerbes verwischen sich – zumindest nach außen – die Unterscheidungsmerkmale immer mehr. Die Entwicklung der Institute aller drei Gruppen zu Universalbanken läßt kaum noch Unterscheidungen des Leistungsangebotes zu.

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die genossenschaftlichen Banken sind durch den Verbund mit ihren Spitzeninstituten aus ihrer ursprünglich beschränkten Rolle als Partner des „kleinen Mannes", des Kleingewerbes und der Kommunen längst hinausgewachsen, und für die privaten Banken ist das Geschäft mit den privaten Haushalten ein bedeutender Geschäftszweig geworden. Das breite Publikum ist wohl kaum noch imstande, zwischen Instituten der einzelnen Gruppen zu differenzieren. Nicht einmal die Konditionen für Bankdienstleistungen lassen markante Unterschiede erkennen. Der Wettbewerb hat sie weitgehend eingeebnet.

Um so schwieriger ist es für die Institute, sich am Markt mit einer unverwechselbaren Identität zu präsentieren, sich im Wettbewerb von den Konkurrenten abzuheben. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben da noch einen gewissen Vorteil. Zwar liefern sich die beiden Gruppen einen heftigen Wettbewerb, und als weitere Konkurrenten stehen ihnen die privaten Banken gegenüber. Aber das Regionalprinzip schließt wenigstens einen Wettbewerb innerhalb der beiden Gruppen aus. Im Privatbankgewerbe steht dagegen jedes Institut für sich allein im Wettbewerb mit allen, den Instituten der eigenen Gruppe und denen der anderen.

Wie können sie sich als Gruppe profilieren? Ist der Begriff „privat" ein besonderes Merkmal, das Attraktivität verspricht? Die Chance, dieses Attribut mit einem Inhalt zu füllen, der Positives ausstrahlt, ist jetzt vermutlich größer als seit vielen Jahren, gewissermaßen als Kontrapunkt zum immer weiteren Vordringen des Staates in die persönliche Sphäre, deren der Bürger überdrüssig ist. Deshalb setzen die privaten Banken in ihrer neuen Werbekampagne privat mit „persönlich, frei und mündig" gleich.

CLAUS DERTINGER

LIBERALISIERUNG / Forderung der Banken:

Deutschen Markt weiter öffnen

Der deutsche Kapitalmarkt soll weiter liberalisiert werden, so hört man immer wieder. Diese Forderung wird vor allem im Ausland erhoben. Das muß erstaunen, denn der deutsche Kapitalmarkt ist nach der Abschaffung der Kuponsteuer, dem letzten administrativen Schritt auf dem Weg zu einem Optimum an Liberalität, einer der freiesten der Welt.

In der Diskussion geht es um zweierlei Aspekte, die allerdings unmittelbar nichts miteinander zu tun haben: einmal um eine Öffnung des Marktes ausländischer DM-Anleihen für ausländische Konsortialführer, zum anderen um die Frage, ob sich die Bundesrepublik für neue Finanzinstrumente öffnen soll, damit sie, was sich bereits abzeichnet, gegenüber anderen großen internationalen Finanzplätzen nicht zu sehr ins Hintertreffen gerät.

In der Frage der Führung von DM-Auslandsanleihen-Konsortien durch ausländische Banken – konkret geht es um die deutschen Niederlassungen ausländischer Institute – hat die Bundesbank in der letzten Woche bereits die Weichen gestellt. Die Auslandskonkurrenz soll Zutritt zu diesem hart umkämpften Markt bekommen. Die deutschen Banken sind davon alles andere als begeistert, denn dieses Emissionsgeschäft war eine einträgliche Domäne. Die deutschen Banken hätten freilich Verständnis für die Gleichstellung der ausländischen Wettbewerber, wenn ihnen an ausländischen Märkten die gleichen Wettbewerbsbedingungen geboten würden. Doch da sind kaum Chancen zu sehen, weder in den USA noch in Japan.

Kein abgeschotteter Naturschutzpark

Die Öffnung des deutschen Emissionsmarktes hat aber auch ordnungspolitische und währungspolitische Aspekte, die noch der Klärung bedürfen. Offen ist die Frage, wie ausländische Banken am deutschen Markt in einen gewissen ordnungspolitischen Rahmen eingefügt werden können, den bisher ein spezieller Unterausschuß des Zentralen Kapitalmarktausschusses garantiert hat; dieser Ausschuß hat qua Abstimmung unter den führenden deutschen Emissionsbanken über Umfang und Reihenfolge ausländischer DM-Emissionen dafür gesorgt, daß der Markt nicht überlastet wird.

Es müssen also noch Vorkehrungen getroffen werden, daß sich die ausländischen DM-Emissionen auch künftig an der Aufnahmefähigkeit des Marktes orientieren. Dies auch aus einem anderen Grunde; denn eine ungezügelte Emission ausländischer DM-Anleihen tangiert schließlich die Zinsen in der Bundesrepublik Deutschland und den Wechselkurs der D-Mark. Nun muß die Bundesrepublik Deutschland als Land mit der nach dem Dollar wichtigsten internationalen Anlage- und Reservewährung wohl auch in Kauf nehmen, daß ihr Kapitalmarkt kein von unerwünschten internationalen Entwicklungen abgeschoteter Naturschutzpark sein kann. Doch würden die akzeptablen Grenzen überschritten, wenn mit einer überdimensionierten Ausländerverschuldung in D-Mark nicht nur der Kapitalmarktzins zu hoch getrieben, sondern auch noch der Wechselkurs der D-Mark unter Druck gesetzt würde.

Ein Hauch von Provinzialität?

Weiteres Thema der Liberalisierung ist die Öffnung der deutschen Börse für Finanzinnovationen, die sich an einigen ausländischen Märkten schon als Instrumente der Kurssicherung, allerdings auch der Spekulation, bereits durchgesetzt haben oder etabliert werden sollen. Bei der beachtlichen Bedeutung der D-Mark und der deutschen Banken an den internationalen Finanzmärkten muß es eigentlich überraschen, daß sich die deutschen Börsen diesen neuen Instrumenten bisher verschlossen haben.

Diesen Neuerungen stand die Bundesbank in der Vergangenheit wegen währungspolitischer Bedenken zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend gegenüber. Mittlerweile scheint aber auch in ihren Kreisen die Aufgeschlossenheit zuzunehmen. Denn der Bundesbank bleibt nicht verborgen, daß man der deutschen Börse im internationalen Vergleich einen Hauch Provinzialität nachsagt, weil hier einige international durchaus übliche Geschäft noch nicht möglich sind. Derartiges Geraune paßt nicht gerade zu der Rolle, welche die Bundesrepublik Deutschland und besonders ihr führender Bankplatz Frankfurt auch nach dem Verständnis der Notenbank im Konzert der internationalen Finanzmärkte spielen soll.

Zur Zeit fehlen allerdings noch wesentliche Voraussetzungen dafür, daß ein Handel mit den Finanznovitäten auch wirklich funktioniert, weil sich institutionelle Anleger an diesen Geschäften nicht beteiligen dürfen und private Anleger den Markt allein nicht tragen können. Doch das ließe sich ändern, wenn die Anlagevorschriften für institutionelle Anleger modernisiert würden. Zugleich müßten die technischen Voraussetzungen dafür an den Börsen geschaffen werden. Das erfordert vor allem eine Überwindung der regionalen Zersplitterung des deutschen Börsenwesens. Schaffen die Börsen und die sie tragenden Banken dies nicht, müssen sie sich nicht wundern, wenn sich die deutsche Börse als Markt für professionelle Anleger eines Tages selbst in Frage stellt. (cd.)

BANKIERS / Ihr Einfluß ist auch immer eine Frage der Persönlichkeit

An der Seite des Kunden

Im Spiegel der öffentlichen, und gelegentlich sogar mehr noch der veröffentlichten Meinung erscheinen sie schon als eine etwas eigenartige Spezies: die Bankiers, oder genauer gesagt, die Topmanager der Banken. Ihnen ist Respekt, in den sich nicht selten Hochachtung mischt, sicher, wenn sie in Einzelexemplaren auftreten. In krassem Gegensatz dazu steht häufig die Einschätzung der Bankiers als Personifizierung ihres Gewerbes.

Man sagt ihnen ein Übermaß an Einfluß auf die Wirtschaft nach. Einmal, weil sie in Aufsichtsräten der bedeutendsten deutschen Unternehmen Sitz und Stimme haben und dadurch natürlich einen tiefen Einblick in vieles, was sich hinter den Kulissen der Wirtschaft und damit für den Bürger oder auch den mittleren Unternehmer in einer Grauzone abspielt. Das auf diese Weise erlangte „Herrschaftswissen" hat für viele aus der riesigen Masse, deren wirtschaftlicher Horizont naturgemäß begrenzter ist, etwas Unheimliches. Dieses Gefühl ist geblieben, obwohl eine staatliche Kommission den Banken noch zu Zeiten der *sozialliberalen Koalition* einen „Persilschein" dergestalt ausgestellt hat, daß sie keine Macht ausüben, die beschnitten werden müßte.

Weichensteller in kritischen Zeiten

Die Spitzenmanager bedeutender Banken bestreiten auch gar nicht, daß ihnen aus ihrer Positon Einfluß zuwächst, was natürlich auch eine Frage der Persönlichkeit ist. Aber er sollte auch nicht überschätzt werden. Man wünschte sich sogar, daß Unternehmer mehr auf den Rat kluger Bankiers hören, wenn es in kritischen Zeiten darum geht, die Weichen richtig zu stellen.

Mächtig, wenn auch nicht im politischen Sinne, erscheinen die Banken freilich auch, weil sie nun einmal die Macht haben, darüber zu entscheiden, ob jemand einen Kredit bekommt oder nicht. „Wenn die Sonne scheint, leihen sie einem einen Regenschirm, aber wenn's regnet, wollen sie ihn wiederhaben", wirft man ihnen vor. Auch daran ist etwas Wahres, wenngleich natürlich der Wettbewerb dafür sorgt, daß ein Kunde von einigermaßen ordentlicher Bonität nicht im Regen stehen gelassen wird.

Die Klagen über die Arroganz der Banken kommen allerdings meist von denen, für die der Kredit ein Strohhalm ist, an den geklammert sie schließlich in eine noch größere Pleite hineinschwimmen würden. Und weil Banken – das gilt für Sparkassen und genossenschftliche Institute ebenso – nun einmal keine Wohlfahrtseinrichtungen sind, sondern Unternehmen, die vom Vertrauen ihrer geldgebenden Kunden in solide Geschäfte getragen werden, handeln sie in dieser Beziehung im Prinzip alle gleich. Das ist auch gesund. Die Pleitewelle der Jahre 1983/84, die das deutsche Kreditgewerbe Milliarden gekostet hat, könnte eher zum Beweis dafür herhalten, daß die Banken im *Kreditgeschäft zu großzügig* waren.

Die Tatsache, daß die Banken in den letzten Jahren einiges an Verlusten wegstecken mußten, wird freilich in der Öffentlichkeit zuweilen mit einer gewissen Schadenfreude registriert nach dem Motto: „Es trifft ja keine Armen." Das liegt zum Teil sicherlich daran, daß kein Laie wirklich beurteilen kann, wie gut oder schlecht eine Bank verdient. Denn in schlechten Zeiten wird das Negative häufig vertuscht, wie in guten Zeiten ein Hang zur Untertreibung zu beobachten ist, es sei denn, eine Bank ist im Vergleich zur Konkurrenz so sichtbar in der Ertragskraft zurückgefallen, daß sie etwas Angeberei nötig hat.

Es ist überhaupt ein eigentümliches Phänomen, daß es in der öffentlichen Meinung offenbar nicht das Gleiche ist, ob eine Bank gut verdient oder ein Unternehmen aus einem beliebigen anderen Wirtschaftszweig. Liegt das an aus früher Zeit überkommenen Moralvorstellungen, daß das Geldverleihen gegen Zinsen wider die guten Sitten verstößt? Vielleicht geistern derlei krause Gedanken noch irgendwo im Unterbewußtsein herum. Aber erstaunlich wäre das schon, wo doch jeder Anleger heute selbst darauf bedacht ist, möglichst hohe Zinsen zu bekommen. Die Erklärung dafür, daß den Banken gute Gewinne gewissermaßen geneidet werden, liegt wohl eher in der weit verbreiteten Vorstellung, daß die *Banken fast alles Geld* zu drei *Prozent* vom Sparer hereinnehmen und zu zehn Prozent oder höher wieder ausleihen und die Marge dazwischen als Reingewinn kassieren.

Kundentreue zum Institut

Es gäbe noch mehr eigentümliche Dinge zu berichten, die so zur Sprache kommen, wenn am Stammtisch über *Banken diskutiert wird. Dazu* gehört auch die Häme, mit der hier und da der Zusammenbruch der einst renommierten SMH-Bank kommentiert wurde. Das alles ist um so erstaunlicher, als die Kundentreue zu einem einmal gewählten Institut in jedem Einzelfall eigentlich für ein positives Verhältnis zur Bank spricht, eine Einstellung, die sich auch bei Tests immer wieder bestätigt.

Zugegeben, das meiste, was den Banken angedichtet wird, sind Vorurteile; und die sind heute auch nicht *mehr so weit verbreitet wie vor zehn* oder 20 Jahren, weil es das Kreditgewerbe verstanden hat, sich in der Öffentlichkeit geschickter zu präsentieren. Aber es bleibt noch einiges zu tun zur Imagepflege, und die beginnt am Bankschalter, wo im täglichen Umgang immer wieder der Beweis dafür erbracht werden muß, daß die Bank mit Sympathie an der Seite des Kunden steht. MARTIN STRAUCH

PRIVATE BANKEN / Immer mehr Wettbewerb um die Schatullen der Bürger

Palette der Dienstleistungen wird bunter

Banken für den *Bürger". Dieses* Motto könnte über einer sozusagen säkulären Entwicklung stehen, die das klassische Bankgeschäft bereits seit Jahren prägt und die sich im nächsten Jahrzehnt noch stärker akzentuieren wird. Die privaten Banken, vor allem die großen Filialbanken, wachsen über ihre traditionelle Funktion als Finanziers von Industrie und Handel mehr und mehr in die Rolle der Finanziers der privaten Haushalte hinein. Zugleich gewinnen die privaten Kunden als Einleger, als Geldlieferanten ein immer größeres Gewicht.

In engem Zusammenhang mit diesen Trend steht ein forcierter Ausbau des Angebotsfächers an Finanzdienstleistungen, eine strategische Waffe im Wettbewerb um den Privatkunden, von deren Einsatz und Verfeinerung sich die Banken Erfolge versprechen, weil die Bürger mit wachsenden Vermögen und Einkommen höhere und differenziertere Anforderungen an das Serviceangebot der Banken und seine Qualität stellen.

Diese Entwicklung verändert die Struktur besonders der Filialbanken in mehrfacher Hinsicht in eine Richtung, die jetzt schon deutlich zu erkennen ist. Das beste Beispiel dafür ist die Deutsche Bank, die mehr noch als die beiden anderen Großbanken in dem Ruf stand, eine typische Industriebank zu sein. Sie hat im Inland bereits die Hälfte ihres Kreditvolumens an Privatkunden ausgeliehen; 1978 war es gerade ein Fünftel. Und das ist ein Geschäft, das bessere Margen abwirft als Kredite an große Unternehmen. Die Kundeneinlagen aus dem Inland kommen bei der Deutschen Bank sogar schon zu rund 70 oozent von Privaten. Für die Banken sind diese Einlagen eine stabile Basis, auf der es sich ruhiger disponieren läßt als beim Geldeinkauf auf Märkten mit häufig schwankenden Zinsen.

Die privaten Konten, über die vorwiegend der alltägliche Zahlungsverkehr läuft – davon gibt es in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 37 Millionen – sind zugleich *der Angelpunkt zum* Verkauf anderer Bankdienstleistungen, mit denen die Banken Provisionen verdienen wollen. Dahinter steht eine geschäftspolitische Strategie, wie sie sonst vor allem von den klassischen Privatbankiers verfolgt wird, die sich ihr Geschäft vorzugsweise in den Sparten suchen, in denen kein Eigenkapital gebunden wird.

Der beratungsintensive Verkauf von Dienstleistungsprodukten wird übrigens auch im Firmenkundengeschäft einen immer größeren Stellenwert bekommen, weil sich die Banken bemühen müssen, neue Bindeglieder zu ihren Kunden zu finden. Diese Notwendigkeit ist vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß die von den modernen technischen Kommunikationsmitteln gebotenen Möglichkeiten einer raschen und umfassenden Information über vieles, was früher zum „Herrschaftswissen" der Banken gehörte, die Unternehmen von ihren Banken unabhängiger machen.

Geldautomaten lösen Kassierer ab

Die Tendenz zur Ausweitung des Dienstleistungsgeschäft, die übrigens in den anderen Gruppen des Kreditgewerbes also bei den Sparkassen und den Volks- und Raiffeisenbanken ebenfalls zu beobachten ist, wird nicht nur die Struktur der Bilanzen, sondern auch die der Ertragsrechnungen verändern. Die Provisionseinnahmen werden gegenüber den Zinseinkünften, der traditionell wichtigsten Gewinnquelle, an Gewicht gewinnen.

Unterstützt wird der Trend zum Dienstleistungsgeschäft vor allem mit der Privatkundschaft, auf die sich der Wettbewerb im Kreditgewerbe immer stärker konzentriert, durch die Fortentwicklung moderner Techniken. Der Computer hat schon längst die manuellen Arbeiten übernommen, mit denen früher ein Heer von Angestellten beschäftigt wurde. Der Geldausgabeautomat hat zum Teil den Kassierer überflüssig gemacht.

Durch die Kostenbrille betrachtet, läuft diese Entwicklung aus Bankensicht in die richtige Richtung. Denn nichts ist so teuer wie Personal. Was die Banken da jetzt einsparen, wollen sie in eine bessere Qualifikation ihrer Mitarbeiter investieren. Aus Schalterbeamte sollen kompetente Berater im Verkaufsgespräch werden, die neues Geschäft an Land ziehen. Das jedenfalls verkünden die Sprecher aus allen Gruppen des Kreditgewerbes *immer wieder vollmundig* als ihre Strategie für die Zukunft.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffen allerdings häufig noch Welten. Es ist eben nicht damit getan, daß der Berater per Knopfdruck schematisierte Anlageprogramme aus dem Computer abruft und seinem Kunden anbietet, wenn er sonst nur über ein Halbwissen über die komplexen Zusammenhänge der Märkte und eine Urteilsfähigkeit verfügt, die gehobenem Stammtischniveau entspricht. Da viele Kunden erheblich anspruchsvoller geworden sind, werden sich gerade *die privaten Banken*, die sich in der Finanzberatung des Privatmanns besonders viel zutrauen, oft noch um eine Verbesserung der Beratungsqualität bemühen müssen. Denn sie entscheidet ausschlaggebend, wer im Wettbewerb die Nase vorn hat.

Im Wettbewerb um private Kunden stehen die privaten Banken, also die großen Filialinstitute, die Regionalbanken, die Privatbankiers und seit einiger Zeit auch verstärkt die ausländischen Banken in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur untereinander und mit den öffentlich rechtlichen Instituten sowie den genossenschaftlichen Banken und nicht zuletzt der Post. Auch Branchenfremde entdecken das Geschäft mit dem Privatkunden als zukunftsträchtigen Wachstumsmarkt. Wen wundert das, wo doch der Anteil der privaten Haushalte an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung in den letzten Jahren auf 70 bis fast 100 Prozent gestiegen ist, weil Unternehmen und Staat per Saldo kaum noch sparen?

Es gibt mancherlei Anzeichen, daß der Markt in Bewegung kommt. Die Versicherungswirtschaft ist schon seit langem aktiv; sie hat sich von Jahr zu Jahr ein größeres Stück aus dem Kuchen der privaten Geldvermögensbildung herausgeschnitten. Das ist zwar noch konventionelles Geschäft, aber dennoch wegen des wachsenden Anteils den Banken mittlerweile ein Dorn im Auge. Einige sind mit Sparplänen mit Versicherungsschutz bereits zum Gegenangriff gestartet. *Man wartet nur noch* darauf, wann die Assekuranz dies mit neuen Aktivitäten beantwortet, die dann die eigentlichen Domänen der Banken berühren.

Gewachsene Strukturen brechen auf

Nicht nur von der Assekuranz weht frischer Wind. Im Handel wird intensiv darüber nachgedacht, wie man dem Verbraucher neben den traditio*nellen Konsumgütern* auch „financial services" verkaufen kann. Das Versandhaus Quelle hat diesen Weg bereits beschritten. Das ist eine Entwicklung, die in den USA schon nichts Besonderes mehr ist; wo Broker, Versicherungen und Kreditkartenorganisationen die Banken im Konsumentenkreditgeschäft auf einen bescheidenen Marktanteil zurückgedrängt haben.

Beginnen also auch bei uns gewachsene Strukturen aufzubrechen? Hört man Bankiers über dieses „zentrale Thema" der kommenden Jahre reden, gewinnt man den Eindruck, als fürchteten sie diese neue Konkurrenz, die ihnen Marktanteile entreißen will. Dagegen hilft nur eines: Sie müssen noch intensiver auf die Wünsche ihrer privaten Kunden eingehen, noch umfassender beraten, was ihnen eigentlich eher gelingen sollte als branchenfremden Wettbewerbern, also Banken für Bürger werden.

CLAUS DERTINGER

KRISENMANAGEMENT / Deutsche Banken in puncto Risikovorsorge gut gerüstet

Die Schulden wirklich im Griff?

Die internationale Schuldenkrise ist ein Dauerbrenner. Sie beschäftigt die Banken nun bereits seit fast drei Jahren, und sie wird auch in Zukunft ein Thema sein, mit dem sie sich herumschlagen müssen. Wenn es immer so schön beruhigend heißt, die Schuldenkrise sei zwar noch nicht gelöst, aber man habe sie im Griff, so ist das zwar nicht ganz falsch, zumindest nicht auf den Augenblick bezogen. Aber die Betrachtungsweise enthält doch eine gute Portion Optimismus. Und ob sich der eines Tages als berechtigt herausstellt, bleibt abzuwarten.

Was die Banken im Griff haben, das ist vor allem die Technik des Umschuldens. Da haben sie gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine in der Tat bewundernswerte Routine entwickelt, was freilich nicht bedeutet, daß sie alles über einen Kamm scheren. Im Gegenteil: Ihr Prinzip ist es, jeweils für den Einzelfall konzipierte Lösungen auszuarbeiten, weil den Problemen anders gar nicht beizukommen ist.

Dabei ist es gelungen, zahlreichen, von laufend fälligen Zinsen und Tilgungsverpflichtungen für ihre Auslandsschulden völlig erdrückten Ländern, wieder für eine gewisse Zeit Atemluft zu verschaffen und die Chance zu geben, ihre Wirtschaftssysteme effizienter umzustrukturieren, so daß sie dem internationalen Wettbewerb eines Tages wieder gewachsen sind. Diese Bemühungen waren insgesamt bisher auch von Achtungserfolgen gekrönt, in einigen Ländern mehr, in anderen Ländern weniger.

Aber welche Roßkuren waren dafür nötig! Bedenkt man, wie weit der Lebensstandard der ohnehin schon armen Bevölkerung gesunken ist, dann fragt man sich doch gelegentlich, wie lange eine solche Austerity-Politik durchzuhalten ist.

Das soll keine Kritik an den vom IWF verordneten Anpassungsprogrammen sein, die ja im übrigen in Verhandlungen mit den Empfängerstaaten der IWF-Hilfe zustandekommen und nicht als reines Diktat.

Musterbeispiel Südamerika

Doch wenn die Opferwilligkeit erst zu spät belohnt wird, wenn sich die erhofften und versprochenen Erfolge der Politik des Gürtelengerschnallens nicht rasch genug einstellen, drohen soziale Spannungen sich so zu verschärfen und Regierungen schließlich vom einmal eingeschlagenen Kurs abzubringen, und das um so eher, je mehr Demokratie sie praktizieren.

An *Beispielen*, wie einige Länder versuchen, sich den unbequemen Anpassungszwängen der IWF-Programme zu entziehen, indem sie permanent die Auflagen nicht erfüllen, mangelt es nicht. Eines davon ist Brasilien, ein Land, das dank seines breiten Exportangebots viel mehr als andere vom Boom der US-Wirtschaft und von der Belebung der Weltwirtschaft profitieren konnte. Gerade weil es Brasilien besser geht als vielen anderen Schwellenländern, ist es zu begrüßen, daß der IWF jetzt endlich einmal Härte gezeigt hat und nicht bereit war, immer neue Wünsche nach Modifikationen zu akzeptieren.

Auch den Mexikanern, denen dank ganz guter Fortschritte eine langfristige Regelung ins Haus steht, die einen gewissen Schlußstrich unter die auflagengebundene Betreuung durch den IWF zieht, hat der IWF einen Schuß vor den Bug gegeben, um die Wirtschaft vorher noch auf den richtigen Kurs zu bringen.

Probleme durch Ölpreisverfall

Mexiko, von den Bankiers als Paradebeispiel für erfolgreiche Umschuldungs- und Sanierungspolitik der internationalen Schuldenmanager eine Zeit lang in den höchsten Tönen gepriesen, hat wegen des Ölpreisverfalls einige Probleme bekommen. Aus dem 1984er Traum, schon in diesem Jahr an den internationalen Märkten wieder kreditfähig zu sein, wird wohl nichts.

Die in Brasilien und Mexiko engagierten Banken waren zwar über die vom IWF unterbrochenen Kreditverhandlungen enttäuscht. Und bei derart großen Brocken – immerhin haben diese beiden Länder zusammen rund 200 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden – entstand durch die Zeitverzögerung auch Unsicherheit. Aber eigentlich sollte man das nicht bedauern. Denn eine gewisse Korrektur der manchmal schon an Euphorie grenzenden Einschätzung der Zukunftsaussichten dieser beiden Schwellenländer kann nichts schaden.

Ihre sichtbaren Erfolge, die in allererster Linie den gestiegenen Exporten in die boomende US-Wirtschaft zu verdanken sind, schienen *schon* zu einem selbstverständlichen Alltagserlebnis zu werden und das Gefühl aufkommen zu lassen, man könne den riesigen Schuldenblock auf der Seite liegen lassen, weil er sich von selbst regele. Ein gefährlicher Irrtum. Deswegen ist es gut, daß die jüngsten Schwierigkeiten mit diesen Ländern das Risikobewußtsein wieder verschärft haben.

Der IWF und die internationalen Banken werden noch einiges an zunächst vergeblich erscheinender Mühe und Geduld aufbringen müssen, bis sie mit anderen Problemländern erst einmal so weit sind wie mit Mexiko und Brasilien.

Die Banken haben die Chance, mit all den bekannten Schuldnerrisiken und auch denen, die mit Sicherheit immer noch hinzukommen, einigermaßen fertigzuwerden, solange die amerikanische Konjunktur weiter in Schwung bleibt. Sollte sie ins Stottern geraten oder gar in eine Rezession abrutschen, wird das internationale Schuldenmanagement, das bisher mit Erfolg den Ausbruch einer offenen Schuldenkrise verhindert hat, kaum noch davon reden können, es habe die Schuldenkrise „im Griff". Dann stehen die Banken vor der Alternative, entweder weiter Geld zu geben, dessen Rückzahlung immer zweifelhafter wird, oder den großen Knall zu riskieren, wobei letzteres wohl ausscheiden dürfte.

Zwar kann man hoffen, daß es nicht so weit kommt, aber die Banken handelten fahrlässig und gefährdeten schließlich ihre eigene Existenz, wenn sie sich nicht auf dieses Szenario einstellen würden. Wie schon in den letzten Jahren werden sie die Vorsorge für eventuelle Risiken ganz groß schreiben müssen. Die deutschen Banken haben da in der Vergangenheit schon einiges getan – die einen mehr, die anderen weniger. Einige haben sich auch nicht gescheut, ihre Aktionäre dafür büßen zu lassen.

Die soziale Bombe tickt

Im internationalen Vergleich stehen die deutschen Banken nach den schweizerischen in puncto Risikovorsorge am besten gerüstet da. Das gibt *ihnen in Verhandlung mit anderen* Banken über Umschuldungen ein gewisses Maß Unabhängigkeit und Freiheit bei ihren Entscheidungen. Sie sind nicht, wie Banken aus manchen anderen Ländern, einem erpresserischen Druck der Schuldner ausgeliefert.

Aber leider sieht es nicht überall in der Welt so gut mit der Risikovorsorge aus wie in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland. Besonders bei den amerikanischen Banken liegt da einiges im Argen, wenn auch die US-Behörden ihre Banken seit einiger Zeit drängen, sich besser auf Notfälle vorzubereiten. Sie stünden schon heute besser da, wenn sie nicht glaubten, ihren Ehrgeiz darein setzen zu müssen, alle Vierteljahre möglichst hohe Dividenden zahlen zu müssen, damit die Pensionäre unter ihren Aktionären, die ihren Lebensabend mit Aktien abgesichert haben, nicht darben müssen.

So gut die deutschen Banken auch für begrenzte Krisenfälle gewappnet sind: Sie müssen mit der Reservenbildung fortfahren, solange die Gefahr der sozialen Bombe an der Schuldenfront nicht gebannt und nicht auszuschließen ist, daß eine Konjunkturabschwächung in den USA oder Protektionismus die Gesundung der Schuldenländer erschweren. (cd.)

STAND ● PUNKT / *Essens Aufforderung zur Unsportlichkeit*

Petre Ivanescu, Trainer des Handball-Meisterschaftsfavoriten TuSEM Essen, *setzte auf Solidarität*: „Chancen haben wir ganz besonders dann, wenn Sie -verehrte Handballfreunde- uns unterstützen und 60 Minuten „power" machen. Die Grugahalle muß heute eine (pardon) „Hölle" sein. Dann schaffen wir's!" Gleich auf mehreren Seiten des offiziellen Programmheftes zum Handball-Spitzenspiel Essen - Gummersbach wurden die Zuschauer zur Unterstützung des TuSEM aufgefordert. Ganz massiv aber wurden die Verfasser eines Flugblattes, das vor Spielbeginn in der *Halle* verteilt wurde. Unter der Überschrift „Gebrauchsanweisung" war unter Punkt drei zu lesen: „Pfeifkonzert, wenn der Gegner den Ball zu lange hält." Unter Punkt vier stand: „Besonders dann reagieren, wenn zum Beispiel unser Kapitän Thomas Happe die Hände Richtung Publikum streckt."

„Eine Unsportlichkeit ohne Beispiel. So etwas habe ich in meiner Laufbahn noch nicht erlebt," entrüstete sich Trainer Klaus Brand.

Noch nie waren Zuschauer eines Handballspiels so eindringlich zur *Unsportlichkeit aufgefordert* worden. Immerhin scheint die Rechnung aufgegangen zu sein. 6 800 Zuschauer verwandelten die ausverkaufte Grugahalle in einen wahren Hexenkessel, pfiffen den Gegner gnadenlos aus, bedachten die Essener Leistung mit frenetischem Jubel. Sie schufen eine Atmosphäre, wie sie in Kiel, Lemgo oder Hüttenberg seit Jahren bei jedem Heimspiel herrscht.

Am Sonntag sprang der Funke erstmals auch in Essen über. Spieler und Zuschauer schaukelten sich gegenseitig hoch, die Mannschaft wurde von einer Woge der Begeisterung getragen, steigerte sich in einen wahren Spielrausch und deklassierte den Tabellenführer mit 25:14. Und wem ist es zu verdanken? Dem überragenden Torwart Stefan Hecker und dem „fantastischen Publikum. Meine Mannschaft ist sehr labil. Sie ist psychisch noch nicht gefestigt und sehr abhängig von der Zuschauer-Resonanz. Das Publikum ist bei uns immer für zwei, drei Tore gut. Heute sicher auch für mehr," bedankte sich Petre Ivanescu.

Zuschauer und ihre Wirkung auf Sportler sind ein geheimnisvolles Phänomen im Leistungssport, größter Unsicherheitsfaktor in der sonst so professionell kalkulierten Trainingsarbeit. Ihre Einflußnahme auf das sportliche Geschehen ist unbestritten. Doch Ausmaß und Ursache ihrer Wirkung geben den Beteiligten immer noch Rätsel auf. Obwohl Sportpsychologen das Phänomen bereits untersucht haben: Eindeutige Aussagen zur Wechselwirkung Zuschauer - Sportler können sie *nicht machen. „Man sagt ein Heim*spiel macht drei Tore aus," erklärt Gummersbachs Nationaltorhüter Andreas Thiel, „aber auf mich machen die Zuschauer wenig Eindruck. Ich spiele gern vor großer Kulisse, auch wenn sie gegen mich ist. Das löst bei mir höchstens eine motivierende Trotzreaktion aus."

Weil genaue wissenschaftliche Untersuchungen fehlen, sind Aussagen zur Wirkung von Zuschauerreaktionen auf die spielerische Leistung momentan noch Glaubensbekenntnisse. Nachgewiesen wurde bisher allein die Beeinflussung der Schiedsrichter durch Zuschauer, wie sie Gummersbachs Trainer Klaus Brand auch in Essen beobachtet hat: „Die Stimmungsmache hatte vor allem Auswirkungen auf die Schiedsrichter. *Neun* Siebenmeter gegen uns - nur einer gegen TuSEM, obwohl die Mannschaft für ihre harte Abwehrarbeit bekannt ist."

Schiedsrichter sind den Zuschauer-Emotionen hilflos ausgeliefert. Das bestätigen soziologische und psychologische Untersuchungen im Eishockey und Fußball. Eine entsprechende Untersuchung im Handball ist an der Kölner Sporthochschule demnächst geplant.

Fraglich ist allerdings, ob ihre Ergebnisse *aufschlußreich* sein werden und ob solche Aufschlüsse überhaupt wünschenswert sind. Denn mit jeder Untersuchung wird der Sport weiter verwissenschaftlich, er wird berechenbarer und verliert viele Überraschungsmomente, die ihn immer noch faszinierend machen.

ULLA HOLTHOFF

NATIONALELF / Personalsorgen vor dem morgigen Qualifikationsspiel gegen Malta

● 17 Spieler stehen zur Verfügung, doch Rudi Völler (Kniebeschwerden) und Felix Magath (Magenverstimmung) sind nur bedingt einsatzbereit. Für alle Fälle habe er deshalb seinen Spielerpaß eingesteckt, meinte Trainer Köppel. Der Gladbacher Michael Frontzeck soll anstelle von Olaf Thon eingesetzt werden.

● Bei der Mexiko-Reise vom 10. bis 16. Juni muß Teamchef Franz Beckenbauer auf Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel verzichten. Beide Spieler müssen ihren Klubs Inter Mailand und Hellas Verona beim Pokal-Viertelfinale zur Verfügung stehen. In Mexiko spielt die Nationalelf gegen England und Mexiko.

Strack, Förster, Derwall – am Beispiel Saarbrücken fallen die Veränderungen im Nationalteam auf

MARTIN HÄGELE, **Saarbrücken**

Morgens um zehn Uhr schon blinkt die frohe Kunde von der nagelneuen Anzeigetafel des Saarbrücker Ludwigparkstadions: „Tor, Deutschland gegen Malta, 1:0, Torschütze Briegel". Generalprobe der Elektronik. Im Saarland ist vor dem morgigen Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Männer vom Mittelmeer Optimismus angesagt.

Da tut es ganz gut, wenn der Teamchef Franz Beckenbauer ein bißchen auf die Bremse tritt. „Es dreht sich nicht nur um die Anzahl der Tore und die Höhe unseres Sieges, wir werden viel Schweiß brauchen und es wird viel harte Arbeit für uns geben", sagt er.

Zwar hat auch für Beckenbauer die deutsche Nationalmannschaft mit dem wichtigen Auswärtssieg in Lissabon (2:1), „einen kleinen Schritt nach vorn getan, der uns Selbstvertrauen gibt". Aber über den Berg sei der Fußball in Deutschland sowie die deutsche Nationalmannschaft deshalb *noch* lange *nicht*. So *sieht* der Fußball-Kaiser die Situation seiner Erben.

Sicher, auch er zweifelt nicht daran, daß seine Mannschaft am Mittwoch als Sieger vom Feld laufen wird. Immerhin gilt das Publikum in Saarbrücken spätestens seit dem 2:1-Sieg der DFB-Elf im November 1983 über Albanien, ebenfalls ein Gegner der Kategorie Fußballzwerge als 12. Mann und unerschütterlicher Verbündeter der Spieler mit dem Adler auf der Brust.

Und trotzdem hat sich zwischen dem letzten Länderspiel des Jahres 1983 und dem zweiten anno 1985, in ziemlich genau 16 Monaten also, manches in und um die Nationalmannschaft herum verändert. Und diese Änderungen fallen gerade im Fall *Saarbrücken besonders auf*.

Betrachten wir nur noch einmal die Hauptdarsteller von damals.

Zum Beispiel Bernd Förster. Außenverteidiger, 33 A-Länderspiele. Der Stuttgarter schlug die entscheidende Flanke, die das Tor zur Europameisterschaft nach Frankreich aufstieß. Heute erhält der 28jährige Ex-Nationalspieler vom VfB keinen Vertrag mehr.

Oder Gerd Strack (29), zehn Länderspiele. Er stemmte die Stirn gegen Försters Flanke und ließ sich für das *2:1 als „Retter der Nation" feiern*. Strack damals: „Das wichtigste Tor meines Lebens". Strack heute: Der Libero ist out. In der Nationalmannschaft total, im Klub gerade noch Ersatzmann. Bei fast allen Spielern, die beim 1. FC Köln etwas zu sagen haben, ist Strack in der Kritik.

Oder Wolfram Esser, ZDF-Reporter. Er versah die Bilder vom krampfhaften Gewürge der elf Deutschen gegen zehn Albaner und den Ball mit dem Ton jener Euphorie, die junge Kriegsberichterstatter früher an den Tag legten, wenn sie kurz hinter den Schützengräben lagen. Seit der Albanien-Übertragung ist Esser nicht mehr an der internationalen Fußballfront aufgetaucht.

Oder Jupp Derwall. Er hat es zu jener Zeit noch nicht begriffen, daß seine *Mannschaft* gerade noch *einmal* davongekommen war und der Weg über die Grenze zum westlichen Nachbarn direkt ins Fußballverderben führen würde. Derwalls Meinungsfindung mag damals durch die gewaltigste Fußballbegeisterung, die sich jemals über diesen Landstrich gelegt hatte, erschwert worden sein.

Das Spiel *direkt vor seiner Haustür* in Dudweiler, das hatte der Bundestrainer mehr als persönliche Party denn als Pflichtpartie betrachtet. Das Nationalteam hatte auf dem Platz des *ASC Dudweiler, der Derwall als Eh*renmitglied führt, trainiert und am anderen Tag in St. Ingbert, wo auf den Bundes-Jupp ebenfalls sehr viele seiner Freunde warteten. Die Leute liefen zusammen, als ob ein Jumbo in den Wald gefallen wäre: 10 000 in Dudweiler, 6000 in St. Ingbert.

Weil das damals so schön gewesen sei, wie die Saarländer ihre Liebe und Treue zu Jupp und ihrem Hermann (Neuberger), dem nach Oskar Lafontaine mächtigsten Mann dieser Region demonstriert hätten, deshalb hätte der DFB-Präsident seinen Saarbrückern nun das Malta-Spiel geschenkt. Mit dem begründeten Dankeschön, daß diese ja gegen Albanien nicht gepfiffen, sondern geklatscht und sich als bestes deutsches Fußball-Publikum erwiesen hätten.

Das behaupten die Lästermäuler. Tatsache ist, man freut sich hier auf dieses Länderspiel. Es gibt nur noch 3000 Stehplatzkarten. Der 1. FC Saarbrücken hat *sogar zwei* Heimspiele ausfallen lassen, um den Rasen zu schonen. Weil das Spielfeld im Nu ein Acker wäre, können weder die deutsche noch die maltesische Mann*schaft im Stadion trainieren.*

Das deutsche Aufgebot probt auf dem Gelände der Saarländischen Sportschule, wo Jupp Derwall jahre*lang als Verbandssportlehrer gearbei*tet hat. Von der Begeisterung, die den guten Menschen von Dudweiler damals im November empfangen und getragen hat, hat dessen Nachfolger noch nicht sehr viel gespürt. „Es waren doch nur zwei, drei Hanseln beim Training", lächelt Beckenbauer.

SPORT-NACHRICHTEN

Heute Pokal-Viertelfinale

Leverkusen (sid) – In Leverkusen (19.30 Uhr) findet heute das Viertelfinalspiel um den DFB-Pokal zwischen Bayer Leverkusen und dem FC Bayern München statt.

Olympiasieger gescheitert

Potsdam (sid) – Ein dritter Platz von Alexander von der Groeben (Wolfsburg) im Schwergewicht blieb die einzige Ausbeute des Deutschen Judo-Bundes (DJB) beim internationalen Turnier in Potsdam. Olympiasieger Frank Wieneke (Hannover) scheiterte im Halbmittelgewicht vorzeitig.

Entscheidung vertagt

Oyte (sid) – Während Tabellenführer TG Viktoria Augsburg in der Volleyball-Bundesliga der Damen beim USC Münster mit 0:3 unterlag, wahrte der SV Lohhof durch einen 3:2-Auswärtssieg beim VfL Oyte seine letzte Chance. Augsburg benötigt allerdings aus den beiden noch ausstehenden Heimspielen gegen Lohhof und Oyte nur noch einen Sieg zur Meisterschaft.

Barcelona Meister

Barcelona (sid) – Der FC Barcelona sicherte sich mit seinem deutschen Kapitän Bernd Schuster vier Spieltage vor Saisonende mit einem 2:1 (1:1)-Auswärtssieg bei Real Valladolid die spanische Fußball-Meisterschaft. Zum letzten Mal hatte Barcelona 1977 den Titel errungen.

Verona vor dem Titel

Rom (dpa) – Fußball-Nationalspieler Peter Briegel und sein italienischer Verein Hellas Verona stehen vor dem Gewinn der Meisterschaft. Briegel steuerte beim 3:0 über Cremonese ein Tor bei und war damit zum achten Mal in dieser Saison erfolgreich. Inter Mailand verlor bei Juventus Turin mit 1:3.

Pfaff verlängerte

München (dpa) – Für zwei weitere Jahre wird der belgische Fußball-Nationaltorwart Jean-Marie Pfaff (31) beim FC Bayern München bleiben.

Schwarz ging Rekord

Denzlingen (dpa) – In Denzlingen bei Freiburg ging Alfons Schwarz (Fürth) einen neuen deutschen Rekord über zwei Stunden. Er legte 27 249,8 Meter zurück. Die alte Bestleistung hielt Bernd Kannenberg.

Langer abgeschlagen

Las Vegas (sid) – Mit Platz 44 mußte sich Bernhard Langer (Anhausen) beim mit 950 000 Dollar dotierten Einladungsturnier der Golf-Profis in Las Vegas (US-Bundesstaat Nevada) begnügen. Sieger wurde Strange (USA).

Ehrung für Daume

Köln (sid) – Die United States Sport Academy hat Willi Daume, dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), in Köln ihren Verdienstorden verliehen.

ZAHLEN

MOTOR

Formel-3.000-EM, erster Lauf, 44 Runden = 207,636 km, in Silverstone (England): 1. Thackwell (Neuseeland) Ralt 1:07:41,01 Std., 2. Nielsen (Dänemark) Ralt 1:08:13,35, 3. Ferte (Frankreich) March 1:09:09,77, eine Rd. zur.: 4. Danner (Deutschland) March.

VOLLEYBALL

Länderspiel, Herren, in Flensburg: Deutschland – Dänemark 2:3.

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika, Gruppe 2: Chile – Uruguay 2:0 (1:0). – Tabelle: 1. Chile (5:1 Punkte), 2. Uruguay (2:2), 3. Ecuador (1:5).

Englischer Pokal, Finale: Norwich – Sunderland 1:0 (0:0).

TENNIS

Masters-Turnier der Damen in New York, Endspiel: Navratilova (USA) – Sukova (CSSR) 6:3, 7:5, 6:4, um Platz drei: Rinaldi (USA) – Mandlikova (CSSR) kampflos für Rinaldi.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 12, 27, 30, 32, 38, Zusatzspiel: 6. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 5, 12. – Rennen B: 24, 29, 32. (Ohne Gewähr).

KARLSRUHE

Buchmann für Olk

dpa/sid/DW. **Karlsruhe**

Gestern unterschrieb Lothar Buchmann (49) einen Trainer-Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Karlsruher SC. Buchmann, der bisher den Zweitliga-Verein VfR Bürstadt trainiert hat, wird damit Nachfolger von Werner Olk (47). Olk wird in der neuen Saison wahrscheinlich in der Schweiz den FC St. Gallen in der Nationalliga A betreuen. Er ist dort als Nachfolger von Helmut Johannsen vorgesehen, der 1967 mit Eintracht Braunschweig deutscher Meister war und zum Ende dieser Saison in Pension geht.

Lothar Buchmann, einst aktiv *beim FSV Mainz 05, Eintracht Kreuz*nach, Wormatia Worms und dem VfR Bürstadt, war als Trainer von Darmstadt 98, des VfB Stuttgart und Eintracht Frankfurts bereits in der Bun*desliga tätig. Vor Saisonbeginn ließ* sich der 49jährige Trainer in seinem Vertrag mit Bürstadt festschreiben, daß er seinen Kontrakt jederzeit lösen könne, wenn ihn ein Angebot aus der höchsten Liga erreiche.

Am Sonntag hatte noch Willibert Kremer, der Trainer von Fortuna Düsseldorf, lange mit dem Vorstand des Karlsruher SC verhandelt. Kremer war im Grunde bereit, die Nachfolge Olks anzutreten, doch das scheiterte am Termin. Den gewünschten Antrittstermin „sofort" konnte Kremer nicht erfüllen, der nun am Mittwoch bei Eintracht Braunschweig unterschreiben will.

Buchmann tritt indes in Karlsruhe kein leichtes Amt an. Der letzte Sieg *des mit 12:12 Punkten* furios gestarteten Aufsteigers datiert vom 10. November letzten Jahres (4:0 gegen Bielefeld). Seitdem stürzten die Karlsruher mit einer Serie von 2:20 Punkten aus elf Spielen ans Tabellenende. In Karlsruhe hofft man mit Buchmann auf ein kleines Wunder, wobei der Spielplan dem KSC entgegenkommt: Von den nächsten fünf Begegnungen kann der Karlsruher SC vier (gegen Leverkusen, Dortmund, Braunschweig, Schalke) vor eigenem Publikum absolvieren.

TENNIS

Navratilova – wer sonst?

sid/dpa, **New York**

Nach 115 Minuten war alles vorbei, der Rest nur noch persönliche Genugtuung für Martina Navratilova. „Die Leute sind heute schnell bei der Hand, einen nach einem verlorenen Spiel *niederzumachen", sagte die* 28jährige Amerikanerin nach dem 6:3, 7:5, 6:4 im 15. Masters-Finale gegen die Pragerin Helena Sukova, „doch heute dürfte wohl jeder ge*merkt haben, daß ich meine Lei*stungsgrenze erreicht habe."

14 966 Zuschauer im New Yorker Madison Square Garden wurden Augenzeugen einer Glanzvorstellung. Nur ein einziges Mal lief Martina Navratilova bei einem „break point" Gefahr, ihr Service abzugeben. Dafür erzwang sie jedoch mit herrlichen Returns, zentimetergenauen Passierschlägen und präzisen Lobs wie auf Bestellung den entscheidenden Aufschlag-Durchbruch.

Das Reglement des Endspiels im Masters-Finale ist einmalig. Nur in New York wird über drei Gewinnsätze gespielt wie bei den Herren. „Ich war froh, daß das Spiel nur über drei Sätze ging", sagte Martina Navratilova, *denn: „Ich war müde."*

„Es ist ziemlich deprimierend, wenn man praktisch keine Break-Chance hat", sagte die fast 1,90 Meter große Helena Sukova. Die Weltranglisten-Vierte hatte ihren einzigen Sieg über ihre frühere Landsmännin, die einst von Helena Sukovas Eltern trainiert worden war, im Dezember 1984 *in Melbourne geschafft.*

Mit ihrem Sieg von New York erhöhte Martina Navratilova ihre Gewinnsumme auf 9 205 470 Dollar – fast 30 Millionen Mark. Allein die Woche im Madison Square Garden brachte ihr 372 000 Dollar ein: 125 000 Dollar für den Einzel-Titel, 22 500 für den Doppel-Sieg mit Pam Shriver, 150 000 *Dollar Bonus als punktbeste* Spielerin der letzten Saison sowie 40 000 Dollar Zusatzprämie, weil sie bei mehr Turnieren antrat, als vorgeschrieben ist.

Nur wenig Interesse an „Dallas" an der Loire: Die TV-Serie „Chateauvallon"

Niemand ist so richtig schön böse

Der gallische „Dallas"-Ableger „*Chateauvallon*" – die teuerste TV-Serie in der französischen Fernsehgeschichte – wird entgegen allen Erwartungen dem erfolgreichen US-Vorbild nun doch keine Konkurrenz machen. Obwohl mit einem für Frankreich noch nie gesehenen Aufwand hergestellt – Budget 20 Millionen Mark –, konnten die ersten 26 Episoden bisher noch nicht ins zahlungskräftige Ausland verkauft werden. Eine ursprünglich geplante Fortsetzung wird es deshalb – vorerst – nicht geben. Aus dem erhofften TV-„Bandwurm" ist *eine „Eintagsfliege"* geworden.

Dabei schien „Chateauvallon" anfangs wirklich eine Art Geniestreich zu sein. Das erfolgreiche Rezept der US-Serien „Dallas" und „Denver" – Luxus, gemischt mit Bösartigkeit und Sex im Rahmen einer Familiensaga – wurde einfach „europäisiert". *Aus der texanischen Ölfamilie Ewing* machte man einen gallischen Zeitungsclan, aus der Southfork-Ranch ein Loire-Schloß.

Die Väter der neuen Serie stützten sich dabei auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Louis Harris. Der typische französische TV-Konsument, so wurde festgestellt, wollte reiche Leute sehen, die sich „unmöglich" benehmen. Doch das Ganze sollte sich in einem den Franzosen bekannten geographischen Rahmen abspielen. Die Wahl fiel deshalb auf das Klischee eines Provinzverlegers, der mit seiner Zeitung im jeweiligen Departement für gutes und schlechtes Wetter sorgt. Als Gegenspieler stellte man ihm einen neureichen – und zugewanderten – Baulöwen mit seiner Familie gegenüber.

Derartige Zeitungsmagnaten sind jedem Duchschnittsfranzosen bekannt. Schließlich gibt es auch heute noch in jeder Region des Landes eine Familie, die Inhaberin der jeweils einzigen Regionalzeitung ist. Bezeichnend dafür ist, daß der zur Zeit amtierende Staatssekretär im Pariser Außenministerium, Jean-Michel Baylet, anfangs heftig gegen „Chateauvallon" protestierte.

Der Grund dafür: Die Familie Baylet besitzt in Toulouse die Zeitung „La Depeche du Midi", und der Staatssekretär befand, die Darstellung des Pressemilieus in der TV-Serie sei eine „Karikatur". Der Protest des Politikers wurde von den TV-Ge*waltigen zurückgewiesen, war aber* gleichzeitig eine willkommene Werbung.

Als die Serie deshalb Ende Januar – im Juni ist erst einmal Schluß – im zweiten Programm anlief, war die Spannung groß und die Einschaltquote dementsprechend: rund 20 Millionen Zuschauer wurden am ersten Abend registriert.

Doch schon bald hagelte es Kritik. Die einzelnen Charaktere, so wurde bemängelt, waren nicht scharf genug, niemand war so richtig schön böse – wie etwa J.R. in „Dallas" – und niemand war wirklich supersympathisch – wie etwa Bobby. Dazu litt die Serie an der „gallischen Krankheit", das heißt, es wurde viel zuviel geredet, und dafür mangelte es an dramatischen Aktionen.

Das Schlimmste aber war, daß „Chateauvallon" viel zu kompliziert war. Eine Episode konnte nur verstanden werden, wenn man alle vorherigen gesehen und noch im Kopf hatte. Der „Quotidien de Paris" schrieb dazu: „Einiges ist so kompliziert, daß sich offensichtlich selbst die Drehbuchautoren nicht mehr zurechtfinden."

Angesichts der Kritik im eigenen Land sanken die Exporthoffnungen. Nur Luxemburg, Belgien und die Schweiz haben die ersten 26 Episoden übernommen. Die zahlungskräftigen Deutschen zieren sich, die Italiener winkten bisher ab, die Spanier zeigten nur wenig Interesse an der Intrigenstory made in Frankreich, von den Engländern gar nicht zu sprechen.

Mit den Exporterlösen aber sollte die zweite Serie von 26 Episoden finanziert werden. Entsprechende Optionen mit Drehbuchautoren waren schon abgeschlossen worden. Das bisherige Unvermögen, „Chateauvallon" im großen Rahmen im Ausland abzusetzen, hat deshalb dem Höhenflug erst einmal ein Ende gesetzt. „Dallas" und „Denver" haben weiterhin keine Konkurrenz.

JOCHEN LEIBEL

KRITIK

Der Hase in der falschen Küche

Wer heutzutage eine Fernsehgeschichte auf drei Folgen anlegt, deren jede von satter Spielfilmlänge ist, muß entweder seine Zuschauer verachten oder sehr hoch einschätzen. Ein Drittes gibt es bei **Morenga** (ARD). Der Co-Autor des langausholenden Dreiteilers aus der deutschen Kolonialgeschichte, Egon Günther, ließ den Film überlaufen, weil er als Regisseur verliebt war in die Fülle der Bilder, Symbole und auch allerlei Kameraschnokus.

So geriet ihm ein Film, dessen Thema, die gnadenlose Kolonialpolitik des Kaiserreiches im damaligen „Deutsch-Südwest", eigentlich heftig zum Nachdenken hätte reizen können – aber es tat's nicht, es zerfaserte mit viel „action" zu einer Western-Unterhaltung, die immer schön ihren Strickmustern folgte. Tragische Figuren, wie etwa der Bezirksbeamte Graf Kageneck, gaben ihre Rolle als Opfer des Koloniallebens ab an billige Symbolismen und Anleihen aus alten englischen Kolonialstories.

In der dritten Folge kam die eigentliche Hauptperson zu Worte, der Veterinär Gottschalk. Er verzweifelt an seiner Rolle als Mitläufer einer ungebetenen und grausamen Besatzung. Doch man sieht ihn nur als verwirrten Jungen, von dem man eigentlich nicht weiß, was mit ihm los ist. Auch das von einem schwarzen Mädchenchor gesungene Deutschlandlied zum Schluß hilft einem nicht weiter.

Programmdirektor Hübner meint zu dem Unternehmen, „Morenga" sei ein Angebot „unterhaltsam, zum Nachdenken, auch zum Widerspruch auffordernd". Ach, wenn dem so wäre! Aber das Unterhaltsame geht zu oft in manierierten Eigenwilligkeiten verloren, das Nachdenkenswerte wird von einem heftigen Aktionismus niedergeritten, und der Widerspruch entzündet sich eher am bröckelnden und bruchstückartigen Duktus der Regie als an der brisanten Story.

Ihr Klassenziel, nämlich die Chance, ein Stück Geschichte zu verlebendigen, erreicht die Arbeit Günthers nicht. Sie treibt außerdem den Hasen in die falsche Küche.

VALENTIN POLCUCH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der eiserne Weg
11.05 denkmal
12.10 Die Pazifische Herausforderung
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Heimchen am Computer
Dokumentarfilm von Ingrid Mertner und Sonja Pape.
16.55 Die Spielbude
In der ersten von zehn neuen Folgen wartet Gina Stephan gleich wieder mit einer Reihe erfolgreicher Musiker auf.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Report
Das neue Tierschutzgesetz – Werden Tierversuche tatsächlich schwieriger? / Spionage unter dem Priestergewand – Rumänische Priester in der Bundesrepublik / Die deutsche Herzhilfe – Geschäft mit dem Mitleid / Zukunftsmacher – Die Wende in der Forschungspolitik
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
Stürmische Nacht
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
DFB-Pokal Viertelfinale
Bayer 04 Leverkusen – FC Bayern München
23.15 Kulturwelt Musik
Der nahe bei Rom lebende Komponist Hans Werner Henze steht im Mittelpunkt der heutigen Sendung. Fragen zu seiner Musik, die Peter Wapnewski an ihn richtet und Auskünfte über seinen ästhetischen und politischen Standpunkt werden dabei mit Beispielen aus seinen Werken ergänzt.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
Calimero hat einmal Glück
16.20 Schüler-Express
Schnieke Mode und Klamotten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Seewolf
16teilige Fernsehserie nach Jack *London*
Mit Raimund Harmstorf u. a.
Regie: Wolfgang Staudte
Als die Dampffähre „Martinez" von einem unbekannten Schiff gerammt wird, kommt Humphrey van *Weyden mit dem Leben davon.* Der Kapitän eines Robbenfängers nimmt ihn an Bord.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Stadttheater
Fernsehspiel von Fritz Raab nach Motiven seines Romans
Mit Wolfgang Kieling, Volker Brandt, Regina Sattler u. a.
Regie: Thomas Fantl
21.15 WISO
Die vollautomatische Bank – Bleibt die Kundenberatung auf der Strecke? / Mitbestimmung bei Kohle und Stahl – Immer noch Modell für die Zukunft? / Bankenkrach in Ohio – Wie sicher ist bei uns das Geld? / Tips rund ums Geld: u. a. Was kosten Bankkredite?
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Schluck und Jau
Komödie von Gerhart Hauptmann
Aufzeichnung einer Aufführung der Bühnen der Stadt Bonn
Szenenbild: Siegwulf Turek
Inszenierung: Rudolf Noelte
0.30 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
(Amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Freiwillige
15.00 Indian River
Der Fluß
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Ein schwerer Fall für Richter Garth
18.00 Hoppla Lucy
Stumm wie ein Fisch
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Eines Tages öffnet sich die Tür
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Henry Fonda, Susan Strasberg u. a.
Regie: Sidney Lumet
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die Kunst, zu lieben
Amerikanischer Spielfilm (1970)
Mit Jack Nicholson, Arthur Garfunkel, Candice Bergen
Zwei Collegefreunde, ein Träumer und ein Schürzenjäger, erzählen sich über Jahre hin ihr Leid mit der Liebe, von ihren Eroberungen beziehungsweise Wunschvorstellungen ...
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Abgeordnete – Szenen deutscher Politik
2. Um die Einheit der Nation: 1848 und 1870
Dokumentation von Peter Claus Schmidt
20.30 Die Pawlaks (7)
Eine Geschichte aus dem Ruhrgebiet
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Thema: Südafrika heute
Gast: Breyten Breytenbach
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Dierk-Ludwig Schaaf aus Frankreich: Nachts in Rungis
20.45 Rückblende
Vor 20 Jahren gestorben:
Ewald Mataré – Kunst und Symbol
21.00 Formel Eins
21.45 Volksgenossen
Berichte vom Kriegsende
22.15 Deutschlandbilder
Miß-Vergnügen
23.00 Auslandsmagazin
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 SFB-Computer-Club
19.00 Von Spielen, Spielzeug und Spielverderbern (1)
19.45 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Johann Sebastian Bach (3)
Stürme und Jahre
22.45 Frauenberufe
Die Industriearbeiterin
23.30 Per Anhalter durch die Galaxis (6)
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Wovon wir leben
Balsam der Sinne
19.05 Formel Eins
20.00 Die Goldfalle
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Glenn Ford, Rita Hayworth u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Ich bin, der ich bin – Hermann Kesten
Porträt des Schriftstellers
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Der lange Weg zum Fasten
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3.
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Singapur
Amerikanischer Spielfilm (1947)
22.30 Science Report
22.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 Auf die Plätze ...
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (6)
19.20 Meine Tante, deine Tante
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Ralph Arthur Roberts, Johannes Heesters u. a.
Regie: Carl Boese
20.45 Die Sprechstunde
Der lange Weg zu Fasten
21.30 Rundschau
21.45 C-Waffen in der Bundesrepublik
Protokoll einer Recherche
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Doppelte Primadonna

ebi. – Man weiß ja nicht, wie lange Denver-Carrington und Colby-Oil noch Dividende abwerfen. Kluge Unternehmer haben, um nicht von einem einzigen Produkt abhängig zu sein, deshalb längst die Diversifizierung erfunden. Und nun zeigt sich wieder einmal, daß die clevere Alexis doch als einzige in diesem Denver-Clan wirkliches Unternehmer-Blut hat. Sie baut vor für die Zeit nach dem Ölboom.

Die Schauspielerin Joan Collins jedenfalls, der man so hartnäckig nachsagt, sie hätte sich in ihrem Privatleben viele Jahre lang für die Rolle des Biests Alexis qualifiziert, hat die Filmrechte an Arianna Stassinopoulos' Biographie „Maria Callas - The Woman behind the Legend" erworben.

Die Frau hinter der Legende, wie es die Stassinopoulos meinte, litt an ihrer Kunst, verzehrte sich in der Musik, die sie interpretierte, bezahlte wohl die Intensität ihres Darstellertums mit Glücklosigkeit im Leben und frühem Tod. Die Callas war eine Fanatikerin, die von den anderen ebensoviel verlangte wie von sich selbst und darüber allzu oft böse zusammenstieß mit ihren Mitmenschen, seien es Tenöre, Regisseure oder lästige Journalisten gewesen. Das brachte ihr den Ruf eines Biests ein.

Das ist, möchten wir vorbeugend bemerken, doch etwas nicht unerheblich anderes als die schiere Biestigkeit einer Alexis, der schwarzen Seele im verführerischen Leib. Da fehlt zum neuen Serien-Glück wirklich nur noch, daß man für die Gegenspielerin der „Tigerin" Maria Callas, „die Taube" Renata Tebaldi, die sanfte Krystle engagiert. Freilich, dann kann man auch gleich „Denver" weiterdrehen.





Welcher Bau ist der bessere Musentempel? – Das 1972 vollendete Hessische Staatstheater (links) und der klassizistische Mollerbau FOTOS: SABINE RITTER

Jetzt zieht ein dickes Monster in Mollers Hoftheater ein

Darmstadt, das einmal unter seiner hessischen Fürstenfamilie eine der schönsten Städte Deutschlands war, das aber durch eine Serie von Bausünden unter sozialdemokratischen Bürgermeistern fast mehr noch als durch den Krieg und seine Zerstörungen verwüstet wurde, steht im Begriff, dem städtebaulichen Versagen zu guter Letzt auch noch die Krone aufzusetzen. Eines der schönsten Gebäude der Stadt, das klassizistische Hoftheater von Georg Moller, 40 Jahre nach Kriegsende noch immer eine Ruine, soll nun einer neuen Bestimmung übergeben werden.

Die hessische Landesregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner hat bereits ihren Segen dazu gegeben. „Im zeitigen Frühjahr 1985" soll mit den Arbeiten begonnen werden. Dann wird sich der majestätische Bau von 1818, geschmückt mit sechs großen korinthischen Portalsäulen und nach dem Brand von 1871 angeblich sogar nach Vorstellungen Gottfried Sempers neu erbaut, in eine gigantische Dunkelkammer verwandeln. Statt lebendiger Menschen, für die der geniale Baumeister einst das festliche Haus entworfen hatte, sollen jedoch die Aktenberge des hessischen Staatsarchives in das Theater einziehen.

Die Stadt besitzt bereits einen Riesenbunker, in dem das Archiv bequem Platz finden könnte: das jetzige, erst 1972 vollendete kastenförmige Theater, das als ein fensterloser Klotz im Stadtgefüge liegt und für seine miserable Akustik weitherum berühmt ist. Aber in diesem Betonkoloß soll den Darmstädtern nach dem Willen ihres Oberbürgermeisters Günther Metzger auch in Zukunft Theater vorgesetzt werden. Der schönproportionierte Mollerbau dagegen, bekommt den Betonkasten erst nachträglich eingepflanzt, damit „die hohen Lasten der Archivalien stabil abgestützt" werden können. Und die Landesregierung nennt das „Wiederaufbau".

Nach der Rekonstruktion der Theater von Hamburg, Stuttgart, Budapest, Zürich, und nachdem die Dresdener Semperoper in ihrer alten Schönheit glanzvoll als Opernhaus wiedereröffnet worden ist, hätte man auch in Darmstadt mehr kunst- und staatspolitische Klugheit erwarten können. Schließlich hat die Nachbarstadt Frankfurt mit dem Wiederaufbau ihrer Alten Oper, dem Römerberg und ihren engagierten Museums-Neubauten ein leuchtendes Vorbild gegeben. Die Bauarbeiten am Hoftheater werden genau mit dem beginnen, was spätestens seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 international auf dem Index der Stadtplanung steht: mit Denkmalschändung. Um das Archivmonster in die Ruine zu zwängen, müssen die Reste des alten Zuschauerraums zertrümmert werden. Dann sollen „Pfahlgründungen" folgen, damit die Akten in ihren Betonetagen gut abgestützt Platz nehmen können. Um die Archivbenutzer über diesen Mord an einem Bauwerk zu blenden, werden Foyer und Treppenaufgänge „unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten" hergerichtet.

Der Denkmalpfleger soll also das Alibi für das Zerstörungswerk liefern. Und tatsächlich ist es auch gelungen, ihm bis heute den Mund zu verschließen. Aber wo bleiben die anderen Verfechter einer Stadtbaukultur, die sich durch Respekt vor den Resten der Vergangenheit auszeichnen, die Architekten mit ihren Kammern und dem eleganten BDA, dem Bund Deutscher Architekten, der in Frankfurt so leidenschaftlich die Römerbergbebauung bekämpft hat, weil er sie für künstlerisch fragwürdig hielt? Der Deutsche Werkbund, der mit einer Postkartenkampagne die Bebauung des Paulsplatzes in Frankfurt „aus städtebaulichen Gründen" und angeblich aus Ehrfurcht vor der Armut und Einfalt der Nachkriegsarchitektur verhindert hat und der auch an der Spitze der breiten Protestfront steht, die zur Zeit in München das Hofgartenprojekt zu vereiteln sucht?

Die kunstpolitischen Sittenrichter in der Bundesrepublik verschließen in Darmstadt ihre Augen, so wie sie sie vor all den Bausünden der Nachkriegszeit verschlossen haben. Das Darmstädter Hoftheater von Georg Moller, in der Entstellung, die ihm zugedacht ist, könnte dafür ein Nationaldenkmal werden – wenn es nicht schon Abertausende solcher Denkmäler gäbe.

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Bildertausch mit ungarischen Museen

DW. Lugano

Meisterwerke aus ungarischen Museen werden vom 15. Juni bis 15. Oktober in der Villa Favorita in Lugano, dem Haus der Sammlung Thyssen-Bornemisza, zu sehen sein. Der Besitzer einer der bedeutendsten Privatsammlungen hat einen entsprechenden Bildertausch vereinbart. Er wird für dieselbe Zeit 47 Gemälde aus seiner Sammlung nach Ungarn ausleihen. Einen entsprechenden Austausch hatte es im vorigen Jahr mit sowjetischen Museen gegeben. Zu den Bildern, die nach Lugano kommen, gehören Werke von Dürer, Altdorfer, Giorgione, Velasquez, Goya, Rubens Delacroix, Gauguin, Monet und Manet.

Tanzszene Schweiz am Basler Theater

Reg. Basel

„Tanzszene Schweiz": So nennt sich eine Veranstaltungsreihe der Basler Theater, bei der vom 22. April an ein Überblick über die nicht etablierten oder alternativen Ensembles unseres Nachbarlandes ermöglicht werden soll. Es gastieren u. a. das Schweizer Kammerballett, das CH-Tanztheater, die Gruppe „Obsession" unter Susana, „Blue Palm" aus Genf, YNO aus Zürich, „Babajaga" aus Bern, die Yolanda Meier Dance Company, Regula Gantenbein, Fumi Matsuda, Nelly Büttikofer, Anna Karger, Denis Carey, Jost Ostwald, Franz Frautschi und Christine Brodbeck.

Berliner Bildhauer im Freilichtmuseum

DW. Cloppenburg

Sechzig Skulpturen von Berliner Bildhauern aus den Jahren 1925 bis 1935 zeigt das Niedersächsische Freilichtmuseum in Cloppenburg bis zum 5. Mai. Darunter sind die Werke von fünfzehn Künstlern, die über Berlin und über die dreißiger Jahre hinaus gewirkt haben. Der Katalog der Ausstellung kostet 5 Mark)

Festival des jüdischen Films

AFP, Paris

Das 4. Festival des jüdischen Films in Paris stellt die Affären von Dreyfus und Rosenberg sowie die Prozesse von Nürnberg und Rom in den Mittelpunkt. Bis zum 2. April werden Filme von Georges Melies sowie von Stanley Kramer, Marcel Ophüls, Erwin Leiser, Thomas Harlan und Constantin Costa-Gavras gezeigt. Parallel finden Debatten mit Historikern, Juristen und Cineasten statt. Der Regisseur und Kameramann Karl Freund soll auf einer Sonderveranstaltung besonders geehrt werden.

Josef Rufer †

DW. Berlin

Im Alter von 91 Jahren ist in Berlin Josef Rufer gestorben, einer der großen Kompositionslehrer dieses Jahrhunderts. Sein Werk über „Die Komposition mit zwölf Tönen" gilt als das Grundlagenwerk der Dodekaphonie. Der gebürtige Wiener war noch einer der Schönberg-Schüler der ersten Stunde und folgte Schönberg auch 1925 nach Berlin, wo er seitdem wirkte. Unter anderem besorgte er die Schönberg-Gesamtausgabe und das Nachlaßverzeichnis. Zu Rufers Schülern zählen Giselher Klebe, Peter Gradenwitz und Claude Balliff.

Williams in Düsseldorf

Blamables letztes Gefecht

Das ist schon eine merkwürdige Geschichte, die Tennessee Williams da kurz vor seinem Tod zusammengeschrieben hat, voll von jenen Figuren, mit denen er einst seinen Weltruhm begründen konnte, und doch nur ein matter Abklatsch z. B. seiner zerbrechlichen Amanda Wingfield, der ätherischen Blanche Du Bois oder des prallen, todgeweihten Big Daddy.

„Nicht für die Ewigkeit gebaut" heißt beziehungsreich und (unfreiwillig) ironisch das Drama, mit dem sich der Südstaaten-Autor aus dem (Theater-)Leben davongemacht hat. 1982 ist es in Chikago uraufgeführt worden; aus irgendeinem Grunde fühlten sich die Düsseldorfer bemüßigt, jetzt mit einer deutschen Erstaufführung nachzuziehen.

Hätten sie's doch bleiben lassen! Denn es handelt sich um ein Un-Stück, das ein krauses Seelendrama mit einer hanebüchenen Geschichte verquickt zu einem quälenden Theaterabend, der gottlob eine Viertelstunde früher endet, als im Programmheft angegeben ist.

Ein altes Ehepaar kommt zurück von der Beerdigung seines homosexuellen Sohnes in ein abbruchreifes Haus, in dem nur ein Kamin und ein paar wertvolle Stühle an den Glanz vergangener Tage erinnern. Der Vater, ein todkranker Mann, will trotz seines Zustandes in die Politik und braucht für seine Wahlkampagne das Geld, das seine Frau mit in die Familie gebracht hat und das sie für die Kinder ihres zweiten Sohnes, Charlie, bestimmt hat. Der liegt gerade mit einem stadtbekannten Mädchen im Bett, und die wechselweisen Herz- bzw. Kreislaufanfälle von Vater und Mutter kontrapunktiert Williams mit lustvollem Stöhnen aus dem ersten Stock.

Auch eine Nachbarin wirbelt über die Szene, eine verblühte Schönheit, die ihre Attraktivität mit Hilfe zahlreicher Verjüngungskuren zurückholen und sich ihre Attraktivität durch eine Handvoll knackiger Burschen bestätigen lassen will, ehe sie, wie wir erfahren, an Krebs sterben wird. Ihr Mann ist ein impotenter Säufer, der sich im Club Pornofilme ansieht und stets Pillen schlucken muß.

Der einzig halbwegs „Normale" ist Sohn Charlie, aber zu seinem Pech ist das Mädchen, mit dem er seine Freizeit gestaltet, vom religiösen Wahn befallen. In einem gründlichen Reinemachen werden sie, der Vater und der Säufer in die Irrenanstalt abtransportiert. Zum Schluß bleibt nur noch Mutter Bella übrig, die in den Armen des Doktors stirbt.

Eine „Horrorkomödie" nannte Williams den Brei, und das Düsseldorfer Premierenpublikum nahm's nur allzu wörtlich, lachte kräftig dort, wo's eigentlich nichts zu lachen gab. Verschweigen wir die Täter, die für das Desaster verantwortlich zeichnen. Erwähnen wir nur die großartige Eva Böttcher als Bella McCorkle, ein schauspielerisches Juwel in einer Blechfassung, deren Talent an diesem Abend hemmungslos verschleudert wurde.

RAINER NOLDEN

„Was echt ist, das kann man nicht entlarven" – Zum achtzigsten Geburtstag von Viktor Frankl, dem Schöpfer der Logotherapie

Der Mensch übersteigt unendlich den Menschen

Der Psychotherapeut Viktor E. Frankl, der heute zu seinem achtzigsten Geburtstag weltweit geehrt wird, meint in seiner „Autobiographischen Skizze" von 1973, es sei „eigentlich gar nicht so übertrieben", wenn man ihm nachsage, daß ihm die Ehrendoktorate angesehener Universitäten – es dürfte nun schon ein halbes Dutzend sein – „nicht so viel bedeuten wie die beiden Klettersteige in den Alpen, die mir zu Ehren von ihren Erstbegehern Frankl-Steige getauft wurden." Ganz besonders stolz war Frankl in jüngeren Jahren auf das Abzeichen des Alpenvereins, das ihn als Kletterführer akkreditierte. Die Symbolik, die in der Auszeichnung lag, war ja auch schlagend. Denn was ist eine Psychotherapie anderes als ein gewagtes und unter Umständen sogar lebensgefährliches Unternehmen, bei dem man sich unbedingt auf den Bergführer verlassen können muß?

Zunächst nannte Frankl seine Lehre „Höhenpsychologie". Schon der junge Psychiater der dreißiger Jahre stellte sie der Tiefenpsychologie an die Seite, wie sie Freud, Adler und Jung entwickelt hatten. Die Ziele, die sich Menschen setzen, meinte Frankl schon damals, müßten endlich einmal ernst genommen werden, statt sie immer nur im Stile einer „entlarvenden Psychologie" auf Triebkonflikte oder auf „Arrangements" zurückzuführen. Frankl, der in Wien schon als Gymnasiast mit Freud korrespondierte und der als 19jähriger in dessen Zeitschrift 1924 eine Arbeit erscheinen ließ, konstatiert heute: „Freud hat uns gelehrt, wie wichtig das *Entlarven* ist. Aber ich denke, irgendwo muß es auch haltmachen, und zwar *dort, wo der entlarvende Psychologe* mit etwas konfrontiert ist, das sich eben nicht mehr entlarven läßt, aus dem einfachen Grund, weil es *echt* ist."

Das ist ein sehr schöner Satz, der, wie gesagt, schon die Meinung des jungen „Höhenpsychologen" und Kletterenthusiasten ausdrückt. Es macht ja tatsächlich die immer wiederkehrende Erfahrung des Kletterers aus, daß die Felsformation um ihrer selbst willen mit ihren Möglichkeiten und Gefahren durchaus „echt" ist und als solche seinen Einsatz fordert. Dies anzuerkennen heißt heute in Frankls Logotherapie „Selbsttranszendenz". Sie ist für ihn bei weitem wichtiger als die von der „Humanistischen Psychologie" so gepriesene „Selbstverwirklichung", die sich im Grunde so wenig zum Ziel machen beziehungsweise „intendieren" läßt wie das Glücklich-Sein.

„Was der Mensch wirklich will", sagt Frankl, „ist, einen Grund zum Glücklich-Sein zu haben. Hat er nämlich einen solchen, dann stellt sich das Glück von selbst ein." In der gleichen Weise bringt, wie Elisabeth Lukas in ihrer „Psychologischen Seelsorge" ausführt, „das Streben nach Selbsttranszendenz die Selbstverwirklichung unangestrebt automatisch mit sich".

Der fruchtbare logotherapeutische Ansatz führte Frankl auch zu zahlreichen wichtigen Einzelentdeckungen, so z. B. zu der Entdeckung des Dahinschwindens neurotischer Ängste, sogenannter Phobien, sobald man sie in Gedanken dadurch überspielt, daß man sich als „Paradoxe Intention" genau das lebhaft vorstellt und wünscht, was man – wie zum Beispiel das Zusammenbrechen beim Überqueren eines Platzes – am meisten fürchtet. Hier kann die Logotherapie als „dritte Wiener Schule der Psychotherapie" auf uralte Erfahrungen zurückgreifen. Sich gegen diese seine Herkunft aus einer langen Tradition *aufzulehnen, hatte Frankl nie nötig,* der „bereits im Alter von fünfzehn Jahren richtig hypnotisieren konnte". Er war seiner selbst stets sicher genug, um seine unmittelbaren Lehrmeister dankbar anzuerkennen, obwohl diese ihn – wie Freud und Adler – wegen seiner Eigenständigkeit früher oder später verstoßen mußten.



Nicht in die Tiefe, sondern in die Höhe: Der Logotherapeut Prof. Viktor E. Frankl FOTO: TELEBUNK

Am stärksten hat ihn zweifellos Alfred Adler beeindruckt durch das Engagement für die sozialistische Arbeiterbewegung und durch den psychohygienischen Einsatz im Rahmen von Beratungsstellen für in seelische Not geratene Jugendliche. Als Frankl 1927 die individualpsychologische Schule verließ, war er schon ein gutes Stück auf dem Weg vorausgegangen, der Adler erst 1933 zu seinem Buch über den „Sinn des Lebens" und weg vom revolutionären Sozialismus führen sollte. Frankl machte inzwischen die „Selbsttranszendenz" insofern zu seinem Lebensprinzip, als es „eigentlich nie und nimmer darauf ankommt, was wir vom Leben noch zu erwarten haben, vielmehr darauf, was das Leben von uns erwartet!"

Dieser Leitsatz seines bahnbrechenden Werkes über die „Ärztliche Seelsorge" (1946) läßt in seiner überlegenen Ruhe nicht erkennen, daß er dem Autor in Auschwitz klar geworden ist. Als Jude war der junge Psychiater drei Jahre in Konzentrationslagern, in denen er die konkreten Möglichkeiten der Selbstdistanzierung entdeckte: In den schlimmsten Momenten von Elend und Entwürdigung „stellte ich mir vor, ich stünde an einem Rednerpult in einem großen, schönen, warmen und hellen Vortragssaal und sei im Begriff, vor einer interessierten Zuhörerschaft einen Vortrag zu halten ..., und ich spräche gerade von alledem, was ich soeben erlebte."

Immer wieder ist es also die selbstgesetzte Aufgabe, die das Ich davor bewahrt, von seiner eigenen Not überwältigt zu werden. Seelisches Leiden resultiert in unserer Zeit vielfach aus dem Gefühl der Sinnlosigkeit des Daseins, das gewisse Agitatoren da und dort noch mit dem ausschließlichen Hinweis auf all das intensivieren, was das Leben uns angeblich schuldet. Solche „Effekthascherei", sagt Frankl, „stößt allemal ins Leere." Denn es kommt eben auf die Einsicht an, daß das Leben von *uns* etwas erwartet."

PETER R. HOFSTÄTTER

Neue Literatur zur Logotherapie:
Viktor E. Frankl: Die Sinnfrage in der Psychotherapie; München, Verlag Piper 1981.
Viktor E. Frankl: Der Mensch vor der Frage nach dem Sinn; München, Verlag Piper 1985.
A. Längle (Hrsg.): Wege zum Sinn, Logotherapie als Orientierungshilfe; München, Verlag Piper 1985.
E. Lukas: Psychologische Seelsorge; Freiburg, Verlag Herder 1985.

Hamburgische Staatsoper: Händels Oratorium „Belsazar" unter Harry Kupfer

Nur den Popanz kann man hängen

Die Giftschwaden von Nonos „Intolleranza" mit ihren schwarzen Bildern von Folter, Mord und Atomtod sind noch nicht verweht, da werden uns auf der Hamburger Staatsopernbühne bereits neue, düstere Vernichtungsrituale vorgesetzt: Händels oratorische Visionen von der babylonischen Gefangenschaft der Juden, von Belsazars und Babylons Untergang. Harry Kupfer, der hier sein Hamburg-Debüt gibt, hat den „Belsazar" zum 300. Geburtstag des Komponisten in Szene gesetzt – soweit ganz im Einverständnis mit Romain Rolland, der Händels Oratorien für die reinsten musikalischen Dramen hält. Freilich wählt Kupfer nicht das Ambiente ferner vorchristlicher Zeit, sondern das der jüngeren deutschen Vergangenheit, im Zentrum des Dritten Reichs. Eine Aktualisierungs-Volte, die ihn in ein Kreuzfeuer wütiger Buhs, doch auch anerkennender Bravi entließ.

„Belsazar" als Aufschrei der verfolgten Juden, als Parabel von Unterdrückung, Glaubensgewißheit und Befreiungskampf. Kupfer siedelt das ungeachtet der vielstrapazierten Parallele im Warschauer Getto an, mitten in einer zerbombten Synagoge, in der die zusammengepferchten Juden unter den Augen der MP-bewehrten NS-Schergen das Spiel vom Tyrannenmord inszenieren. Belsazar selbst erscheint als Riesen-Popanz, als feiste, aufgedunsene Monster-Marionette, die schließlich aufgeknüpft wird.

Auf Kostümspektakel hat Kupfer also bewußt verzichtet, pathetische Perser- oder Babylonier-Aufmärsche, realistisch überschwappende Orgien bleiben uns erspart. Kupfer setzt allein auf die Wirkung des einen großen Juden-Chores, den er mit ruhiger, kluger Hand, ohne aufgeblasenen Aktionismus in psychologisch motivierten Choreographien über die Einheitsbühne Wolfgang Gussmanns bewegt. Nur selten erlahmt dabei sein Erfindungssinn, selten verliert er sich in aufdringlichen Symbolen. Auch die Solisten löst er eindrucksvoll aus jeder Typisierung, gibt ihnen subtiles Charakterprofil.

Bedacht hat Kupfer nur nicht, daß sich bei seinen NS-Rahmen-Bedingungen das Spiel nicht sofort als Spiel im Spiel erschließt, der Chor der Juden nicht gleich erkennen läßt, daß hier ja die unterschiedlichsten Völkerscharen, das Perserheer, die Babylonier und die gefangenen Juden, zu Worte kommen. Der Rahmen erweist sich besonders auch als irritierende Zwangsjacke für den Schluß, für den der Regisseur dem Jubel-Amen der durch Perserkönig Cyrus befreiten Juden das drohende Vernichtungsritual der Nazis entgegensetzt. So wird Händel denn doch gewaltsam zu einem Geschichtspessimisten abgestempelt, der die Zeitläufte als unabreißbare Kette von Machtmißbrauch und Katastrophen sieht.

Von Irritationen völlig ungetrübt, ein Ereignis von exemplarischer Vitalität war die musikalische Präsentation des „Belsazar". Obwohl keine reine Aktionsmusik, hat Händel hier ja Chor-Aktionen von enormer dramatischer Wucht geschaffen, deren affektgeladene Bildhaftigkeit und explosive Deklamatorik von imponierendstem Zuschnitt sind. Mit dem glänzend disponierten Staatsopernchor hat Gerd Albrecht vor allem diesen mächtigen Chorerfindungen bezwingende Plastizität und Durchschlagkraft gegeben, zugleich aber auch eine überraschende Transparenz und Leichtigkeit.

Auch seine Führung des rund 50 Mann starken Orchesters (mit einem Continuo-Paar für die Rezitative auf der Bühne) ließ mit ihrem Spannungsdrall, ihren erhellenden Forte-Piano-Kontrasten den meisterlichen Händel-Dirigenten erkennen. Und was Händel seinen Protagonisten an Psycho-Feinschliff und Tiefgründigkeit mitgab, fand unter seiner Ägide ebenfalls kongenialen Niederschlag.

Vor allem Helen Donath, eigentlich ja kein dramatischer, sondern lyrischer Sopran, verlieh der Rolle der Belsazar-Mutter Nitocris sängerisch wie darstellerisch bewegendes Profil. Dem Genie Händels erwiesen aber auch Walter Raffeiner als Belsazar, die Mezzosopranistin Jeanette Piland als Cyrus, Harald Stamm als Gobrias und – eine Überraschung für Hamburg – der erst 20jährige Countertenor Jochen Kowalski als Daniel angemessene Reverenz. Für alle Musiker war der Jubel immens.

KLÄRE WARNECKE

Deutsche Oper Berlin: Götz Friedrichs „Ring"-Fortsetzung mit „Siegfried"

Ein Drache sitzt auf stählerner Burg

Wie einer Springprozession bewegt sich die Neuinszenierung von Wagners „Ring des Nibelungen" durch Götz Friedrich an der Deutschen Oper Berlin ihrem Abschluß entgegen. Nach einem „Rheingold" von Vorzüglichkeit setzte es eine eher platte „Walküre". Nun aber mit „Siegfried" wendet sich wieder das Blatt.

Die Aufführung gewann sich dank René Kollo in der Titelpartie über weite Strecken musikalische Anmut, die Jesus Lopez Cobos mit seinem Orchester hellhörig aufgriff. Lopez Cobos dirigierte die beiden frühen Akte des Werks mit großer Delikatesse, detailversessen, durchsichtig, wohlklingend: Einen Wagner ohne Panzer, vorgetragen mit gemessener Lebhaftigkeit. Das wiederum gab Kollo und dem bizarren, charakterscharfen Horst Hiestermann als Mime Gelegenheit, ihre Rollen mit fröhlichem Bedacht auszukosten, das tolle Knabenstück vom einsamen Leben zu zweit inmitten des noch unversäuerten Waldes.

Der freilich glänzte im Bühnenbild Peter Sykoras durch Abwesenheit. Das berühmte „Waldweben" fand auf gescheckten Tarnplanen statt, als habe vor Jung-Siegfried im NATO-Manöver „Fafner" gerade die Bundeswehr auf der freien Lichtung gerastet. Und Fafner wiederum, dahersingend mit der Riesenstimme Bengt Rundgrens, rollte aus der Ferne heran wie eine stählerne Burg mit vorausoperierenden Greifzangen.

Friedrichs und Sykoras Idee, den „Ring" im sogenannten „Zeitentunnel" spielen zu lassen, einer riesigen, sich erst in fernster Ferne ins Helle öffnenden Röhre, wird im „Siegfried" in ihrer kargen, betonierten Symbolik fortkaschiert. Über der Zwergenschmiede im Wald tanzen bunt Sonne, Mond und Regenbogen um das Sioux-Zelt wie beim Gartenfest von Laubenkindern im Hochsommer. Erst ganz zum Schluß, bei Brünnhildens Erwachen, flammt der „Zeitentunnel" ganz auf und läßt sich offenbar einstweilen nur umständlich löschen. Der Feuerwehr bereitet wahrscheinlich Friedrichs „Siegfried" noch im nachhinein eine schlaflose Nacht.

Von ähnlicher Schlaflosigkeit aber scheint auch der Wanderer Wotan umgetrieben. Unter dem Schlapphut verbirgt sich kahlknochig und weißgekalkt des Gottes Totengesicht. Das aber singt mit überraschend frischer, jungmännlicher Stimme. Sie gehört Roger Roloff, viel zu früh in die Götterpartie eingekehrt. Roloff verwechselt Resignation noch mit Monotonie. Singautorität ist ihm einstweilen noch nicht gegeben.

Gottfried Hornik als Alberich wühlt sich maulwurfgleich auf dem Waldboden. Das ist eine hübsche Idee. Aber Gefährlichkeit setzt Hornik nicht an. Geisterhaftigkeit, Beklemmung, dunkle Größe sind der Aufführung nicht eigen. Auch Anne Gjevang müht sich ohne rechte Durchschlagskraft kellerstimmig in der Erda-Rolle. Sylvia Greenberg durchflattert papagenafarbig mit leichter Kehle den Siegfried-Wald.

Es ist Lopez Cobos' bedeutende Leistung, der musikalischen Wandlung des dritten Aktes angemessenen Ausdruck zu finden, den Sprung Wagners über die zwölfjährige Schaffenspause am „Siegfried" kraftvoll und klar nachzuvollziehen. Er läßt die Dichtheit der gewandelten Handschrift des Meisters aufklingen, ohne den Vortrag über Gebühr einzudikken. Lopez Cobos fühlt sich in die sich nun ins sinfonisch Vollbrüstige steigernde Partitur nachdrücklich, wenn vielleicht auch immer noch ein wenig allzu dozierend ein.

Kollo läßt die herausforderungsreiche Partie beinahe leicht, durchaus anmutig und immer singbar erscheinen. Er gibt ihr Witz, Schlagkraft, gemütvolle Ironie. Er ist behend und spart sich nicht auf. Er geht die Schlußsteigerungen im Zwiegesang mit Brünnhilde stimmlich durchaus unerschöpft an. Man hört sein Singen mit Lust. Die vokale Linie deckt sich mit der Darstellung vollkommen.

Kollo hat das Glück, sich in Catarina Ligendza eine Brünnhilde zu erwecken, die mit schlanker Stimme zu singen weiß: Keine Heroine des Wagner-Gesangs, eher eine junge Frau voller Singintelligenz, vokal wie darstellerisch gleich geschmeidig. Im Verein mit Kollo führt sie das Werk auf den Gipfel, den ihm Sykora, der Bühnenbildner, allerdings beinahe fahrlässig vorenthält.

KLAUS GEITEL

Jetzt stehen Elefanten auf der Roten Liste

AFP, Kinshasa

Mit einem gutgezielten Schuß soviel zu verdienen wie sonst nur in zehn Jahren Arbeit – diese Aussicht hat die Zahl der Wilderer im Nationalpark Virunga in Ost-Zaire innerhalb weniger Jahre bedrohlich anschwellen lassen. Das schnelle Geld ist mit den Stoßzähnen der Elefanten zu machen: Die 40 Kilogramm Elfenbein eines mittelgroßen Tieres bringen auf dem Schwarzmarkt 15 000 Mark ein. Die Folge: Innerhalb von fünf Jahren ist die Zahl der Elefanten in dem Reservat von 4000 auf 400 zurückgegangen.

Hauptstadt des Elfenbeinhandels ist Bujumbura. Von hier geht das kostbare Material in alle Welt, oftmals unter Protektion höchststehender Kreise in der Hauptstadt Kinshasa. Kürzlich erst wurde der Leiter der Naturschutzbehörde wegen Bestechlichkeit versetzt.

Aber selbst harte Strafen – wie die 15 Jahre Gefängnis eines Bandenführers – schrecken die Jäger nicht. Das Risiko, ertappt zu werden, ist in dem Park, der mit 8000 Quadratkilometer halb so groß ist wie Schleswig-Holstein, gering. Außerdem haben die Wächter Angst vor der modernen Ausrüstung der Wilderer. Den automatischen Gewehren und schnellen Geländewagen können sie oft nur Karabiner und ihre Leichtfüßigkeit entgegensetzen. Rettung für die Elefanten könnte nur eine Radikallösung bringen: die Kappung aller Stoßzähne – von Amts wegen.

Gerettet scheint dagegen der Berggorilla. Ihm ist im benachbarten Kahuzi-Biega-Nationalpark ein unzugängliches Reservat eingerichtet worden. Nur unter Führung eines ortskundigen Wächters dringt man in dieses Gebiet vor, wo die bis zu zwei Meter großen und 200 Kilogramm schweren Gorillas leben. Was bei den Elefanten der Stoßzahn, ist bei den Gorillas der Schädel. Aber die harten Strafen für Wilderer scheinen hier Früchte getragen zu haben: Rund 850 Exemplare haben die Ausrottungsversuche des Menschen überstanden und sind heute schon wieder beiderseits der Grenze in Zaire und Ruanda anzutreffen.

Vom Abstieg des berühmtesten Pariser Stadtteils / Lang ist's her, seit die Großen unserer Zeit hier den Ton angaben



Montmartre verliert den Boden unter den Füßen

Montmartre – wo kommt eigentlich der Name her? Wie so oft steht eine Legende am Anfang: Während der Christenverfolgung nahmen die Römer im Jahr 250 Denis gefangen, den Apostel der gallischen Provinzmetropole Paris. Denis wurde enthauptet, erhob sich aber noch einmal, nahm seinen Kopf und wandelte über einen Hügel, bis er einer frommen Frau vor die Füße fiel. Diese begrub den Heiligen. Auf diese Weise wurde der „Mons Mercore" – der dem Römergott Merkur geweihte Berg – zum „Mont des Mertyrs", Berg der Märtyrer. Von dort zum Montmartre bedurfte es nur noch der sprachlichen Verballhornung. FOTO: MANFRED VOLLMER

A. GRAF KAGENECK, Paris

Ein Untergrund, der langsam einsackt, Wasserrohrbrüche an allen möglichen Stellen, Häuser, die es anscheinend an Berühmtheit mit dem Schiefen Turm von Pisa aufnehmen wollen und – viel schlimmer noch – „der Mord an dem Place du Tertre". Weniger polemisch ausgedrückt: Das nahende Ende eines der romantischsten Plätze von Paris – das alles hat die Einwohner des weltberühmten Montmartre, rund 20 000 an der Zahl, veranlaßt, einen Alarmruf in die Welt hinauszuschicken. Am Wochenende gab es einen Protestumzug durch die alten Gassen mit Jean Mousnia, dem Bürgermeister „der freien Gemeinde von Montmartre", an der Spitze. Zu diesem Protestzug hatten sogar die Sowjetunion und China ein Fernsehteam entsandt.

Die Menschen haben wirklich etwas zu verteidigen. Der Montmartre mit seinem Zuckerkuchen, der Sacré-Cœur-Kirche und seinem Blick über die Dächer von Paris ist nicht nur der Pariser liebstes Kind, selbst wenn die echten „Montmartrois" die Leute von der Stadt für Fremde halten, sondern auch jährliches Ziel von zwölf bis 15 Millionen Touristen aus aller Welt. Er ist Glanzstätte von Dutzenden von Malern, Musikern, Sängern und Chansonniers, die das Menschengeschlecht bereicherten. Er ist ein Mythos, eine Art Gral, zu dem man nicht ohne Schaudern hinaufwandert, wenn man den Sumpf der Place Pigalle hinter sich hat.

„Wenn die Kunst das Licht der Welt ist, so ist der Montmartre ihre Fackel", verstieg sich der Maler Lorjou, der hier ebenso seine ersten Pinselstriche tat wie ein Picasso, ein Buffet, ein Vlaminck, ein Toulouse-Lautrec oder ein van Gogh. Georges Brassens begann hier oben 1952 seine Karriere wie Charles Aznavour, wie Jacques Brel. Hemingway kam vom benachbarten Clichy herüber und vertrank seine ersten Dollar auf der Terrasse vom „Barbe", dem ältesten Bistro am Place du Tertre. Und er traf dort Joseph Kessel, Ferdinand Celine und Max Ernst. Wer unsterblich werden wollte am französischen Kunstfirmament, mußte erst die Weihen des Montmartre erhalten haben.

Das ist längst vorbei. Kein Künstler, und sei er noch so dickfällig, könnte sich heute mehr von Montmartre inspirieren lassen. Der Berg der Märtyrer ist selbst zum Märtyrer geworden. Touristenheere zertrampeln seine alten Pflastersteine. Falsche Maler haben ihre Staffeleien rund um den Tertre aufgebaut und die echten vertrieben. Geldwechsler treiben ihr leichtes Spiel mit naiven Fremden. Neonlicht hat die alten Gaslaternen ersetzt. Und an die Stelle der großen alten Restaurants sind „Friterien" getreten, in denen man für ein paar Franc in Eile eine Tüte voll „Fish and Chips" erstehen kann. „La Mère Catherine" hat längst den Besitzer gewechselt. Und das letzte große Bistro des Montmartre, „Chez Barbe" ist soeben verkauft worden und soll zum Fast-Food-Geschäft einer amerikanischen Imbißkette werden. Symbol des Niederganges französischer Lebens- und Eßsitten. Die Nachbarn haben über den Käufer, einen gewissen Monsieur Baldi, so bitterböse Pamphlete losgelassen, daß sie jetzt einen Beleidigungsprozeß an den Hals bekommen.

Alle Proteste dürften indessen vergebens sein. Die Politiker, an die sich die Einwohner des Montmartre immer wieder gewandt haben – an ihrer Spitze Jacques Chirac, der Bürgermeister von Paris –, haben ihre Versprechungen bisher nicht gehalten und werden sie nach Überzeugung der Bewohner auch in Zukunft nicht halten, weil sie dazu gar kein Geld haben. Nicht einmal die Kredite für eine Ausbetonierung der 32 unterirdischen Bergwerke, in denen einst die Steine zur Vergrößerung von Paris gefördert wurden, sind nicht ausreichend gewesen. So läuft der Montmartre zu allem Überfluß noch Gefahr, langsam zusammenzusinken.

Zweimal menschliches Versagen

rtr, Hannover

Auch das Eisenbahnunglück vom vergangenen Samstag im Bahnhof Altenbeken ist nach Angaben der Bundesbahn-Direktion Hannover auf menschliches Versagen zurückzuführen. Wie ein Sprecher gestern mitteilte, habe die Auswertung der Fahrtenschreiber beider Züge ergeben, daß ein Lokführer ein Haltesignal überfahren habe. Bei diesem zweiten Unglück innerhalb weniger Tage war ein Lokführer getötet und ein mitfahrender Beamter verletzt worden. Der Sachschaden liegt bei vier Millionen Mark. Bei dem Unglück am Montag voriger Woche in Hannover-Empelde hatte ein Lokführer ebenfalls ein Rot-Signal überfahren. Die Fahrer beider Züge, die Kohle und Benzin transportierten, waren bei der Kollision jedoch mit dem Schrecken davongekommen. Das auslaufende Benzin war in Brand geraten, und der anschließende Großbrand hatte einen Schaden von mehreren Millionen Mark verursacht.

Neuer Airport-Expreß

dpa, Hamburg

Die Deutsche Lufthansa will von 1987 an auch auf der Strecke Stuttgart-Heidelberg-Frankfurt nach dem Beispiel des Airport-Expreß von Düsseldorf nach Frankfurt eine direkt zum Rhein-Main-Flughafen führende Bundesbahn-Zubringerverbindung einführen.

Ein Brand wurde gelöscht

AFP, Quito

Der auf der Galapagos-Insel San Cristobal ausgebrochene Großbrand (s. WELT v. 25. 3.) ist gestern überraschend gelöscht worden. Das teilte der Direktor der ecuadorianischen Zivilschutzbehörde, Jorge Moral, in Quito mit. Das Feuer zerstörte eine rund 40 Hektar große Fläche, doch blieben die Naturbestände verschont. Dagegen frißt sich das seit drei Wochen auf der Insel Isabela wütende Feuer weiter. Inzwischen sind 150 Quadratkilometer im Süden der größten Insel des Pazifik-Archipels ein Opfer der Flammen geworden.

Wehrturm versteigert

SAD, Forio

Am kommenden Donnerstag versteigert die Gemeinde Forio auf Ischia einen aus dem Jahr 1480 stammenden Wehrturm. Er diente bei den Sarazenen-Einfällen im 15. Jahrhundert als Refugium für die Inselbevölkerung.

Wieder Erdbeben in Chile

AP, Washington

Mittelchile ist in der Nacht zu gestern von einem weiteren Erdbeben erschüttert worden, das die Stärke 6,3 auf der Richterskala erreichte. Es handelt sich um das siebente Nachbeben in Chile mit einer Stärke von mehr als sechs Punkten nach dem schweren Erdbeben vom 3. März. Damals waren 147 Menschen ums Leben gekommen und rund 2000 verletzt worden. Außerdem entstand bei dem Beben, das die Stärke 7,8 erreicht hatte, schwerer Sachschaden.

Schiffsuntergänge

dpa, Dhaka

Die schweren Unwetter am Wochenende in Bangladesch haben am Sonntag zu einer zweiten Schiffskatastrophe geführt, bei der mehr als 95 Menschen ums Leben gekommen sind. Bereits am Sonnabend hatte ein Schiffsunglück auf dem Buriganga-Fluß mindestens 400 Opfer gekostet, als eine Fähre im Sturm gekentert war. Nach Presseberichten stießen am Sonntag eine mit 250 Passagieren besetzte Fähre, deren Ruder im Sturm gebrochen war, und eine Barkasse auf einem Fluß 72 Kilometer nordöstlich von Dhaka zusammen. Dabei sollen über 50 Menschen ertrunken sein, 45 werden vermißt.

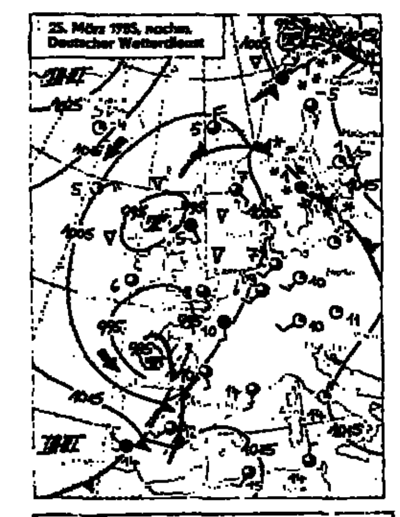
LEUTE HEUTE

Bedenklich

Erstmals seit 129 Jahren wird es von heute an in den britischen Streitkräften keinen Träger des Viktoriakreuzes, der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, mehr geben: Gurkha-Captain **Rambahadur Limbu**, dem die Auszeichnung am 21. November 1965 für seinen Einsatz gegen Aufständische in Malaysia verliehen worden war, schied gestern nach 28 Jahren aus dem Dienst. Er will sich in seinem Heimatdorf Damak (Ostnepal) der Landwirtschaft widmen. Die aus dem Himalaya stammenden Gurkhas dienen seit 170 Jahren in der britischen Armee. In beiden Weltkriegen kämpften rund 200 000 Gurkhas unter den Fahnen Britanniens. 44 000 fielen oder wurden verwundet. Ihr Motto: „Besser tot als ein Feigling."

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: Ein Tief zieht von der Biskaya zur Nordsee. Es führt milde Atlantikluft heran und beeinflußt mit seinem Schlechtwettergebiet am Dienstag vor allem den Norden und die Mitte Deutschlands.



Vorhersage für Dienstag:
Norden und Mitte Deutschlands: Stark bewölkt, im Bergland neblig-trüb, im Norden länger andauernder Regen. Temperaturen im Flachland 10, im Bergland 5 Grad. Nachts 5 Grad C. Süden: Morgens streckenweise Straßenglätte. Am Tage zunächst heiter, im Tagesverlauf Bewölkungszunahme und zeitweise Regen. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, nachts um 6 Grad.

Weitere Aussichten:
Unbeständig, sinkende Temperaturen

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	21°
Bonn	10°	Kopenh.	3°
Dresden	11°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	8°
Frankfurt	8°	Madrid	10°
Hamburg	7°	Mailand	12°
List/Sylt	3°	Mallorca	16°
München	10°	Moskau	5°
Stuttgart	10°	Nizza	14°
Algier	15°	Oslo	2°
Amsterdam	7°	Paris	10°
Athen	17°	Prag	10°
Barcelona	15°	Rom	14°
Brüssel	9°	Stockholm	1°
Budapest	10°	Tel Aviv	20°
Bukarest	8°	Tunis	14°
Helsinki	1°	Wien	11°
Istanbul	9°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.09 Uhr, Untergang: 18.47 Uhr; **Mondaufgang:** 8.22 Uhr, Untergang: 0.23 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die „angenehme Nachtfahrt" – als Illusion entlarvt

AP, Köln

Die Gefahr, bei Nacht in einen tödlichen Unfall verwickelt zu werden, ist 2,2mal größer als bei Tageslicht. Die Gesellschaft für Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen führt dies vor allem auf die vielfach zu schnelle Fahrweise zurück. Wie die Gesellschaft gestern in Köln mitteilte, hat der Schweizer Verkehrspsychologe Fred Hürlimann herausgefunden, warum Verkehrsteilnehmer gerade bei Nacht besonders gern aufs Gaspedal drücken. Auf dunklen Straßen verspürten viele Autofahrer ein „angenehmeres Verkehrsklima", in dem sie auch mit anderen Verkehrsteilnehmern „einen besseren kameradschaftlichen Umgang" pflegten als bei Tag. Lichtsignale würden häufiger als Warnsignale denn als „Schimpfsymptome" aufgefaßt, während andere „unfreundliche Akte" wie „eindeutige" Handzeichen wegen der schlechten Sicht gar nicht erst bemerkt würden. Allerdings würden viele Gefahren auf der dunklen Straße vom Autofahrer gar nicht erst erkannt, wodurch sich bei ihm vor allem bei hoher Geschwindigkeit ein „Sicherheitsgefühl" einstelle, das allerdings nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme. „Diese Idylle täuscht, weil sie unter verringerten Wahrnehmungsbedingungen stattfindet", warnt Hürlimann.

Eine landesweite Kontrolle von mehr als 21 000 Lastwagen- und Omnibusfahrern hat nach Angaben des Düsseldorfer Innenministers Herbert Schnoor Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften bei jedem neunten der überprüften Fahrer ergeben. Am häufigsten wurden Mängel bei den Fahrtenschreibern festgestellt.

Ein häßlicher Piepton vermeldet den Raser

Beobachtungen während einer Geschwindigkeitskontrolle

DIETER SALZMANN, Hamburg

Der Fahrer im entgegenkommenden Wagen hebt warnend die Hand. „Runter vom Gas", will seine Geste signalisieren. An der nächsten Ecke ist eine Radarfalle aufgebaut. Fahrer und Beifahrer können ein Lächeln nicht unterdrücken. Sie sind selber Polizisten und auf dem Weg, eine Radarkontrolle vorzunehmen. Allerdings nicht wie ihre Kollegen in einer Ortschaft. Der Radarwagen von Bernd A. und Heinrich W. ist am Rande der Autobahn A 1, irgendwo zwischen Sittensen und dem Bremer Kreuz postiert. Auf diesem Streckenabschnitt gilt Tempo 100. Die 45 Kilometer lange Strecke ist Teil des bundesweiten Großversuchs zum Tempolimit. Die Beamten sollen kontrollieren, ob sich die Autofahrer an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten.

Um kurz nach zehn Uhr ist die Multanova 5 F, so die Bezeichnung für das gefürchtete Gerät, einsatzbereit. Die Raser können kommen. „Geblitzt wird erst, wenn ein Auto schneller als 125 Stundenkilometer fährt", erklärt einer der Beamten. Die Polizei interessiert sich an den Strecken nicht so sehr für die kleinen Sünder. Aber wer schneller als 125 km/h fährt, muß mit einer Anzeige rechnen. „Allerdings", schränkt der Beamte ein, „dürfen Autofahrer nicht überall mit dieser Großzügigkeit rechnen". Es steht im Ermessen der jeweiligen Beamten, bei welcher Geschwindigkeit begonnen wird. Auch an Baustellen – von jeher Unfallschwerpunkte –, wird schneller geblitzt. Das gleiche gilt für die Radarüberwachung in Ortschaften.

Der erste Raser läßt nicht lange auf sich warten. Ein häßlicher Piepton zeigt an: Hier fuhr jemand wesentlich zu schnell: 131 km/h. Der nächste Fahrer hat es noch eiliger. Er rauscht mit 151 Sachen über die Autobahn und damit nur knapp am Führerscheinentzug vorbei. Den Flitzer retten die drei Prozent, die als Meßfehler abgezogen werden. So kostet ihn der flotte Fahrstil „nur" 300 Mark. Nach einer Stunde sind vier Autos in die Radarfalle gegangen. Rund ein Prozent des fließenden Verkehrs. Aber mindestens zehn Prozent der Autofahrer fuhren schneller als erlaubt. Ein Viertel davon kanpp unter 125 km/h.

Ertappte Schnellfahrer sind um Ausreden (gestaffelter Qualität) nicht verlegen. Da hatte die Oma Geburtstag oder ein Fahrer war überraschend Vater von Drillingen geworden. Ein anderer gab ein „dringendes Bedürfnis" zu Protokoll. Der Halter eines englischen Nobelautos hielt die Bremsen seines Fahrzeugs für so vorzüglich, daß er ruhig schneller als gestattet fahren dürfe. In den vergangenen vier Wochen hat die Polizei rund 250 Temposünder auf der A 1 ertappt. „Einspielergebnis": 15 000 Mark.

„Die meisten Fahrer halten sich aber an das Tempolimit", sagt der Leiter der Verkehrspolizei in Rotenburg an der Wümme. Allerdings seien viele Autofahrer nicht mit Tempo 100 einverstanden und führen aus Protest zu schnell. Die Messungen der Polizei gehen in die Auswertung des Großversuchs zum Tempolimit ein. Zu viele Kontrollen sind freilich auch nicht erlaubt, verfälschten sie doch das Testergebnis.

Feuerball erregt Amerika

AP, Washington

In weiten Teilen des Südostens der Vereinigten Staaten war in der Nacht zu gestern ein am Himmel blitzschnell vorüberziehender Feuerball zu sehen, der nach Augenzeugenberichten „größer und heller als eine Sternschnuppe" war, den Experten jedoch Rätsel aufgab. In Washington teilte ein Sprecher der Zivilluftfahrtbehörde (FAA) mit, Fluglotsen hätten einen Feuerball im Norden über Chattanooga im Staat Tennessee und im Süden über Orlando/Florida beobachtet.

„Ich sah den Feuerball vom Himmel fallen", berichtete Autobahnpolizist Harold Hunger, der sich gegen 20.00 Uhr Ortszeit rund 16 Kilometer östlich von Chattanooga aufhielt. Er sprach von einem hellen Flugobjekt, das einen Feuerschweif hinter sich gelassen habe. „Mein erster Gedanke war, da stürzt ein Flugzeug ab. Es bewegte sich zum Horizont und verschwand hinter einem Berg." Nach dem Eindruck des Polizisten flog das sehr helle Objekt in geringer Höhe.

Ähnliche Beobachtungen wurden auch in Südillinois gemacht. Die Fluglotsen mehrerer Flugplätze erhielten Dutzende von ängstlichen Anrufen. „Wir wissen nicht, worum es sich handelte, die Informationen sind zu bruchstückhaft", sagte der FAA-Sprecher in Washington, der im übrigen Mutmaßungen über einen Flugzeugabsturz zurückwies.

Aufgrund der Pilotenberichte äußerte der Meteorologe Howard Bookman vom Fluglotsenzentrum Hampton/Georgia die These, daß es sich vermutlich doch um einen in die Erdatmosphäre eingedrungenen Meteor gehandelt habe.

ZU GUTER LETZT

Ein Fisch schnappt nach Luft, und der korkenähnliche Laut scheint sich in den Wipfeln zu verlieren. Es stand in der WELT.